

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



17. Oktober 1987
Jg. 8 Nr. 21

G 7756 D

Preis:
2,50



BRD-Frankreich: Weitere Schritte zur Schaffung eines europäischen Militärpaktes Seite 4



Strukturreform im Gesundheitswesen:
CDU-Sozialausschüsse gegen höhere
Selbstbeteiligung? Seite 19



Türkei: Die Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich in zahlreichen Streikaktionen - Berichte aus Gewerkschaftszeitungen Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

BRD/Frankreich: Gemeinsamer „Verteidigungsrat“ als weiterer Schritt zur Schaffung eines europäischen Militärpaktes	4
Öffentlicher Dienst: Arbeitszeit und Lohn offen, Abschluß bei Teilzeit	7
VW-Privatisierung: Rationalisierungen und Standortverlagerungen geplant	7
„Legale RAF“: § 129-Prozeß in Stammheim	8
Seeleute: Deutsche Reeder wollen das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen einreißen	9
Gewerkschaftstag IG Druck: Politik der künftigen Mediengewerkschaft noch am Anfang	10
Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses – Antrag	11

Auslandsberichterstattung

Palästinensische Lager im Libanon: „Die Verteidigung der Lager liegt auf dem Weg nach Palästina“	12
Türkei: Vorgezogene Neuwahlen	13
Südkorea: Arbeiterbewegung tritt auf die politische Bühne	14
USA: Ford kann mit dem Tarifabschluß leben	14
Kanada/USA: Freihandelsverhandlungen pünktlich abgeschlossen	15
Australien: 200 Jahre europäische Kolonialisierung – Aborigines kämpfen um ihr Land	15
Internationale Meldungen	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
Montanmitbestimmung weg durch Konzernänderung?	18
Greuelchronik der Kirchenverbrechen	18
Dokumentation des U-Boot-Geschäfts	18
Lambsdorff über Ziele liberaler Politik	19
Strukturreform im Gesundheitswesen: CDU-Sozialausschüsse gegen höhere Selbstbeteiligung? .	19

Polen-Besuch des ZK der Deutschen Katholiken

Über die einwöchige Polenreise einer Gruppe des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), unter ihnen Ministerpräsident B. Vogel, berichtet ihr Mitteilungsdienst am 2.10.87. Beziehungen für imperialistische Einmischung vertieften die Kirchenvertreter durch Gespräche mit dem Primas der polnischen Kirche, Kardinal Glemp, u.a. Bischöfen, Vertretern der „Klubs der katholischen Intelligenz“, Redakteuren katholischer Zeitungen, Lech Walesa sowie – auf Einladung des BRD-Botschafters(!) – Vertretern oppositioneller Gruppen. Daneben sprach das ZdK auch mit Vertretern von PVAP und staatlichen Stellen, u.a. dem Umweltminister und dem Leiter des Amtes für Kirchenfragen, wobei es sich herausnahm, von letzterem Koalitionsfreiheit für alle polnischen Bürger, insbesondere für die katholischen Laien zu fordern. Gesprächsthema mit Kardinal Glemp dürfte wohl auch die Agrarstiftung der polnischen Kirche gewesen sein, denn dieser hatte nach einjähriger Pause am 18.9. den notariellen Gründungsakt vollzogen. Diesen auf westdeutschen und US-amerikanischen Spenden basierenden Agrarfonds, der ausschließlich der Förderung von Privatbauern dient, hat die Kirche inzwischen auf ein Programm zur Sicherung der Wasserversorgung beschränkt, um nicht weitere Termine für Spendenzahlungen verstreichen zu lassen. – (brb)

Reaktionäre Ausländerpolitik: Schwacher Widerstand der SPD

Auf der Konferenz der Innenminister am 2. Oktober kündigte Innenminister Zimmermann an, daß er noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zur Neufassung des Ausländerrechts vorlegen wird. Der Gesetzentwurf werde sich vor allem mit Fragen des Familiennachzugs und des Aufenthaltsrechts befassen. Es werde „ein total neues Gesetz“ werden, kündigte Zimmermann an. Daß von einer solchen Gesetzesänderung nichts Gutes zu erwarten ist und daß die SPD dem wenig entgegnet, zeigen die Vereinbarungen der Innenministerkonferenz. So waren sich die Innenminister des Bundes und der Länder einig, daß Ausländern wegen ansteckender Krankheiten, u.a. AIDS, der Aufenthalt in der BRD verweigert werden könne.

In Westberlin hat Diepgen jetzt eine einjährige Aufenthaltserlaubnis für alle Asylbewerber, die vor dem 1. Januar 1981 in die Stadt gekommen sind, erlassen. Läßt sich jemand was zu Schulden kommen oder besteht der Verdacht darauf, bekommt er keine Aufenthaltserlaubnis. Durch den Erlaß Diepgens wird der Spielraum

für Behördenwillkür gegenüber Ausländern nicht eingeschränkt, sondern ausgeweitet. Jahr für Jahr soll künftig neu über die Verteilung solcher Erlaubnisse zu Gericht gesessen werden. Schon jetzt steht fest, daß nur die Hälften der in Westberlin lebenden Libanesen eine solche Erlaubnis erhalten wird.

Die SPD tritt solchen Tendenzen zur weiteren Ausdehnung staatlicher Schikane und Willkür gegenüber Ausländern und zur Neufassung der Ausländergesetze nicht entgegen. Das müßte sie aber tun, wenn man ihre jüngsten Beschlüsse zum kommunalen Wahlrecht ernst nehmen will. Der Landesparteitag der SPD in NRW for-



derte das kommunale Wahlrecht. Das Präsidium der SPD unterstützte diese Initiative. SPD-Rau erklärte, zunächst müsse Aufklärungsarbeit geleistet werden. Der nächste Landesparteitag 1989 soll sich mit der Frage erneut befassen. Für die Kommunalwahlen 1989 in NRW ist es dann schon zu spät. Wenn die SPD wirklich für die Interessen der ausländischen Arbeiter eintreten will, soll sie das Wahlrecht sofort ändern und Zimmermanns Ausländerpolitik entgegentreten. – (jöd, rül)

Kapitalisten bieten neue Kopfgeldprämie

Ein alterer Verband von Kapitalisten plant eine Kopfgeldkampagne in allen großen internationalen Zeitungen in Westeuropa zwecks Jagd auf „Terroristen“. Der Verband hat seine Zentrale in der Schweiz, bietet aber Kontakte in der BRD, in Luxemburg, in den Niederlanden, in Frankreich, in der Türkei und in den USA an. „Wir sind ein internationales Konsortium von Privatunternehmen und Stiftungen gegen weltweiten Terror.“ Bis zu einer Million Schweizer Franken und absolute Anonymität bieten die Kapitalisten für Hinweise, die zur Ergreifung der Verantwortli-

chen für sechs Anschläge in Lissabon, Rom, Athen, Frankfurt und Paris führen. Obgleich in der BRD bereits Kopfgeldprämien von vier Millionen DM von Privatleuten und einige hunderttausend DM vom Bundeskriminalamt geboten werden, hat diese Art von Jagd bislang wenig Erfolg gehabt (drei Millionen DM für Hinweise auf die Attentäter, die den Siemens-Rüstungsforscher Beckurths umgebracht haben, eine Million DM für Hinweise auf Leute, die das Attentat auf den Vorsitzenden des Rüstungskonzerns MTU, Zimmermann, durchgeführt haben und für die Verantwortlichen des Anschlags auf die NATO-Offiziersschule in Oberammergau). Hinzu kommen staatliche „Belohnungen“ zwischen 50000 und 100000 DM für Hinweise auf konspirative Wohnungen, falsche Ausweise usw. Das „Antiterror-Konsortium“ achtet streng darauf, eine weiße Weste zu behalten: Es sichert zu, etwaige Hinweise „anonym“ an die zuständigen staatlichen Stellen weiterzuleiten, so daß für Unglücke beim Aufspüren von „Terroristen“ allein die Jäger verantwortlich sind. Das Vorhaben zielt darauf ab, professionelle Kopfgeldjäger zu ermutigen und anzuheuern, womöglich als international tätige Privatarmee, und Unsicherheit bei den Gruppen zu verbreiten, die im Untergrund arbeiten. – (uld)

„Amnestie der politischen Gefangenen – Recht vor Gnade“

Dies fordert die Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen, Jutta Ditfurth. (Presseerklärung v. 6.10.) Sie greift an, daß, wer den bewaffneten Kampf gegen den Staat propagiert und praktiziert, die unglaublichesten Rechtsbrüche der bundesrepublikanischen Geschichte erlebt, „staatliche Rache statt Recht“. Die daraus begründete Forderung nach Amnestie war auf der Tagung des Bundeshauptausschusses der Grünen am 11.10. umstritten. Andere Grüne wollen eine

Amnestie nur für solche politischen Gefangenen, die sich vom Konzept des bewaffneten Kampfes lossagen; für die anderen RAF-Häftlinge fordern sie Verlegung in den Normalvollzug. Darauf, wie sie vorgehen wollen, haben sich die Grünen auf der Bundeshauptausschusssitzung nicht geeinigt. Man muß befürchten, daß sie über ihrem Streit das Wesentliche vergessen: Die politischen Gefangenen unterliegen unmenschlichen Haftbedingungen, die sie unweigerlich vernichten, wenn sie andauern. Gerade erst hat die BRD das staatliche Vernichtungskonzept durch eine neue grausame Komponente vervollkommen: Sie verweigerte dem lebenslänglich verurteilten Klaus Jünschke zum Zeitpunkt der Haftüberprüfung nach 15 Jahren Gefängnis die Haftentlassung, um damit auch bei allen anderen lebenslänglich verurteilten politischen Gefangenen jeden Hoffnungsfunkens, das Gefängnis lebend zu verlassen, totzutreten. Wenn die Tagespresse nicht rundum lügt, hat die Forderung nach Haftentlassung der lebenslänglich verurteilten RAF-Gefangenen nach 15 Jahren in der Diskussion keine Rolle gespielt, obwohl für Jünschke von der Grünen-Abgeordneten Vollmer erst jüngst erhoben. Das nimmt der Forderung nach Normalvollzug fast ganz die Bedeutung: Denn die lebenslange Einkerkerung ohne Hoffnung auf Freiheit ist Bestandteil der unmenschlichen Haftbedingungen und darf nicht geduldet werden. Auch Jutta Ditfurth, die in ihrer Presseerklärung wenigstens, wenn auch nur knapp, die Isolationsfolter erwähnt, bleibt hier stumm. Wenn sich aber die Forderung nach bedingungsloser Amnestie nicht mit allen Bestrebungen verbindet, die staatliche Vernichtung der politischen Gefangenen zu verhindern, dann gerät sie in Gefahr, zu einem Luftschoß zu werden, einer Idee, mal so in die Debatte geworfen und schnell wieder daraus verschwunden. – (scc)



„Gezielte Sanktionen“ wie z.B. Stopp der Lufthansa-Flüge seien jetzt das Richtige, erklärten die FDP-Politiker Baum und Hirsch nach einer Reise durch Südafrika, dann könnte die Regierung Botha zur „Abschaffung der Apartheid“ gebracht werden. Die Wirtschaftsbeziehungen sollen andauern. Solche Beziehungen helfen schließlich, eine europäische Regierung an der Macht zu halten. (uld)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Kommunalpolitik: Für den Ausschluß Südafrikas von allen Kölner Messen und der ANUGA '87 . . . 22

Kampf der Asylpolitik: Gegen Lager und Zwangsversorgung . . . 22

Ausländerwoche: Kommunalwahlrecht im Mittelpunkt 23

Krankenhausbeschäftigte: Herbstaktionen für bessere Arbeitsbedingungen 23

Einstellungspolitik: HAW will Belegschaftsstruktur umkämpfen . 24

Flexible Fertigungssysteme: Arbeit nachts und am Wochenende . 25

CDU Schleswig-Holstein: Nach Trennung von Barschel Verwischung von Spuren 25

Ambulante Krankenversorgung: Gegen alte und kranke Menschen gerichtet 26
Studie: Alte Menschen in Großstädten 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

OB-Wahl in Nürnberg: Kann sich rot-grün kommunalpolitisch behaupten? 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Clement Moreau/Carl Meffert: „Aus einer Zeichnung ein Pamphlet machen“ 30

Spezialberichte

Steuerreform: Familienfreundlich ist gleichbedeutend mit ausländerfeindlich 32

Aktion TISPIJG – Zwischenbilanz im Kampf für Steuergerechtigkeit . 32

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Steuerdiskriminierung . . . 34

Stoltenberg holt's bei den Armen . . . 35

Türkei: Die Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich in zahlreichen Streikaktionen 36
Streik der Lederarbeiter in Istanbul . 36
Streik bei Migros 37

BRD – Frankreich

Gemeinsamer „Verteidigungsrat“ als weiterer Schritt zur Schaffung eines europäischen Militärpaktes

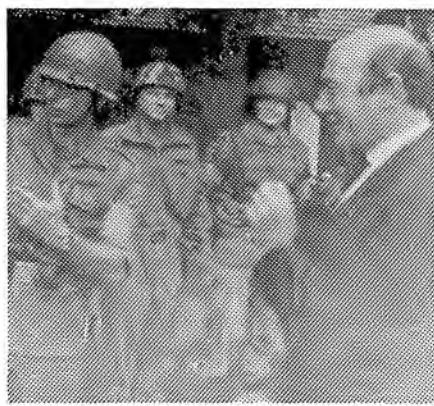
Das westdeutsch-französische Großmanöver „Kecker Spatz“ im Süden der BRD hat bei Politikern und Militärs großes Aufsehen erregt. Das Besondere (etwa im Gegensatz zum Riesenmanöver der NATO in Niedersachsen) war die Teilnahme von 20000 Soldaten der französischen Schnellen Eingreiftruppe (FAR) unter westdeutschem Oberkommando. Zum Abschluß verkündeten Kanzler Kohl und Staatspräsident Mitterand den Plan, einen „gemeinsamen Verteidigungsrat“ zu bilden. Bisher steht fest, daß in diesen Rat der bestehende bilaterale Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung mit den Arbeitsfeldern Politisch-Strategische Fragen, Militärische Zusammenarbeit und Rüstungszusammenarbeit sowie die regelmäßigen Beratungen der Außen- und Verteidigungsminister einfließen werden. Eine erste Aufgabe wird die Einrichtung der schon fest abgemachten westdeutsch-französischen Brigade sein.

Betreiber dieser sich immer enger gestaltenden Militärbeziehung zwischen BRD und Frankreich ist eher die Bundesregierung. Die Vorteile, die sich aus der Teilnahme französischer Verbände am Bundeswehrmanöver und an der gemeinsamen militärstrategischen Planung für die BRD ergeben, sind eindeutig:

– Das praktische Zusammenwirken mit der FAR ermöglicht der Bundeswehr die Überprüfung ihrer Planungen nach Einrichtung eines eigenen schnellen Eingreifverbandes. Die französische Zeitung „Le Monde“ urteilt

am 27./28.9.: „Die FAR könnte Anhänger finden in der BRD. Wenn man den westdeutschen Offizieren glaubt, wird das Projekt eines gemeinsamen Kampfhubschraubers zu einer Reorganisation der Kampftruppen führen mit der Schaffung von mobilen Lufteinheiten für jedes der drei Armeekorps der Bundeswehr. ... Die deutsche Eingreiftruppe (oder FAR) hätte alle Chancen, ihr französisches Modell in den Schatten zu stellen.“

– Durch die enge Kooperation mit der FAR steigt auch die Möglichkeit für die BRD, sich an weltweiten Kommandounternehmen aktiv zu beteiligen. Der Schwachpunkt der FAR z.B. bei ihren Einsätzen im Tschad lag, wie die FAZ am 13.7. feststellte, in



Verteidigungsminister Wörner feierte seinen Geburtstag bei der Truppe im Manöver. Er will NATO-Generalsekretär werden.

der Logistik, also in der Versorgung und im Nachschub. US-Truppen mußten aushelfen. Während des jetzigen Manövers besorgte die Bundeswehr die logistischen Aufgaben für die FAR; und diese Zusammenarbeit wird sich dann auch in praktischen Einsätzen bewähren können.

– Die Möglichkeit einer europäischen Kriegsführung gegen den Warschauer Pakt wird ausgebaut. Die Rücksichten auf Feldzugsplanungen anderer NATO-Partner, besonders der USA, könnten geringer werden. Es geht der BRD dabei gar nicht so sehr um die Integration französischer Streitkräfte in das NATO-Konzept der „Vorverteidigung“ als vielmehr um die grundsätzliche Möglichkeit, militärisch abgesichert an einer neuen europäischen Ordnung zu arbeiten. In der französischen Presse wird durchaus gesehen, worauf die BRD-Absichten zielen. „Le Monde diplomatique“ schreibt, daß ein europäisches Verteidigungskonzept auch beinhaltet „eine neue Definition der Europäer zu den USA, die Einrichtung eines Modus vivendi mit der UdSSR und einer befriedigenden Lösung der Deutschen Frage“. Und: „... aber es ist klar, daß das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung nur vollständig ausgeübt werden kann, wenn es gelingt, die Teilung des Kontinents in Einflußsphären zu überwinden.“ Daß am Ende für diese Ziele auch die französischen Nuklearwaffen zur Verfügung stehen könnten, ist für die BRD eine sehr verlockende Vorstellung.

Dokumentation von Briefen der RAF verboten

Am 29. September haben Staatsanwälte und Kripo-Beamte die Räume des Neuen Malik Verlags Kiel durchsucht. Anlaß der Durchsuchung war ein Beschlagnahmebeschluß des Bundesgerichtshofs für das im Verlag erschienene Buch „das info – Briefe von Gefangenen der RAF“. Herausgeber des Buches ist der niederländische Rechtsanwalt und Dozent Pieter Bakker-Schut. In dem Buch wird der Briefwechsel zwischen RAF-Gefangenen in den Jahren 1973-77 im Orginal abgedruckt. Der Band ist die dokumentarische Ergänzung zu der von Bakker-Schut ein Jahr zuvor veröffentlichten Analyse des Stammheim-Prozesses. Nach Auffassung des BGH ist der Nachdruck der Brieftexte „grundsätzlich geeignet, ... für die fortbestehende terroristische Vereinigung RAF zu

werben ... Die Herausgabe der Texte zielt wenigstens auf die Gewinnung von Sympathisanten, wenn nicht sogar von unmittelbaren Anhängern.“ Das „info“ ist bereits an ca. 700 Buchläden ausgeliefert. Weitere Durchsuchungen und Beschlagnahmen in einzelnen Städten muß man demnach noch erwarten. – (hoo)

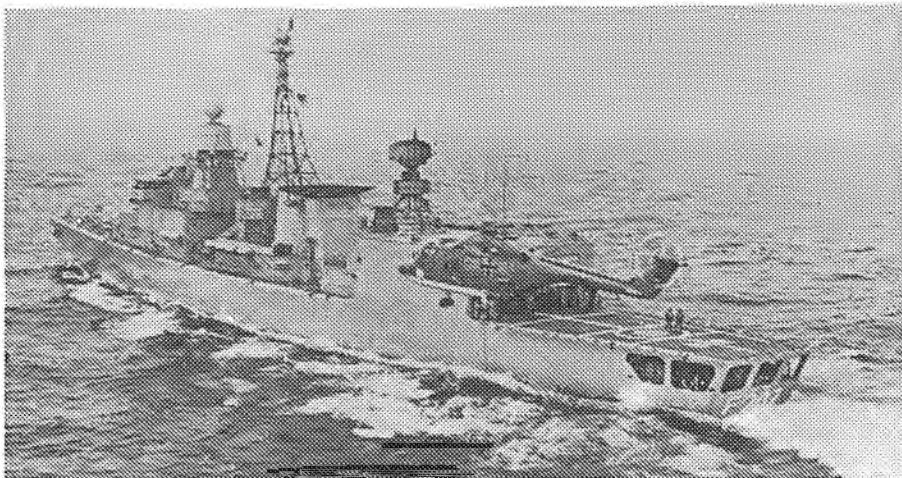
BGH: Nazianwalt darf Nazipropaganda verbreiten

Der Bundesgerichtshof hat ein Urteil gegen den Hamburger Faschisten und Anwalt Rieger aufgehoben, in dem er durch das Landgericht Hamburg wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Verunglimpfung Verstorbener zu einer Geldstrafe von 8400.- verurteilt worden war. Rieger hatte als Anwalt in einem Prozeß wegen Mordes zahlreicher Menschen im Warschauer Ghetto gegen den ehemaligen SS-Oberführer Wiegand 1981 u.a. durch Zitate behauptet, das Ghetto hätte aus hygieni-

schen Gründen eingerichtet werden müssen, weil die Juden Träger von Typhuserregern, selbst aber gegen diese immun seien. Der BGH sprach Rieger frei. Als Verteidiger von NS-Tätern brauchte er sich von beleidigenden und verunglimpfenden Unterlagen nicht laufend von diesen Ausfällen distanzieren; die Opfer müßten derartige Behauptungen im Interesse einer wirksamen Verteidigung hinnehmen, auch wenn sie dadurch verletzt würden (UZ vom 1.10.87). – (ulb)

Neue Sozialhilfe: nach unten schrankenlos

Mitte September haben die Arbeits- und Sozialminister der Länder ein neues Verfahren für die Berechnung der Sozialhilfe beschlossen. Künftig soll der „Regelsatz“ der Sozialhilfe mittels „Stichproben“ bei den ärmsten Teilen der Bevölkerung ermittelt werden. Wenn z.B. die ärmsten Lohnabhängigen laut „Verbraucherstichpro-



„Zunächst“ für einen Monat hat die Bundesregierung eine Einsatzgruppe der Bundesmarine zu Operationen ins Mittelmeer geschickt. Es handelt sich dabei um den Zerstörer „Mölders“, die Fragatte „Niedersachsen“ und den Versorger „Flensburg“. Das Bild zeigt die mit der „Niedersachsen“ typgleiche „Bremen“.

Während also die Herausbildung der Militärachse BRD-Frankreich im Interesse der BRD-Kriegsziele liegt, ist in der französischen Regierung die Begeisterung geringer, besonders was die Exklusivität dieser beiden Länder betrifft. Frankreichs Militärstrategie beinhaltet offiziell nach wie vor eine Igelstellung entlang den eigenen Grenzen mit den Atomraketen als Stachel. Ein erheblicher Teil der Streitkräfte steht darüberhinaus für die französischen Kriege in Afrika und Asien zur Verfügung. Seit Beginn der 80er Jahre hat die französische Armeeführung aber Maßnahmen eingeleitet, die einen Einsatz französischer Truppen in Europa östlich des Rheins ermöglichen. Vor allem die große Strukturreform innerhalb von wenigen Jahren, an deren Ende die neugebildete FAR mit knapp 50000 Soldaten stand, ermöglicht Frankreich nicht

nur ein schlagkräftigeres Wirken in seinen neokolonialen Kriegen, sondern auch, wie jetzt im Manöver erstmals praktisch erprobt, den schnellen Einsatz von Truppen an einer zentral-europäischen Front. Entsprechend sah die Manöverlage den konventionellen Gegenstoß aus Bundeswehr und FAR gegen einen Angriff aus dem Osten vor.

Der hauptsächliche Vorteil des Verteidigungsrates für den französischen Imperialismus besteht in einer gesteigerten Wirksamkeit seiner Militäreinsätze in Afrika und im Nahen Osten. Nicht von ungefähr hat Mitterand bei der Bekanntgabe der Planungen für den Verteidigungsrat auf das mögliche Interesse der Mittelmeeraländer Spanien und Italien an dem Bündnis hingewiesen. Durch einen militärischen Zusammenschluß dieser Mittelmeermächte unter französischer Führung

mit der starken Bundeswehr im Bunde verspricht sich die französische Regierung durchschlagendere militärische Erfolge gegen die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. Der Bundesregierung bietet sich damit neben der Erweiterung ihrer europäischen Kriegsmöglichkeiten ein erweitertes Wirkungsfeld auch außerhalb Europas. Fast gleichzeitig mit dem Zentralfront-Manöver in der BRD wurden zum ersten Mal Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer eingesetzt, und es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß diese Schiffe erst den Aufstakt für eine zukünftige ständige Militärpräsenz der Bundeswehr im Mittelmeer darstellen.

Die Herausbildung der Militärachse BRD-Frankreich ist eingebettet in das Bestreben nach einem europäischen Kriegspakt, dem sowohl die BRD als auch Frankreich großes Gewicht beimessen. Im Juni hatte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger vor der Fraktion für eine „Europäische Sicherheitsunion“ geworben, „an der Frankreich voll und führend beteiligt ist“. Nach der Ankündigung des Verteidigungsrates hat Dregger nun vor der „Clausewitzgesellschaft“ seine Vorstellungen präzisiert um das Ziel, eine „gesamteuropäische Friedensordnung anzustreben, die die Teilung Deutschlands und Europas überwindet“. Heftig hat sich auch Exkanzler Schmidt von der SPD für eine europäische Armee unter französischem Oberkommando ausgesprochen.

Nach der Absprache zwischen Kohl und Mitterand hat der französische Premierminister Chirac ebenfalls gemahnt, man solle die Exklusivität nicht übertreiben und weitere Initiativen im Rahmen der WEU ergreifen. Die nämlich wird im Rahmen des WEU-Ministerrates am 27. Oktober in

be“ weder Butter noch Margarine bezahlen können, entfällt auch jeder Anspruch eines Sozialhilfeempfängers darauf. Das Verfahren, von CDU, CSU, FDP und SPD gebilligt, bestätigt jede Schranke gegen einen Absturz der Sozialhilfesätze. – (rül)

Innenminister gegen Aids-kranke Ausländer

Mit Zustimmung der SPD-regierten Bundesländer beschloß die Innenministerkonferenz am 2.10., eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit Aids-kranken Ausländern und Asylbewerbern befassen soll. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter der Länderinnenministerien und des Bundesinnenministeriums an. Auftrag der Arbeitsgruppe ist, „eine eingehende Prüfung und bundesweite Abstimmung darüber“ durchzuführen, „wie das geltende Ausländer- und Asylrecht auf Aids-erkrankte und infizierte Personen angewandt werden soll“. Die Re-

aktion drängt darauf, einheitliche Zwangsuntersuchungen an allen Ausländern, die in die BRD neu einreisen, durchführen zu können und die Aufenthaltserlaubnis an den Gesundheitszustand der Ausländer zu binden. Bislang liegt es im Ermessen der kommunalen Ausländer- und Asylbehörden, welche und ob Zwangsuntersuchungen auf Infektionen und Krankheiten an einreisenden Ausländern durchgeführt werden. Der Auftrag an die Arbeitsgruppe läßt befürchten, daß die Untersuchung aller „verdächtigen“ Ausländer betrieben wird. – (uld)

Förderung der Elitebildung durch KMK-Beschlüsse

Zweimal wurde die reaktionäre Abitur-Reform durch Schülerproteste verschoben, am 1.10. wurde sie verabschiedet. Die Endfassung soll im Dezember verabschiedet werden. Folgendes wird geändert: In der Oberstufe

sind die Fächer der Gruppe Deutsch, Fremdsprache (Mittelstufe) und Mathe durchgehend zu belegen; ebenso Geschichte bzw. ein gesellschaftswissenschaftliches Fach und eine Naturwissenschaft. Deutsch oder Fremdsprache oder Mathe muß Prüfungsfach sein. Ist Deutsch erstes Prüfungsfach, so muß Mathe oder eine Fremdsprache unter den Prüfungsfächern sein. Die Gewichtung Grundkurs, Leistungskurs, Abiturprüfung ist 1:2:4. Die Kollegschulen in NRW und BaWü sollen künftig den allgemeinen Abiturrichtlinien entsprechen und die Oberstufe soll vier Jahre dauern. Jeder Bildungsgang schließt mit einer getrennten Prüfung ab. Wesentlicher Bestandteil ist die Vereinbarung über die Entwicklung bzw. Ergänzung einheitlicher Prüfungsanforderungen für die Abiturfächer. Diese sollen in zwei Jahren erarbeitet sein. Die Vereinbarung tritt am 1.8.91 in Kraft (für HH am 1.8.96). (rwe)



Französische Luftlandetruppen im Manövereinsatz. Die 6. Leichte Panzerdivision der FAR, die jetzt am Manöver teilnahm, befand sich bis zum 15. Juni noch im Tschad. Rechts: Kohl und Mitterand inspizieren Bundeswehrtruppen.

Den Haag eine „Europäische Sicherheits-Charta“ verabschieden. Diese Charta wird den Charakter einer grundlegenden Zielbestimmung für eine westeuropäische Militärmacht bekommen und die militärischen Interessen der europäischen Imperialisten sowohl in Europa als auch bezogen auf die übrigen Erdteile festlegen. Zweifellos werden die „Sicherheits“interessen der Achse BRD-Frankreich dort festgeschrieben werden.

Darüberhinaus darf man nicht vergessen, daß in den Augen der Bundesregierung Wörner so gut wie sicher der neue Generalsekretär der NATO sein wird. Mit General Altenburg stellt die BRD bereits den Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses. Die Bundesrepublik hat dann in Bezug auf die Planungs- und Strategiediskussion in der NATO wirklich die entscheidende Position.

Verteidigungsamt, Sicherheits-Charta der WEU, Wörner als NATO-Generalsekretär, verstärktes Auftreten von BRD-Militär in Krisengebieten (Bundeswehr in Kurdistan, Bundesmarine im Mittelmeer) – in der Summe wird deutlich, mit welcher Entschlossenheit die BRD ihre expansionistischen Handlungsmöglichkeiten ausweitet. Umso bedenklich ist der Mangel an Opposition gegen diese Politik. Die SPD (und keineswegs bloß Schmidt) gehört zu den heißesten Befürwortern der westdeutsch-französischen Militärkooperation und eines europäischen Militärbündnisses. Der Vorsitzende Vogel hat sich ausdrücklich für eine deutsch-französische Logistik und für gemeinsame Truppenausbildung ausgesprochen. Die Kritik der Grünen erfaßt nicht die eigentliche Bedeutung der BRD-Außen- und Verteidigungs-politik. Mechtersheimer kritisierte das

Manöver „Kecker Spatz“ auf einer Pressekonferenz lediglich als Schritt „– geeignet, vertrauensbildende Maßnahmen und tatsächlichen Abrüstungswillen zu unterlaufen“ (UZ, 25.9.). Zwar hat die Bundesversammlung der Grünen am 19./20.9. in Oldenburg den Bundesvorstand aufgefordert, für den 27.10. in Den Haag Aktionen anlässlich der WEU-Ministerkonferenz vorzubereiten, um gegen den Aufbau einer „eigenständigen westeuropäischen Militärmacht“ zu protestieren. Es bleibt allerdings zu befürchten, daß dieser Aufforderung nicht ernsthaft nachgegangen wird. Quellenhinweis: Tagespresse (FAZ, Welt, Frankfurter Rundschau, UZ, Le Monde, bw-aktuell) im September; Europa-Archiv 18/87; Le Monde diplomatique, September 1987; Österr. Militärische Zeitschrift, div. Ausgaben – (jok)

WHNS: Bis 1991 88 Stützpunkte

Bis 1991 plant die Bundesregierung die Fertigstellung von insgesamt 88 Stützpunkten gemäß dem WHNS-Abkommen. Das WHNS (Wartime Host Nation Support)-Abkommen war am 15. April 1982 von der Regierung Schmidt/Genscher mit den USA abgeschlossen worden und sichert den USA eine logistische Unterstützung für kriegerische Überfälle wie z.B. im letzten Jahr auf Libyen zu. Der BRD-Imperialismus setzt sich durch dieses Abkommen in die Lage, an Aggressionen gegen Staaten des Nahen Ostens teilzunehmen, ohne eigene Truppen entsenden zu müssen. Die nun vorgelegte Auskunft der Bundesregierung ist einer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion der Grünen im Bundestag zu entnehmen. Für die 88 Stützpunkte sollen 300 Mio. DM ausgegeben werden. „Die Liegenschaften, in denen

die WHNS-Infrastrukturvorhaben geplant sind, verteilen sich auf ca. 80 Standorte. Auflistungen über Objektbezeichnungen und politische Gemeinden der geplanten WHNS-Infrastruktur unterliegen der militärischen Geheimhaltung“, teilt die Bundesregierung weiter mit. Die BRD wird damit zum großen Aufmarschgebiet gegen die Staaten des Nahen Ostens. (Bt-Ds. 11/851 – rül)

Steuerreform: Stoltenberg macht auf „gerecht“

Die Regierung gibt sich hochzufrieden. Der „Subventionsabbau“ bei der Steuerreform scheint gelungen, die von SPD-Seite schon zuvor geäußerte Kritik weitgehend widerlegt. Verbrauchssteuern werden nicht erhöht – vorerst jedenfalls nicht, und die Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit bleiben zumindest zum Teil steuerfrei. Auch die „Quellensteuer“ scheint eher die Bezieher größerer

Einkommen zu treffen. Vier Milliarden will Stoltenberg von ihnen mehr einnehmen. Wer achtet schon darauf, daß z.B. Dividenden schon bisher besteuert wurden und durch die Quellensteuer nun im Vergleich zu anderen Zinseinkünften eher günstig dastehen? Daß Leute mit geringen Einkommen künftig mit Armschein zur Sparkasse müssen, um sich von der Quellensteuer zu befreien? Die „Welt“ resümmierte treffend: „Koalitionsbeschlüsse von der Wirtschaft weitgehend begrüßt“. – (rül)

AFG-Novelle: 900 Mio. DM Mehrkosten für die BfA

Mehrkosten von jährlich mindestens 900 Mio. DM werden der Bundesanstalt für Arbeit entstehen, wenn die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf „zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Schutz der Solidargemeinschaft vor Leistungsmißbrauch (Achtes Gesetz zur

Öffentlicher Dienst

Arbeitszeit und Lohn offen Abschluß bei Teilzeit

Zum 31.12.87 sind für den öffentlichen Dienst die Tarifverträge zu Arbeitszeit und Lohn gekündigt. Voraussichtlich bis zum Frühjahr 88 wird verhandelt werden. Schwerpunkt der Tarifbewegung ist die Arbeitszeitverkürzung. Unter der Losung „Mehr freie Zeit – unser Ziel 35“ soll der öffentliche Dienst mit Metall gleichziehen. Für die Mitgliederdiskussion legte die Große Tarifkommission als Rahmen vor: Die Arbeitszeitverkürzung soll betrieblich umgesetzt werden durch gleichmäßige Verteilung auf einzelne Arbeitstage, durch Ansammlung für einen „Frühschluß“, durch freie Tage. Die Einkommensforderung wird zu einem späteren Zeitpunkt aufgestellt. Bei der Arbeitszeitverkürzung werden folgende Bestimmungen verhandelt: die regelmäßige Arbeitszeit; die Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage; die Arbeitszeit an Samstagen und Vorfesttagen; die nichtdienstplanmäßige Arbeitszeit und die Überstunden einschließlich Sonderregelungen. Nachdem was bisher von der ÖTV zur Tarifbewegung publiziert wurde, ist zu befürchten, daß weitere Lohnsenkungen, umfangreiche Flexibilisierungen sowie ein neuerlicher Schub der Intensivierung der Arbeit die Ergebnisse sind. Wulf-Mathies hat bereits klargestellt, daß mit dem „Schwerpunkt Arbeitszeitverkürzung“ von einem mehrjährigen Lohnabschluß ausgegangen werden muß. Dabei haben die Lohnabschlüsse für 1986 (3,5% + Erhöhung der allg. Zulage und des Urlaubsgeldes) und 1987 (3,4%) keinesfalls den

Druck, den die Lohnsenkungen der letzten Jahre hervorgerufen hatten, gemildert. Und 1982-84 hat es bereits zwei Abschlüsse mit insgesamt dreijähriger Laufzeit gegeben. Bei der Arbeitszeitverkürzung will sich die ÖTV in den zentralen Verhandlungen auf die „Formen“ verständigen. Die Umsetzung (täglich, wöchentlich, freie Tage) soll entsprechend „den betrieblichen Gegebenheiten“ durch die Betriebs- und Personalräte erfolgen. Der Personalausgleich soll aus „rechtlichen Gründen“ – wegen der Parlamentshoheit über den Haushalt und damit auch über den Stellenplan – in den zentralen Verhandlungen nicht geregelt, aber von den Betriebs- und Personalräten durchgesetzt werden. Fragt sich bloß wie? Es ist doch bekannt, daß diese kein Mitbestimmungsrecht bei den Stellenplänen haben und der Friedenspflicht unterliegen. Die letzte „Arbeitszeitverkürzung“ (zwei freie Tage) im öffentlichen Dienst wurde weitgehend durch Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Teizeitbeschäftigung „aufgefangen“. Ohne daß im Tarifvertrag Festlegungen gegen Flexibilisierung und Intensivierung verankert werden, wie 5-Tage-Woche und freies Wochenende, genaue Ausnahmeregelungen für Schichtdienst, regelmäßige tägliche Arbeitszeit (8 Stunden zwischen 6-18 Uhr), Beibehaltung der Berechnung des Durchschnitts der wöchentlichen Arbeitszeit auf 8 Wochen, Beibehaltung des § 17 BAT zu den Überstunden einschl. Sonderregelungen, Personalausgleich sowie Einsetzung betrieblicher ÖTV-Tarifkommissionen wird eine betriebliche Umsetzung nicht möglich sein. Umso mehr, da auch das neue Arbeitszeitgesetz (u.a. für Krankenhäuser) auf dem Bundestagstisch liegt und die

Einführung des Dienstleistungsabends geplant ist. Eine notwendige Kritik an den reaktionären Gesetzesvorhaben fehlt in der ÖTV völlig. In der letzten Woche hat die ÖTV mit den Dienstherren die Manteltarifverhandlungen für Teilzeitbeschäftigte abgeschlossen. Der Abschluß liegt noch nicht vor. Fest steht, daß die ÖTV ihre Forderung nach „Einbeziehung aller Arbeitnehmer ... unabhängig ihrer einzelvertraglich vereinbarten Arbeitszeit“ nicht hat durchsetzen können. Angestellte und die Arbeiter der Gemeinden mit mindestens 18 Wochenstunden werden nun erfaßt. Bekannt ist, daß die Dienstherren diese Verhandlungen nutzten, um weitergehende Absichten zu behandeln, u.a. daß die vom Dienstherrn nach der Kündigung auf dem Erlaßwege verfügte Absenkung der Anfangsvergütung von der ÖTV akzeptiert wird. Eine Bewertung des Abschlusses wird in der nächsten Ausgabe erfolgen.

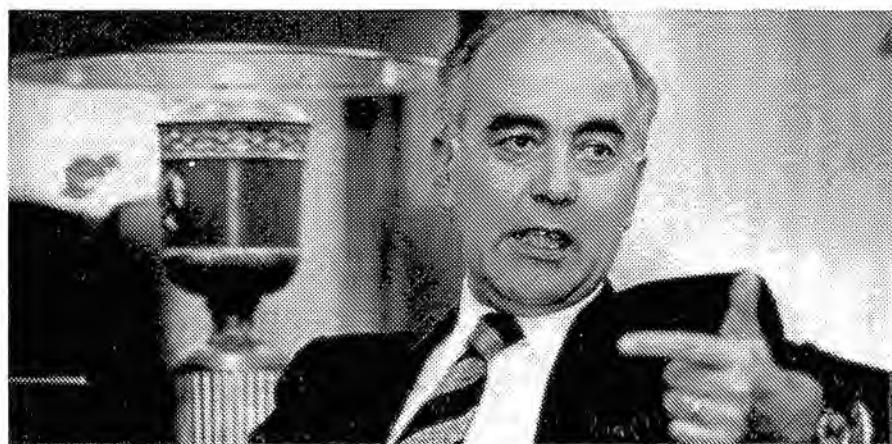
Quellenhinweis: Tarif-Info, 1-3; ÖTV-Magazine; Informationsdienst Gesundheitspolitik – (gec)

VW-Privatisierung

Rationalisierungen und Standortverlagerung geplant

Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung die Privatisierung der Bundesbeteiligung an der Volkswagen AG (20% am stimmberechtigten Kapital von 1,2 Mrd. DM) betreiben. Damit würde der Anteil der Staatsbeteiligung auf insgesamt 20% (vertreten durch das Bundesland Niedersachsen) bei VW sinken. Der Gesamtbetriebsrat sieht in der Privatisierung nur einen ersten Schritt eines umfassenden An-

Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes“ wie geplant in Kraft setzen kann. Am 17. September beriet der Bundestag in erster Lesung den Gesetzentwurf. Sein Inhalt: Die BfA bezahlt künftig Sprachkurse für Aussiedler und Asylbewerber, finanziert Zuschüsse für die Kapitalisten, die angeblich schwer auszubildende Jugendliche einstellen und auszubilden vorgeben und übernimmt bei älteren Arbeitslosen, sofern sie mindestens 12 Monate lang arbeitslos waren, bis zu acht Jahre lang bis zu 75% der Lohnkosten. Finanzieren will Blüm diese Maßnahmen aus den „Überschüssen“ der Bundesanstalt für Arbeit – also aus den Mitteln, die durch Verweigerung von Arbeitslosengeldzahlung an Hunderttausende von Arbeitslosen in den vergangenen Jahren aufgeschatzt wurden. Die BfA ist dagegen sie fürchtet, aufgrund des neuen Gesetzes schon im nächsten Jahr wieder Verluste zu machen. (BT-Ds. 11/800 rül)



Die politische Zurückhaltung, die sich Ex-Wirtschaftsminister und Ex-Vorstandssprecher der Dresdner Bank Hans Friderichs nach dem Flick-Prozeß gegen ihn, den Grafen Lambsdorff und von Brauchitsch auferlegen mußte, ist schon wieder vorbei. Am 8. Oktober teilte die EG-Kommission mit: Friderichs ist einer der „Drei Weisen“, die Vorschläge zur Stillegung von Stahlkapazitäten in der EG entwickeln sollen. Bis Mitte November sollen die „Weisen“ mit den Stahlmonopolen in der EG verhandeln. Eine Art „Bewährungsauftrag“ von Thyssen und Krupp für den Ex-Minister also. (rül)

griffs. Danach wäre der Weg frei, das VW-Gesetz zu revidieren, wonach Entscheidungen über die Schließung, Errichtung oder Verlagerung von Produktionsstandorten nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Aufsichtsrat beschlossen werden können.

Daß ein verschärfetes Vorgehen der VW-Kapitalisten gegenüber den Beschäftigten bevorsteht, äußerte auch VW-Chef Hahn am 8.10.: „Wir müssen nun lernen, daß die Zeit nationaler Orientierungen und Handlungsweisen zum Beispiel auf dem Gebiet der Tarifpolitik endgültig zu Ende geht.“

Über die angedrohten Lohnsenkungen hinaus will der VW-Konzern weitere Rationalisierungen und einzelne Standortverlagerungen durchsetzen. So gibt es seit dem Ende einer kurzen Einstellungsphase Anfang 1987 einen praktischen Einstellungsstop in der Produktion bis voraussichtlich zum Frühjahr 1988. Im sog. „Indirekten Bereich“ hat der Vorstand für die 60000 Zeitlöhner und Angestellten Rationalisierungen von 2% angekündigt. Zusammen mit dem Rückgang der Beschäftigten in der Produktion wird die Zahl der VW-Beschäftigten bis Ende 1987 um fast 2000 gegenüber dem Vorjahr sinken. Im Gespräch sind weiterhin auch die Schließungen der Gießerei, der Näherei und der Polsterei in Wolfsburg. Zudem läßt der VW-Konzern im Hannoveraner Werk (Transporter-Produktion) kurz arbeiten.

Im Oktober sollen Verhandlungen zwischen Vorstand und Betriebsrat über „Standortfragen“ geführt werden. Bei der Seat-Übernahme 1986 hatte der Vorstand noch erklärt, daß die Polo-Produktion im Werk Wolfsburg verbleiben sollte. Mit der angedrohten Produktionsverlagerung nach Spanien will der Vorstand weitreichende Zugeständnisse des Betriebsrates erpressen.

Am 9.10. beteiligten sich in der Frühschicht über 60000 der insgesamt 132000 VW-Beschäftigten an Warnstreiks und Demonstrationen gegen die Privatisierung, gegen die beabsichtigte Besteuerung des Fahrzeugabfalls und der Schichtzuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit. Sie wandten sich auch gegen die Rationalisierungs- und Standortverlagerungsabsichten des VW-Vorstands. Vom Vorsitzenden des VW-Gesamtbetriebsrates, Hiller, wurden aber auch nationalistische Töne laut. Es drohe der Ausverkauf nationaler Interessen, denn Ford habe bereits Interesse an den VW-Aktien angemeldet. Hiller signalisierte dem VW-Vorstand seine Verhandlungsbereitschaft, um konkurrenzfähig zu bleiben, müsse man konkret über „Kostenblöcke und -strukturen“ sprechen.

Quellenhinweis: BZ, 1.10.-10.10.; FR, 9.10.; Der Gewerkschafter, 1/87 (sie)



Besuchereinlaß vor dem Gericht in Stuttgart-Stammheim

„Legale RAF“

§ 129a-Prozeß in Stammheim

Am 1. Oktober fand in Stuttgart-Stammheim der zehnte Prozeßtag im Verfahren gegen Eva Haule, Luitgart Hornstein und Christian Kluth statt. Alle drei sind gemeinsam der „mitgliedschaftlichen Betätigung“ für die RAF angeklagt.

In diesen Tagen sind in Stammheim sechs Freunde und Bekannte von Luitgart Hornstein und Christian Kluth als Zeugen geladen. Damit wird das Ziel verfolgt, die Konstruktion der Bundesanwaltschaft „Gesamt-RAF“ juristisch festzuklopfen. Bevor der erste Zeuge vernommen wurde, gab Christian Kluth eine Erklärung ab. Darin griff er vor allem die Versuche der Bundesanwaltschaft an, die Konstruktion der „Gesamt-RAF“ und der „Vier Ebenen“ Schritt für Schritt in diesem Verfahren, wie vorher auch schon in anderen, zur gängigen Rechtsprechung zu machen. Mit der Taktik der Bundesanwaltschaft wird praktisch die Art und Weise, wie der Staat gegen die RAF vorgeht, auf den revolutionären Widerstand ausgeweitet.

Danach wurde der erste Zeuge, Erik P. aus Düsseldorf, vernommen. Schon bei den „Fragen zur Person“ wurde die Zielrichtung der Befragung deutlich. Erik P. sollte über sein Verhältnis zu Luitgart Hornstein reden: „Kennen sie Frau Hornstein? Sind sie mit ihr verlobt?“ In einem Verfahren, in dem es um „mitgliedschaftliche Betätigung“ geht, eine reale Gefahr, plötzlich auch dazu zu gehören, zur „Gesamt-RAF“. Hier stellte die Bundesanwaltschaft den ersten Antrag auf Beugehaft.

Erik P. setzte durch eine Erklärung abgeben zu können, in der er klarstellte, daß er nicht als Zeuge, sondern

faktisch als Angeklagter vor Gericht stehe. Der Versuch, über diese „Zeugenvernehmung“ ihn zu einem Mosaiksteinchen in dem Konstrukt „Gesamt-RAF“ zu machen, werde auch dadurch deutlich, daß er einen der sogenannten „Millionenbriefe“ bekommen habe und daß seine Eltern vom Staatsschutz massiv unter Druck gesetzt werden.

Die von Erik P. erwähnten Millionenbriefe sind seit Anfang September letzten Jahres bekannt. Darin wird den Adressaten eine Million Mark und der Aufbau einer beruflichen Existenz („wo auch immer“) angeboten, wenn Informationen über angebliche Verbindungen zur RAF gegeben werden. Die Briefe stammen wahrscheinlich aus Industrie- und Geheimdienstkreisen.

Daß Erik P. zu fast allen Fragen nichts sagte, nahm die Bundesanwaltschaft zum Anlaß, gegen ihn 1000 DM Geldstrafe, sechs Wochen Strafhaft und Erzwingungshaft bis zum Verfahrensende zu beantragen. Das Gericht entschied anders. Es wertete die Aussageverweigerung von Erik P. als Inanspruchnahme des § 55 der Strafprozeßordnung, nach der Zeugen nichts sagen müssen, was sie selbst belasten könnten.

Am Donnerstag, dem 8.10., wurde ein weiterer Zeuge verhört. Wegen Verweigerung der Aussage erhielt er eine mehrjährige Ordnungsstrafe und Erzwingungshaft von sechs Monaten, höchstens bis zum Verfahrensende.

Eine breite Öffentlichkeit über dieses Verfahren und seine Methoden, praktische Solidarität mit den Betroffenen könnte es den Staatsschutzorganisationen schwerer machen. - (mba, VSP)

Seeleute

Deutsche Reeder wollen das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen einreißen

Am 6.10.1987 äußerte sich Dr. John Henry de La Trobe, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), in Hamburg zur Lage der deutschen Seeschifffahrt. „Hauptgrund für die Misere der deutschen Reeder sei das hohe Lohn- und Sozialkostenniveau, das nicht mehr „den wirtschaftlichen Realitäten“ entspreche und zusammen mit dem 1986 erstreikten Heuertarif-Abschluß immer mehr deutsche Reeder in fremde Flaggen flüchten lasse.“ (Hamb. Abendbl., 7.10.87)

Ende August 1987 waren 368 deutsche Schiffe mit 3,8 Mio. BRT in anderen Ländern registriert gegenüber 312 Schiffen mit 3,1 Mio. BRT unter deutscher Flagge. Im VDR hat die Mehrheit der Mitglieder ausgeflogene Schiffe.

Dann hat de La Trobe die VDR-Forderungen vorgetragen. „Ein Ausweg aus dem Kosten- und Ausflaggungsproblem könnte die Überlegung sein, die Möglichkeiten des internationalen Arbeitsmarktes auch für Schiffe unter deutscher Flagge auszuschöpfen... De La Trobe deutete an, daß im Reederverband auch über Leichtlohngruppen für untere Dienstgrade auf Schiffen unter deutscher Flagge nachgedacht werde, die mit ausländischen Seeleuten besetzt werden könnten. Sollte dieser Schritt zur Kostendämpfung nicht möglich sein, sei auch ein zweites deutsches Register ein denkbarer Ausweg.“ (H.A., s.o.)

Daß die Bundesregierung im Sinne der Reeder bereits tätig ist, kann man aus einer Äußerung von Finanzminister Stoltenberg im Rahmen der Bundestagsdebatte über den Haushalt 1988 entnehmen. Zynisch erklärte er: „Wer durch einen Streik vor zwei Jahren die Kosten in der bereits hart bedrängten Handelsschiffahrt massiv nach oben trieb, muß heute zur Kenntnis nehmen, daß die neue Welle der Ausflaggungen zahlreiche Arbeitsplätze für deutsche Seeleute vernichtet. Wir können krasses Fehlverhalten bestimmter Gewerkschaften... nicht durch immer höhere Subventionen ausgleichen.“ (Zit. n. Pol. Ber. 19/87)

Bereits am 20. März 1987 erklärte der Pressesprecher des Bundesverkehrsministeriums Lutz Lange in einer NDR-Sendung, daß man im Bundesverkehrsministerium überlegt, für ausländische Seeleute auf deutschen Schiffen heimatlohnbezogene Heuern einzuführen.

Welche unvorstellbar niedrige Löhne auf den Billigflaggenschiffen gezahlt werden und welche viehischen Arbeitsbedingungen an Bord herr-

schen, wird selten bekannt. Die Lohnhöhe ist etwa 15% der deutschen Heuer, machmal wird gar nichts gezahlt. Die ÖTV hatte ein Beispiel, wo afrikanische Arbeiter aus der Sahelzone nur für Unterkunft und Verpflegung an Bord des Billigflaggenschiffes geschuftet haben. Dabei sind Essen und Unterkünfte sehr schlecht. Wehren dürfen sich die Billigmatrosen nicht, denn in ihren Arbeitsverträgen haben sie oft unterschrieben, daß sie keiner Gewerkschaft angehören und daß sie keinen Arbeitskampf führen. Damit die Billigflaggenreeder gegenüber einer eventuellen Kontrolle der Internationalen Transportarbeiterföderation

lohnung je nach Heimat und Herkunft des Besatzungsmitgliedes ist ein eindeutiger und schwerer Verstoß gegen Art. 3 Abs. III GG (Grundgesetz), andere gesetzliche Regelungen sowie von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte internationale Abkommen (IAO-Abkommen Nr. 111).“

Die westdeutschen Reeder wissen, daß die Gewerkschaften ihren Plänen nach besonderen unteren Lohngruppen für ausländische Seeleute Widerstand entgegensemten. Wenn die Möglichkeiten des internationalen Arbeitsmarktes unter der schwarz-rot-goldenen Flagge nicht auszunutzen sind, dann wird halt eine andere Flagge am Schiffsmast hochgezogen. Dabei wird gerade an einer Möglichkeit gebastelt, die Schiffe auszuflaggen und trotzdem die Bundesmittel zu behalten. Für 1988 sind das immerhin mindestens 180 Mio. DM. Nachdem sich die Kapitalisten in Frankreich, Großbritan-



1983 Brunsbüttel: Auf der „Glaski“ Streik für 580000 DM Heuernachzahlung.

(ITF) bestehen können, werden die Seeleute oft gezwungen, gefälschte Lohnbelege zu quittieren. Bei der deutschen Billigflaggen-Reederei Oldendorff wurde 1978 solch ein Fall aktenkundig. Ein Besatzungsmitglied hatte 163 Überstunden im Monat geleistet und erhielt dafür 1,95 DM pro Überstunde. Unterschreiben mußte er die Heuerabrechnung mit 31 Überstunden zu 4,40 DM und zehn Überstunden zu 7,90 DM.

Die ITF bekämpft die Billigflaggenreeder seit langem. Die ÖTV hat die Kampagne gegen die Schattenflaggen zum Teil gut unterstützt und bei Bedarf die Kämpfe um Heuernachzahlungen durch Streikposten in deutschen Seehäfen so weit unterstützt, bis die Reeder gezahlt haben. Die gegenwärtigen Absichten des VDR und des Bundesverkehrsministeriums, ausländische Seeleute zu niedrigen Heimatlöhnen zu beschäftigen, lehnt die ÖTV ab. In einem Brief an den Bundesverkehrsminister vom 30.3.1987 heißt es: „Eine unterschiedliche Ent-

en, Norwegen bereits eigene Billigflaggen geschaffen haben, werden die Regierungen in anderen Ländern unter Druck gesetzt. Die größte dänische Reederei Maersk verkaufte Schiffe an ihre britische Tochter, und diese verbrachte sie unter die britische Billigflagge, registriert auf Isle of Man. Das reichte aus. Das dänische Parlament wird jetzt noch in 1987 ein eigenes Billigflaggen-Register mit Sitz in Kopenhagen beschließen. Mit Hochdruck wird an der Gründung eines Registers in Luxemburg gearbeitet, das vor allem den EG-Ländern offenstehen soll. Die westdeutschen Reeder könnten Steuern und Sozialversicherungen sparen und sich vielleicht die staatlichen Zuschüsse erhalten, die bisher bei der Verbringung unter eine Billigflagge in den ersten acht Jahren zurückgezahlt werden mußten. Das wäre dann kein Verstoß gegen das Grundgesetz.

Quellen: Deutsche Verkehrszeitung und ÖTV-Seefahrt verschiedene Ausgaben, Flugblätter der ÖTV (obj)

a.o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Politik der künftigen Mediengewerkschaft noch am Anfang

Die IG Druck und Papier und die Kartellgewerkschaft Kunst, beide DGB-Gewerkschaften, stehen vor dem Problem, so unterschiedliche Berufszweige wie den hochbezahlten Redakteur und die miserabel entlohnte Hilfsarbeiterin aus der Weiterverarbeitung unter dem Dach der künftigen Mediengewerkschaft zu vereinigen.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Anfang Oktober in Stuttgart-Fellbach hatte die Aufgabe, die seit Jahren in Kommissionen und Versammlungen erörterten *satzungsgemäßen* Voraussetzungen für einen Vereinigungsgewerkschaftstag im Frühjahr 1989 zu schaffen.

Bei der Lösung dieses Problems konnten Fortschritte erzielt werden. Entgegen der Intention einiger Landesverbände, die in der Konsequenz auf Unterordnung der „kleinen Verbände“ der Gewerkschaft Kunst als auch der größeren, finanzstarken RFFU unter die Strukturen der Traditionsgewerkschaft IG DruPa hinausgegangen wären, sollen folgende Grundsätze in der zukünftigen Satzung gewahrt werden:

– Die gewachsenen gewerkschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten der einzelnen Verbände bleiben solange erhalten und finanziell abgesichert, bis in gemeinsamer Politik neue Ansätze entstehen.

– Über das Fachgruppenprinzip (z.B. Druckindustrie und Verlage/Journalismus/Bildende Kunst) werden spezifische Antrags- und Beteiligungsrechte auch für die zahlenmäßig kleineren Berufsgruppen in der Gesamtorganisation gesichert.

Auch wenn der Satzungsentwurf letztendlich mit großer Mehrheit genehmigt wurde, kann dies doch nicht über erhebliches „Bauchgrimmen“ vieler Delegierter hinwegtäuschen. Der Abschied von einer rein facharbeiterzentrierten Gewerkschaftsstruktur fällt umso schwerer, als inhaltliche Konturen einer zukünftigen Gewerkschaftspolitik, die der Interessenslage recht unterschiedlicher Beschäftigtengruppen Rechnung tragen muß, in der Mitgliedschaft bislang schwer zu erkennen sind.

Zwar ist vom Gesamtvorstand der IG Medien bereits ein Grundsatzprogramm verabschiedet, das sowohl elementare Forderungen der Arbeiterbewegung als auch politische Positionen gegen die herrschende Medienpolitik feststellt. Jedoch ist die Diskussion darum in den jahrelangen, zähen Satzungsverhandlungen stark in den Hin-

tergrund getreten. Es fehlt auch an einem Aktionsprogramm, das klar macht, worauf sich die Mediengewerkschaft aktuell konzentrieren will. Dabei wären u.a. folgende Probleme zu behandeln:

– Absicherung der unteren Lohngruppen und der vielen „freien“ Mitarbeiter in der Einkommens- und sonstigen Tarifpolitik. Gerade im künstlerischen Bereich und bei den Journalisten und Redakteuren wächst die Zahl der „Vogelfreien“, noch beschleunigt durch die Ausbreitung der privaten Rundfunk- und Fernsehsender.

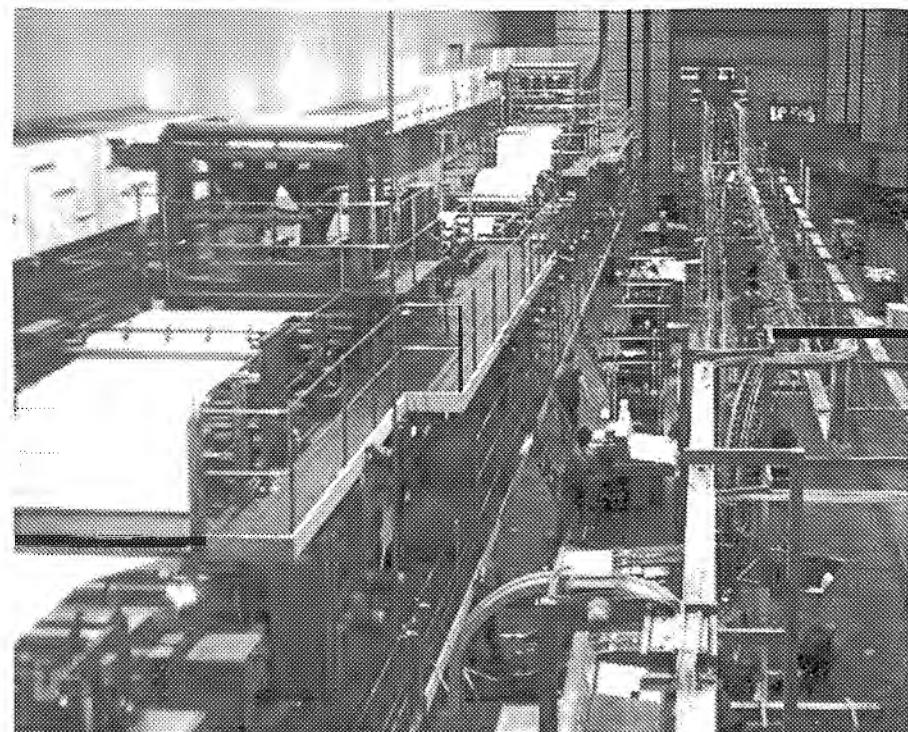
– Wie schaffen wir einen bereichsübergreifenden Technologietarifvertrag, der der wachsenden Intensivierung durch neue Techniken Schranken setzt, die fast alle Mitglieder

trifft?

– Was tun gegen die Pressekonzentration und die erdrückende reaktionäre Meinungsmache der Medienkonzerne? Wie können wir diejenigen Beschäftigten unterstützen, die sich der Tendenz der Verleger widersetzen wollen oder dies bereits tun?

– Wie soll der Kulturbetrag der vielen Freischaffenden und selbständigen Künstler, der Künstler und Schriftsteller in der IG Medien eigentlich aussehen, damit er der Arbeiterbewegung zugute kommt?

Die allgemeine politische Diskussion zu Beginn des Gewerkschaftstages zeigte, daß großes Interesse an der Klärung solcher Fragen besteht. Der verabschiedete Initiativantrag zur Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses (siehe nächste Seite), der von unterschiedlichen Beschäftigtengruppen in der Diskussion unterstützt und begründet wurde, macht deutlich, daß die zukünftige Mediengewerkschaft sich in der Behandlung solcher Fragen entwickeln kann. – (pea, chs)



Mitglieder der IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst

* *IG Druck und Papier*

* *Gewerkschaft Kunst* mit insgesamt

- Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände

Bildender Künstler (BGBK)

- Deutscher Musikerverband (DMV)

Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und

konzertierenden Künstler (GDMK)

- IAL Berufsverband Show und Unterhaltung

Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU)

Schutzverband Bildender Künstler (SBK)

* *Südwestdeutscher Journalistenverband* (SWJV)

rd. 140000 Mitglieder
30600 Mitglieder

5000 Mitglieder
1500 Mitglieder

3800 Mitglieder
1050 Mitglieder
19000 Mitglieder
250 Mitglieder
800 Mitglieder

Initiativantrag des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier

Hände weg vom Arbeitsrecht, Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses.

I. Lassen sich die Gewinne nicht mehr durch Wachstum und Marktausweitung steigern, setzen die Unternehmer verstärkt auf Kostensenkung. Ein wichtiges Mittel ist und bleibt die Rationalisierung durch Einführung neuer Techniken. Ein anderes Rationalisierungsinstrument ist die Veränderung von Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation. „Flexibilisierung“ lautet ein von den Unternehmern geprägtes Schlagwort. Es zielt in gleicher Weise

- auf bewegliche Arbeitszeiten, d.h. die Anpassung der individuellen Arbeitszeit an die jeweilige Auftragslage bzw. an das angebliche Gebot einer optimalen Maschinenauslastung,
- wie auf ungeschützte Arbeitsverhältnisse, vor allem zur Anpassung des Arbeitsvertrages an die schwankende Auftragslage.

II. Flexible Arbeitszeiten sollen es möglich machen, eine wechselnde Produktion mit ausgedünnter Belegschaft fahren zu können. Je nach Arbeitsanfall sollen 45-, ja 50-Stunden-Woche zulässig sein, ohne Mehrarbeitszuschläge, die in Zeiten der Flaute durch kürzere Arbeitszeiten ausgeglichen werden sollen. Oder: teure Maschinen und Anlagen sollen besser genutzt und daher rund um die Uhr gefahren werden; die Folge ist die Zunahme der Schichtarbeit, ja das Verlangen nach 6-Tage- oder 7-Tage-Produktion.

Entgegen allen Versprechungen und Propagandaformeln bedeuten flexible Arbeitszeiten für die Arbeiter und Angestellten eine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen und empfindliche Eingriffe in die private Lebensgestaltung. Deshalb halten die Gewerkschaften an festen und für jeden Arbeiter und Angestellten verlässlichen Arbeitszeiten fest. Erst recht müssen Samstag und Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei bleiben ...

Die Flexibilisierungsangriffe der Unternehmer erfreuen sich politischer Rückendeckung. Die Bundesregierung bereitet ein neues Arbeitszeitgesetz vor, das an die Stelle der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 treten soll. Eine Reform der AZO ist dringend geboten. Sie müßte u.a. enthalten:

- die grundsätzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden,
- die Festschreibung der 5-Tage-Woche, und zwar grundsätzlich von montags bis freitags,
- die gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden,
- die gesetzliche Begrenzung von Mehrarbeit,
- die Erschwerung der Nacharbeit und Aufrechterhaltung des Nacharbeitsverbotes für Arbeiterinnen und Jugendliche.

Doch die Regierung plant im Gegenteil Verschlechterungen, wie z.B. die Beseitigung des Nacharbeitsverbots der Arbeiterinnen. Desgleichen liegen aus CDU-regierten Bundesländern Forderungen nach Erleichterung der Sonntagsarbeit vor. Im übrigen soll es nach den Plänen der Bundesregierung bei der Regelarbeitszeit von 6 Tagen und 48 Stunden bleiben.

Der Außerordentliche Gewerkschaftstag 1987 der IG Druck und Papier wendet sich gegen derartige gesetzliche Verschlechterungen und fordert die längst überfällige Ablösung der nationalsozialistischen Arbeitszeitordnung durch eine Reform, die diesen Namen auch verdient. Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand und den DGB dazu auf, über das Gesetzgebungsverfahren aufzuklären und, soweit erforderlich, geeignete Aktionen vorzubereiten. Es darf nicht ein zweites Mal geschehen, daß die Gewerkschaften, wie im Falle des sog. Beschäfti-

gungsförderungsgesetzes, durch massive gesetzliche Verschlechterungen überrumpelt werden, ohne eigene Genenwehr entwickelt zu haben.

III. Noch einschneidender ist die andere Erscheinungsform der Flexibilisierung: die Auflösung des rechtlich geschützten Normalarbeitsverhältnisses. Die wichtigsten Angriffsmittel sind:

- befristete Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit, vor allem unterhalb der sog. Geringfügigkeitsgrenze,
- Abrufarbeit, Leiharbeit, Auslagerung betrieblicher Arbeit in neue Formen der Heimarbeit oder in Gestalt von Werkverträgen mit selbständigen Gewerbetreibenden.

Allen Formen gemeinsam ist die Auflösung arbeitsrechtlichen Schutzes, vom Kündigungsschutz, der betrieblichen Mitbestimmung bis zur Vorenthaltung der Sozialversicherung. Zugleich wird die Bindung der Tarifverträge unterlaufen, wie etwa in den mannigfachen Formen der Heimarbeit oder der Werkvertragsvergabe an Selbständige ...

Der Gesetzgeber unterstützt diese Entwicklung, etwa durch öffentliche Förderung von Teilzeitarbeit und Heimarbeit, oder durch Erweiterung unternehmerischer Freiräume, wie im sog. Beschäftigungsförderungsgesetz. Die Folge: inzwischen sind rund ein Viertel aller abhängig Beschäftigten in Arbeitsverhältnisse abgedrängt, die nicht den Schutz des unbefristeten Vollzeit-Arbeitsverhältnisses genießen. Allein die Zahl der nur befristet Eingestellten hat sich von 1984 bis Ende 86 von 4% auf 8,5% der abhängig Beschäftigten mehr als verdoppelt. Von den unter 30jährigen Männern ist mittlerweile jeder vierte, von den 16- bis 19jährigen Männern sogar jeder zweite befristet eingestellt ... Teilzeitarbeit macht im Zuge weiterer technischer Veränderungen auch vor dem scheinbar gesicherten Arbeitsplatz des qualifizierten Facharbeiters nicht halt. Ein Heer von befristet Beschäftigten, Heimarbeitern, Aushilfen, Teilzeitbeschäftigen, die kaum in der Lage sind, ihre Rechte wahrzunehmen, gefährden auch die Rechtspositionen und die Durchsetzungskraft der Stammbelegschaft ...

Der Außerordentliche Gewerkschaftstag 1987 der IG Druck und Papier begrüßt die Beschlüsse des Hauptvorstandes, ab Herbst 1987 schwerpunktmäßig Aktionen zur Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses durchzuführen ...

IV. Der Außerordentliche Gewerkschaftstag 1987 richtet seine Erwartungen auch auf den DGB und die übrigen Einzelgewerkschaften. Die Gewerkschaften der Bundesrepublik haben in der Vergangenheit Stärke gezeigt und damit neue Kraft hinzugewonnen ... Nur eine Verbreiterung und Verallgemeinerung tariflicher und politischer Forderungen macht es möglich, gewerkschaftliche Durchsetzungskraft über die Gewerkschaftsgrenzen hinaus zusammenzulegen und damit zu erhöhen. Die Forderung nach besserer Koordinierung der Tarifpolitik behält dabei ihre Gültigkeit.

Eine wichtige inhaltliche Klammer zur Mobilisierung der Mitgliedschaft war in den vergangenen Jahren die 35-Stunden-Woche ... Neben das fortbestehende Ziel der 35-Stunden-Woche muß die Einsicht treten, daß der nächste Kampf um den Bestand des arbeitsrechtlich geschützten Normalarbeitsverhältnisses geführt werden muß. Sollte es den Gewerkschaften in der nächsten Zeit nicht gelingen, jener Entwicklung der schlechenden Entreichtung Einhalt zu gebieten, könnte es in wenigen Jahren schon zu spät sein. Daher sind der DGB und die Gewerkschaften aufgefordert, gemeinsam betriebliche, tarifpolitische und politische Aktionen zur Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses in Angriff zu nehmen. Einstimmig vom außerordentlichen Gewerkschaftstag 1987 der IG Druck und Papier angenommen. (Kürzungen durch Red.)

Palästinensische Lager im Libanon

„Die Verteidigung der Lager liegt auf dem Weg nach Palästina“

In den letzten Politischen Berichten hatten wir angekündigt, einen Artikel der Autonomen Nahost-Gruppe Hamburg zur Unterstützung einer Rundreise von Vertreterinnen und Vertretern der Volkskomitees der palästinensischen Lager im Libanon zu veröffentlichen. Die Autonome Nahost-Gruppe Hamburg hat uns gebeten, stattdessen den Aufruf zu dieser Rundreise abzudrucken. Dieser Aufruf war innerhalb der Solidaritätsbewegung und der politischen Opposition in der BRD nicht umstritten. Inzwischen wird der Aufruf von vielen Organisationen und Gruppen unterstützt. Die Bilder stellte uns die Autonome Nahost-Gruppe Hamburg zur Verfügung, die Bildunterschriften wurden von der Redaktion verfaßt. – (siehe)

Im November finden in verschiedenen Städten der BRD und in Westberlin Veranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Volkskomitees der palästinensischen Lager im Libanon statt.

Die Veranstaltung soll über die aktuelle Situation in den Lagern, das Leben und den Kampf des palästinensischen Volkes, seine Ziele und Perspektiven informieren. Zudem wollen wir die materielle Unterstützung für den Wiederaufbau der Lager, die zum Teil völlig zerstört sind, organisieren, als einen Ausdruck praktischer Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Die Volkskomitees sind gewählte und von der PLO anerkannte Vertretungen der Menschen in den Flüchtlingslagern im Libanon. Sie stehen für den demokratischen Charakter der palästinensischen Revolution. Es ist ihre Aufgabe, unter schwierigsten Bedingungen die Versorgung der Lagerbevölkerung mit Lebensmitteln und medizinischer Hilfe sowie die Verteidigung zu gewährleisten.

Die Bedeutung der Lager im Libanon

Seit ihrer Vertreibung aus Palästina und nach dem „Schwarzen September“ '70 aus Jordanien leben 500000 Palästinenser im Libanon, ein großer Teil von ihnen in den Lagern. Trotz fortwährender Angriffe von „Israel“, Bombardierungen durch die Luftwaffe und Beschuß durch Kriegsschiffe, wie zum Beispiel als Unterstützung von Amal im sogenannten Lagerkrieg, ist es ihnen unter großen Opfern gelungen, die Lager zu verteidigen. Sie führen ihren Kampf um die Erhaltung und Sicherung der Lager und gegen ihre Entwaffnung in dem Bewußtsein, daß er die Grundlage schafft, um ihre Identität und Würde als Volk und als Menschen zu bewahren und um ihr Ziel die Befreiung Palästinas - zu erreichen. Die Lager sind Ausdruck für den Rückkehrwillen des palästinensischen Volkes in die Dörfer und Städte, aus denen es gewaltsam vertrieben wurde.

So liegt die Verteidigung der Lager auf dem Weg nach Palästina.

Die Lager sind immer wieder Angriffsziel, weil sie den reaktionären und imperialistischen Interessen in der Region antagonistisch gegenüberstehen. Diese Erfahrungen der Massaker von Tal As-Sa'ar '76 oder Sabra und Shatila '82 haben die palästinensischen Menschen gelehrt, daß ihre

Entsendung von Natotruppen 1983 war es, die palästinensischen bewaffneten Kräfte zu liquidieren. Die Standhaftigkeit des libanesischen und palästinensischen Widerstands brachte diesen Versuch zum Scheitern. Mit dem gleichen Ziel entfachten die Amal-Milizen im Mai 1985 einen Vernichtungsfeldzug gegen die palästinensischen Lager im Südlibanon. Die konfessionelle Kraft Amal hat sich herausbrechen lassen aus dem Bündnis der fortschrittlichen Kräfte, geködert durch die Aussicht auf innerlibanesischen Machtgewinn. Amal hat sich einbinden lassen in das imperialistische Projekt der Kantonisierung (Zersplitterung) des Libanon mit dem Ziel der Errichtung eines schiitischen Kantons im Südlibanon bei gleichzeitiger Garantierung „israelischer Sicherheitsinteressen“. Die Kontrolle des Libanon ist die Bedingung für die Durchsetzung der Camp-David-Politik im Nahen Osten. Von der arabischen Reaktion unterstützt hat Amal das



Während der Belagerung des palästinensischen Flüchtlingslagers Burj el Barajneh wurden hunderte Bewohner getötet oder verletzt, allein im März 1987 betrug die Zahl der Toten 26, die der Verletzten 46.

Entwaffnung der erste Schritt zu ihrer Vernichtung ist. Ein Mitglied der Volkskomitees von Shatila: „Die Massaker in den Flüchtlingslagern konnten in den letzten Jahren in erster Linie nur deshalb verbrochen werden, weil die Bewohner unbewaffnet waren. Diese schmerzliche Lehre werden wir niemals vergessen. Wir werden unsere Waffen niemals abgeben, auch nicht an unsere engsten Verbündeten.“

Die Selbstorganisierung der Bevölkerung, ihr Kampf um die Einheit, die in der Verteidigung praktisch wurde und in der Wiedervereinigung der PLO in Algier den politischen Ausdruck findet, ist Orientierung für die unterdrückten arabischen Massen, die Befreiungsbewegungen und alle kämpfenden Menschen weltweit.

Lagerkrieg und aktuelle Situation im Libanon

Eines der Ziele der israelischen Invasion gegen den Libanon 1982 und der

dreckige Geschäft der Vernichtung der Menschen in den Flüchtlingslagern übernommen. Bombenterror, Scharfschützen, die Jagd machen auf Frauen und Kinder, die Hungerblockade ... zielten darauf ab, die Menschen in den Lagern zu demoralisieren, das Volk von den politischen Organisationen zu spalten, die PLO zu schwächen.

Selbst die massive und direkte Unterstützung Amals konnte deren politische und militärische Niederlage nicht verhindern. Die Aufkündigung des Kairoer Abkommens durch die libanesische Regierung, das die militärische und zivile Präsenz der Palästinenser im Libanon regelt, ist die politische Antwort der reaktionären arabischen Regime auf die in Algier erfolgte Wiedervereinigung der PLO auf antiimperialistischer, antizionistischer Grundlage. Wie auch die verstärkten israelischen Angriffe im Südlibanon zeigt dies, was die Palästinenser und alle fortschrittlichen Kräfte im Liba-



Links: Ein Lastwagen des UNRWA-Hilfswerks bei der Einfahrt ins Flüchtlingslager Shatila, im März 1987 erreichten ganze sechs Lastwagen mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und Medikamenten das Lager Shatila. Rechts: Flüchtlingslager Burj el Barajneh.



non weiter zu erwarten haben.

Die Rolle der BRD in der arabischen Region

Die arabischen Länder stehen aufgrund ihrer strategischen Lage, ihrer Märkte, Ressourcen und billigen Arbeitskräfte seit jeher im Zentrum kolonialistischer und imperialistischer Interessen, insbesondere auch der westeuropäischen Mächte.

Bis Ende der 60er Jahre war das bundesrepublikanische Interesse primär auf „Israels“ militärische Verankerung im arabischen Raum gerichtet. Dann machten sich die Imperialisten die innerarabischen Widersprüche und die Krise des Nasserismus zunutze. Seit den 70er Jahren hat das Engagement der westeuropäischen Staaten und der USA stetig zugenommen. Dieses Engagement vollzieht sich arbeitsteilig im Rahmen der NATO. Zwischen BRD und USA ist 1982 das WHNS-Abkommen vereinbart worden, welches die logistische Hilfe der BRD auch für Einsätze von US- und NATO-Truppen im Mittleren Osten vorsieht. Damit wurde „legalisiert“, was längst Praxis war, z.B. kam im Oktoberkrieg 1973 israelischer Nachschub aus US-Depots in der BRD. Der „Erfolg“ dieser wirtschaftlichen und militärischen Einkreisungspolitik war die Spaltung der arabischen Staaten durch den erpresserischen Camp-David-Prozeß. Das Camp-David-Abkommen ist nicht nur ein Ausverkauf arabischer Interessen, es ist zugleich die erneute Kriegserklärung seitens der Imperialisten gegenüber dem palästinensischen Volk und tritt dessen Rechte mit Füßen. Alle offenen wie auch verdeckten diplomatischen und militärischen Aktionen westeuropäischer Staaten und der USA verlaufen im Kielwasser dieses Abkommens. Diese Strategie der sogenannten Vietnamisierung des Konflikts kennen wir aus Vietnam und anderen Ländern, deren Völker sich im Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit gegen die imperialistische Ausbeutung aufge-

lehnt haben.

Ziel der Veranstaltung ist es, die Solidarität mit dem palästinensischen Volk und den arabischen Völkern zu stärken. Die palästinensische Revolution hat ihren Teil dazu getan. In Algier ist es gelungen, die organisatorische Spaltung der PLO zu überwinden und einen ersten Schritt in Richtung nationaler Einheit zu tun. Es ist an der Zeit, daß die fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte hier diesen Schritt im Aufbau der Solidarität mit dem palästinensischen Volk unterstützen.

In folgenden Städten finden Veranstaltungen mit den Vertreterinnen und Vertretern der palästinensischen Volkskomitees statt:

Hamburg 1.11., Bremen 2.11., Hannover 3.11., Münster 4.11., Bochum 6.11., Bonn (9.11.), Frankfurt 10.11., Germersheim 11.11., Stuttgart 13.11., Freiburg 19.11., Gießen 28.11. und Westberlin 30.11.

Am 12. November findet in Darmstadt eine zentrale Frauenveranstaltung mit der Vertreterin der Volkskomitees statt.

Veranstalter: Evangelische Studiengemeinde Gießen.

Trägerkreis: Palästinensischer Studentenverein, Palästina-Nahost-Gruppen.

Dieser Aufruf wird bundesweit unterstützt von:

Koordination der Palästina- und Nahost-Gruppen, medico international, ASK, BUKO - Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Anti-Apartheid-Bewegung, Informationsbüro Nicaragua Wuppertal, Libanonhilfe e.V., DKP-Bundesvorstand, BWK, SDAJ, ANC, SWAPO, FMLN/FDR Vertretung in der BRD, MIR Vertretung in der BRD, Guerillaorganisation der Volksfedayin Iran, Rahe Kargan Organisation revolutionärer Arbeiter Iran, Ägyptische Fortschrittliche Bewegung, Fortschrittliche Marokkanische Arbeiter in der BRD, Libysch-arabische Studentenunion in der BRD und Westberlin, General-

union jordanischer Studenten in der BRD und Westberlin.

Spendet für die Volkskomitees der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon

Freundinnen des palästinensischen Volkes (e.V.)

Vereins- und Westbank Hamburg, BLZ 20030000, Konto-Nr. 33/08244, Stichwort: Volkskomitees

Türkei

Vorgezogene Neuwahlen

Nachdem am 6. September dieses Jahres das Referendum über die politische Betätigung einiger bürgerlicher Politiker stattgefunden hat, bereitet man in der Türkei sich auf vorgezogene Neuwahlen vor. Noch bevor das Ergebnis des Referendums vom 6.9. bekannt geworden war, verkündete T. Özal die „frohe Botschaft von den vorgezogenen Neuwahlen“. Die revolutionären Demokraten in der Türkei hatten zum Boykott aufgerufen, den über 2,5 Millionen Menschen durch Fernbleiben von den Wahllokalen und durch die Abgabe von ungültigen Stimmzetteln befolgten. Der Wahlgang war Pflicht, und es stand unter Strafe, nicht zur Wahl zu gehen.

Die jetzt verkündeten vorgezogenen Neuwahlen werden wiederum von einem großen Teil der revolutionären Demokraten boykottiert. Denn diese Wahl ist nichts als eine Farce zur weiteren Verschleierung des wahren Charakters des türkischen Herrschaftssystems. Mit dem kurz vor dem Referendum verabschiedeten neuen Wahlgesetz steht der Ausgang der Wahl schon jetzt fest. Wie schon bei der Verfassung von 1982 berufen sich die Erfinder darauf, daß man sich ein Beispiel an Wahlgesetzen „westlicher Demokratien“ genommen habe. Ver schwiegen wird aber, daß man sich gerade die reaktionärsten Teile dieser

Gesetze herausgesucht hat. So z.B. die 10%-Klausel, das Mehrheitswahlrecht und einige weitere Paragraphen nach dem Vorbild der USA. Im Ergebnis sieht das so aus, daß die Türkei in so viele Wahlbezirke aufgeteilt wurde, wie es Sitze im Parlament gibt, nämlich 450. Nach dem Mehrheitswahlrecht gibt es in jedem Bezirk eine Stichwahl zwischen den Kandidaten, es gewinnt, wer die meisten Stimmen hat. Schafft aber die Partei eines Kandidaten landesweit die 10%-Hürde nicht, kommt der Kandidat mit der zweithöchsten Stimmenzahl ins Parlament, wenn seine Partei landesweit die Sperrklausel überschritten hat. Die Zeit der Wahlpropaganda ist auf 21 Tage beschränkt worden, außerdem gibt es für die Regierungspartei Sondervorzüge für Wahlpropaganda in Fernsehen und Radio. Das alles heißt, bei einem Stimmenanteil von nur 33% für die Regierungspartei ANAP wird sie 63% der Sitze erhalten, dieser Sitzanteil wiederum reicht ihr, um z.B. Verfassungsänderungen vorzunehmen. Insbesondere durch die Teilung der sozialdemokratischen Stimmen auf zwei „sozialdemokratische“ Parteien, von denen für die eine zumindest überhaupt nicht sicher ist, daß sie die 10%-Hürde schafft, ist heute schon klar, der nächste Ministerpräsident und die Regierung werden von der ANAP gestellt. Außerdem muß miteinbezogen werden, daß auch, wenn es nur eine „Sozialdemokratische Partei“ geben würde, die Umstände in der Türkei für die herrschenden Klassen noch nicht reif sind für einen Regierungswechsel.

Quellenhinweis: taz vom 29.9.; FR vom 28.9.; SZ vom 5.9. - (vic)

Südkorea

Arbeiterbewegung tritt auf politische Bühne

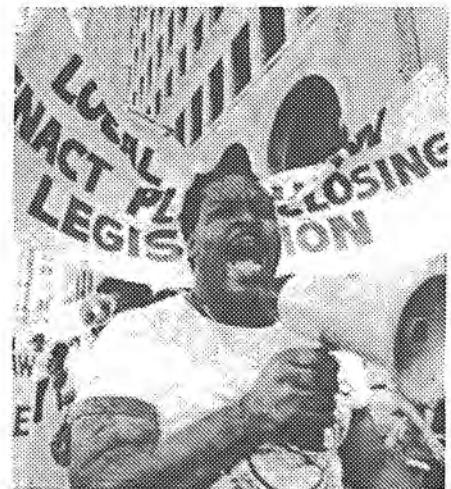
Nach Angaben des Arbeitsministeriums ist die Streikwelle, die seit Anfang Juli über 3000 Betriebe mit hundertausenden Beschäftigten erfaßt hatte, weitgehend abgeebbt. In der letzten Septemberwoche registrierte das Ministerium noch Streiks in über 40 Unternehmen. Die Arbeiter hatten die politische Erschütterung der Militärdiktatur genutzt, um neben Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung vor allem das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zu erkämpfen. Die Erbitterung, mit der sie die Streiks führten, speiste sich aus der Erfahrung brutalster Knechtung und mörderischer Arbeitsverhältnisse, denen die Belegschaften in 26 Jahren Militärdiktatur unterworfen waren. Die vor allem durch die Streiks erkämpften Lohnsteigerungen bewegen sich bei knapp 20%. Die Streikenden

hatten vielfach Lohnforderungen zwischen 30 und 40% erhoben – auf der Basis von Durchschnittslöhnen von umgerechnet 250 DM und „Spitzenlöhnen“ von 450 DM in der Autoindustrie. Die Preissteigerungsrate lag im Sommer 1987 bei 2,3%. Über die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen – 56 Arbeitsstunden je Woche sind die Regel – liegen keine Informationen vor. Unklar ist das Bild über die Fortschritte im gewerkschaftlichen Zusammenschluß: In vielen Betrieben auch in der Großindustrie konnten die Belegschaften die Anerkennung eigener Gewerkschaften durch die Kapitalisten und das Arbeitsministerium erzwingen. In anderen Betrieben setzten sich Funktionäre der bislang einzigen legalen Betriebsgewerkschaft an die Spitze des Protestes. In den jetzt neu gebildeten unabhängigen Gewerkschaften auf Betriebsebene wird die Möglichkeit des Zusammenschlusses auf Branchenebene diskutiert. Diese Bestrebungen werden von kirchlichen Gruppen, die in den Jahren der Militärdiktatur oft die einzige Möglichkeit für legale Zusammenkünfte bildeten, unterstützt. Die Militärdiktatur hatte in den letzten Monaten nicht gewagt, alle Streiks mit dem Großeinsatz des Gewaltapparates zu unterdrücken. Umso brutaler gingen Polizei und Armee allerdings dort vor, wo die Belegschaften aufgrund des Einflusses der unternehmenshörrigen Betriebsgewerkschaft gespalten waren. Zudem machten Polizei und von den Unternehmen geheuerte Banden gezielt Jagd auf die Organisatoren der Streiks. Hunderte Arbeiter sind gegenwärtig in Haft; die Opposition ist gespalten über die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Bewerbung von zwei Kandidaten der Opposition, Kim Young Sam und Kim Dae Jung, für die Präsidentschaftswahlen im Dezember erschwert die Organisationsanstrengungen der Arbeiterbewegung. Beide Kandidaten gehören der bürgerlichen Oppositionspartei RDP an, die für Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht eintritt, aber ein politisches Mandat von Gewerkschaften ablehnt. Kim Dae Jung hatte persönlich ein solches Mandat und auch die Bildung von Branchengewerkschaften befürwortet und wurde bislang deswegen und aufgrund seines kompromißlosen Eintretens gegen die Militärdiktatur von großen Teilen der Arbeiterbewegung unterstützt. Die Kandidatur der beiden Kims fördert die Chancen für den designierten Kandidaten der Militärs, Roh Tae Woo, den Schlächter von Kwangju. In der Arbeiterbewegung könnte das allerdings die Bemühungen um eine eigene Parteibildung stärken.

USA

Ford-Tarifabschluß: Ford kann damit leben

Am 17. September haben die Vereinigte Autoarbeiter-Gewerkschaft (UAW) und die Ford Motor Company einen neuen Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit abgeschlossen. Der als „historisch“ herausgestellte Punkt des neuen Tarifvertrags ist ein Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze. Ford stellt dafür bis zu 500 Mio. Dollar bereit. Arbeiter, deren Arbeitsplatz wegen neuer Technologien, verringelter Maschinenbesetzung oder Fremdproduktion wegfällt, erhalten ihren vollen Lohn, während sie umgeschult werden oder an einem anderen Arbeitsplatz arbeiten. Der Vertrag sieht eine Lohnerhöhung von 3% im ersten



UAW-Protestaktion vor dem Hauptquartier von General Motors in Detroit

Jahr und Einmalzahlungen von je 3% im zweiten und dritten Jahr vor. Außerdem sind Verbesserungen bei der Gewinnbeteiligung, bei der Krankenversicherung und bei den Pensionen sowie die Erhöhung des Zuschlags für „übermäßige Überstunden“ festgelegt. Als „Gegenleistung“ sagte die Gewerkschaft zu, gemeinsame Komitees auf nationaler und lokaler Ebene zur Erhöhung der Produktivität und der Flexibilität des Arbeitseinsatzes einzurichten. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO lobt den Abschluß als „einen bedeutenden Sieg im Kampf gegen den Export von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie ins Ausland.“ Kernstück des neuen Vertrags sei, daß Entlassungen verhindert würden außer bei „sorgfältig definierter Verringerung der Produktion“ wegen fallender Nachfrage. Das Wirtschaftsmagazin „Business Week“ dagegen meint, daß Ford von dem Arbeitsplatzsicherungsplan nicht besonders betroffen sei, da Ford schon vor Zeiten die Belegschaft kräftig reduziert habe und

zur Zeit im Durchschnitt zehn Überstunden die Woche gearbeitet werden. Ein weiteres Loch im Vertrag: Ford könnte jede zweite Stelle, die durch natürlichen Abgang – etwa 6% pro Jahr – frei wird, unbesetzt lassen. „Labor Notes“, ein Mitteilungsblatt der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung, durchleuchtet die „Gegenleistungen“. Ford hat als Hauptziel der Tarifverhandlungen Erhöhung der Effizienz gefordert. Genau das sollen die von der UAW zugestandenen Komitees tun. Innerhalb von sechs Monaten sollen Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet sein. Man kann sicher sein, daß die Fordleitung ihre Vorschläge schon in der Schublade hat für die Lockerung bzw. Aufhebung der sog. „workrules“. Gemeint sind damit Regeln, nach denen z.B. die Zahl der Arbeiter pro Maschine, die Länge der Pausen usw. festgeschrieben sind. Von den Kapitalisten als archaisch und unflexibel beschimpft, schützen sie die Arbeiter vor der ungehemmten Intensivierung der Arbeit. Diese Regeln wurden bislang in selbständigen Verhandlungen auf örtlicher Ebene ausgehandelt. Der neue Vertrag verpflichtet nun zum ersten Mal die örtliche Gewerkschaft, zusammen mit den Kapitalisten Flexibilisierungsvorschläge zu machen, eine Flexibilisierung, die bislang am Kampf der Belegschaften weitgehend gescheitert war. Die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen werden dabei in Konkurrenz über Zugeständnisse gegeneinander getrieben. Auch sitzen zum ersten Mal Gewerkschaftsvertreter der Zentrale in den Komitees. Es sieht so aus, daß die Arbeiter diesen Tarifvertrag der angeblichen Arbeitsplatzsicherheit mit Lebensjahren bezahlen müssen. – (ger, her)

Kanada-USA

Freihandelsverhandlungen pünktlich abgeschlossen

Kurz vor Ablauf der vom amerikanischen Kongreß gesetzten Frist am 3.10. haben die Handelsminister Kanadas und der USA grundsätzliche Einigung über ein Freihandelsabkommen erzielt. Die Verhandlungen hierüber waren 1985 bei einem Treffen Mulroney-Reagan vereinbart worden. Strittige Detailsfragen sind noch nicht öffentlich bekannt oder werden auch erst noch ausgehandelt. Das Abkommen soll am 2.1.1988 in Kraft treten; Bedingung ist jedoch, daß bis dahin auf der einen Seite der amerikanische Kongreß, auf der anderen Seite sowohl das kanadische Bundesparlament als auch die zehn Provinzparlamente zustimmen. Noch zehn Tage vor dem 3.10. hatte die kanadische Seite den Verhandlungstisch verlas-

sen, es sah nach einem Scheitern aus, und erst auf Ebene der Minister wurde eine Einigung erzielt. Es scheint sich nicht um Theaterdonner gehandelt zu haben; umstritten war insbesondere, ob die USA es sich weiterhin herausnehmen können, durch einseitige Zwangsmaßnahmen bestimmte kanadische Exporte zu erschweren, wie sie es in letzter Zeit verstärkt durch Strafzölle getan haben. Die kanadische Delegation forderte statt dessen eine paritätisch besetzte Kommission, vor der künftige Streitfälle zu verhandeln sind. Die USA waren lange Zeit an diesem Punkt zu Zugeständnissen nicht bereit, und welche genaue Form nun beschlossen wurde, ist noch nicht bekannt. Einige Wochen vorher wurde in der Presse vermutet, Kanada könne sich in diesem Punkt nur durchsetzen, wenn es dafür den Kapitalverkehr völlig freigeben.

Der freie, also nicht durch Zölle und Quotenregelungen geschützte, Handel mit den USA ist seit über hundert Jahren ein empfindliches

Thema in Kanada, weil damit die relative Position Kanadas zwischen Europa und den USA berührt wird. Und es geht um viel, denn wenn auch bereits jetzt 80% des beiderseitigen Handels zollfrei sind, so machen die verbleibenden 20% bei einem gesamten beiderseitigen Handel von 125 Mrd. US-Dollar noch ein Volumen von 25 Mrd. Dollar aus, das mit Zöllen belastet ist. Darüber hinaus haben in letzter Zeit US-Quoten und Strafzölle gegen angeblich unfairen Wettbewerb große Bedeutung bekommen, z.B. Sonderzölle für kanadisches Kali in Höhe von bis zu 85%, verhängt vom amerikanischen Handelsministerium.

Auf US-Seite hat sich eine Koalition von 500 Konzernen für das Abkommen eingesetzt. In erster Linie General Motors, Ford und Chrysler profitieren davon, denn sie können durch Import von Teilen nach Kanada die amerikanische 10,5%-Importsteuer umgehen, und sie zahlen zudem für Produktion und Montage in Kanada niedrigere Löhne. – (mfr)

Australien

200 Jahre europäische Kolonialisierung – Aborigines kämpfen um ihr Land

Am 6. August 1987 starb der 28jährige Aborigine Lloyd Boney im Polizeigefängnis von Brewarrina im Bundesstaat Neusüdwales. Er wurde erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Bei einer wenige Tage später stattfindenden Protestaktion von über 200 Aborigines gegen die offensichtliche Ermordung von Lloyd Boney lieferten sich die Demonstranten mit der Polizei eine Straßenschlacht. Der Tod von Lloyd

Boney in Polizeihaft ist kein Einzelfall, während der letzten acht Monate starben auf diese Weise 16 Aborigines, 78 seit 1980, zumeist junge Menschen. Als Todesursache gab die Polizei immer „Selbstmord durch Erhängen“ an.

Am 26. Januar 1988 wird die australische Regierung die zwölf Monate dauernde 200-Jahr-Feier der europäischen Kolonialisierung Australiens



Demonstration von Aborigines: „Wir haben überlebt“, „Wir fordern unser Land“, „Wir fordern es jetzt“.



Anlässlich der Beisetzung des ermordeten Generalsekretärs der Volksfrontorganisation BAYAN, Leandro Alejandro, demonstrierten über 60000 Menschen Ende September in Manila gegen die reaktionäre Politik der Regierung Aquino, gegen die Anschläge der Militärs und rechter Banden auf Gewerkschafter und Mitglieder linker und antifaschistischer Organisationen. Für den 12.10. hat die linke Gewerkschaft „1. Mai-Bewegung“ (KMU) zu einem Generalstreik aufgerufen, um die Erhöhung des täglichen Mindestlohnes um umgerechnet 0,90 DM durchzusetzen. Die Aquino-Regierung baut Manila zum Militärlager aus und droht mit der Verhängung des Kriegsrechts. – (sie)

Griechenland: Streiks im öffentlichen Dienst

Am 29. September streikten über 300000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Griechenlands und am 1. und 2. Oktober über 17000 Arbeiter der Müllabfuhr zahlreicher griechischer Städte gegen die geplante Verabschiedung eines Gesetzes, wonach Zeitverträge nicht mehr verlängert, die Beamtenanwartschaft von zwei auf drei Jahre ausgedehnt und Versetzungen ohne Zustimmung der Beschäftigten möglich werden sollen. Seit langem hetzen die Kapitalistenverbände gegen eine angebliche personelle Überbesetzung im öffentlichen Dienst von 300%. Nach den Streiks hat die Pasok-Regierung angekündigt, einen

Teil der Beschäftigten mit Zeitverträgen als Beamte zu übernehmen. – (sie)

Italien: Demonstration gegen italienische Kriegsschiffe im Golf
Mehr als 20000 Menschen, zumeist Studenten, demonstrierten am 10.10. in drei Städten gegen den Einsatz von vier italienischen Kriegsschiffen, die seit Anfang Oktober mit 900 Mann Besatzung im Persischen Golf stationiert sind. Die Demonstranten forderten von der Regierung den sofortigen Rückzug der Kriegsschiffe. In Rom nahmen trotz polizeilichen Demonstrationsverbots über 10000 teil und behaupteten die angekündigte Demonstrationsroute durch die Innenstadt. – (sie)

eröffnen.

Für die Aborigines aber begann vor 200 Jahren die Zerstörung ihrer über 40000 Jahre alten Kultur, der Landraub und die physische Ausrottung durch die weißen Kolonialisten. Lebten vor 200 Jahren noch über 300000 Aborigines in ihrem Land, so hatten die weißen Kolonialisten sie bis auf 70000 im Jahre 1940 dezimiert. Erst seit Mitte der 60er Jahre nimmt ihre Anzahl wieder zu, heute haben die Aborigine-Stämme ca. 140000 Mitglieder. Aber ihre Lage ist anhaltend schlecht: Nur 25% haben ein regelmäßiges Einkommen, die Kindersterblichkeit ist dreimal so hoch wie bei den Weißen, und die Lebenserwartung der Aborigines liegt mit 54 Jahren um 20 Jahre unter der von Weißen.

Im Gegensatz zu den ehemaligen britischen Kolonien wie Neuseeland oder Papua-Neuguinea sprachen die

britischen Kolonialisten den Aborigines in Australien *iegliches* Recht auf Land ab. Im Vertrag von Waitangi von 1840 gestand die Kolonialmacht Großbritannien den Ureinwohnern Neuseelands, den Maoris, ein eingeschränktes Verfügungsrecht über das ihnen nach dem kolonialen Landraub noch verbliebene Land zu. Die australische Kolonie hingegen wurde als „terra nulla“, als Land ohne erkennbare Regierung und somit ohne Eigentümer, behandelt.

Bestand die Politik der Kolonialisten gegenüber den Aborigines nach ihrer Inbesitznahme Australiens in der gewaltsamen Vertreibung sowie der Niedermetzelung, schufen sie Ende des 19. Jahrhunderts sog. reservierte Zonen, in denen die Aborigines „leben“ durften. Missionare drangen in diese Gebiete ein und bemächtigten sich vieler Lager der Aborigines, die sie in Missionen umwandelten. Die

Tibet: Fehler der Nationalitätenpolitik Chinas?

Zweifellos belegen die von buddhistischen Mönchen in den letzten Wochen organisierten Demonstrationen für ein unabhängiges Tibet Fehler in der chinesischen Nationalitätenpolitik. Dazu sind nicht nur die Einschränkung der Religionsfreiheit oder die Zerstörung lamaistischer Kulturstätten in der Kulturrevolution zu rechnen, sondern vor allem der von Mao Tsetung immer angeprangerte Groß-Han-Chauvinismus. Was die westlichen Medien aber unterschlagen: Tibet war noch 1950 eine Sklavenhaltergesellschaft in schlimmster Armut, beherrscht von der Mönchskaste. Der Konflikt um Tibet hat lange Wurzeln: Die chinesische Mandschu-Dynastie unterwarf Tibet Anfang des 18. Jahrhunderts. Mit dem Zerfall des chinesischen Reiches im 19. Jahrhundert rivalisierten Großbritannien und das zaristische Russland um die Kontrolle von Tibet. Nach Ausrufung der chinesischen Republik erklärte 1913 der damalige Dalai Lama Tibet für unabhängig. 1951 nach dem Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee unterzeichneten Vertreter des Dalai Lama ein Abkommen, nach dem Tibet eine autonome Region Chinas wurde. 1959 warf die chinesische Volksbefreiungsarmee einen von den Mönchen organisierten Aufstand in Tibet nieder. Nach 1980 hat die chinesische Regierung wiederholt Fehler in der Behandlung der tibetischen Nationalität zugestanden und die staatlichen Investitionen in Tibet drastisch gesteigert. Gleichzeitig bot sie dem im indischen Exil lebenden Dalai Lama die Rückkehr nach Tibet an. – (wom)

Aborigines waren häufig vor die Alternative gestellt, sich zu unterwerfen oder zu verhungern. Die Missionen waren die Hauptinstrumente der Kolonialisten, die Kultur und Unabhängigkeit der Aborigine zu vernichten. Z.B. war den Kindern der Aborigines bis vor 15 Jahren verboten, in der Schule ihre Sprache zu erlernen.

Die systematische Vertreibung der Aborigines durch Minengesellschaften, immer auf der Suche nach der profitablen Ausbeutung der reichen Rohstoffquellen, durch Militärcamps und Farmen hält bis heute an. So wurde z.B. der Stamm der Pintupi in 17 Jahren dreimal zwangsverlagert: 1946 wegen eines nuklearen Versuchszentrums, zweimal, 1968 und 1973, wegen Verbots des Wiederaufbaus ihres Lagers.

Erst seit den 60er Jahren werden die Aborigines als „Menschen“ von der australischen Kolonialgesellschaft

Namibia: „Deutsche“ fordern Minderheitenschutz

Die von Südafrika eingesetzte „Übergangsregierung“ hat beschlossen, daß ab 1988 Englisch einzige Amtssprache in Namibia sein soll. Dagegen erheben nun vor allem die afrikaans- und deutschsprachigen europäischen Siedler Protest. Die „Interessengemeinschaft Deutsch-Südwest“, die Vereinigung von deutschen Kolonialisten in Namibia, fordert die Erhaltung von Deutsch als Amts- und Schulsprache. Der Einfluß des imperialistischen Mutterlandes soll sichtbar bleiben. – (uld)

Peru: Anwälte politischer Gefangener verhaftet

Ende September verhaftete die Polizei mehrere Dutzend Teilnehmer einer Konferenz des „Verbandes demokratischer Anwälte Peru“, darunter mit Manuel Cartagena und Martha Huatay zwei der bekanntesten Verteidiger politischer Gefangener. Die meisten Gefangenen sind Mitglieder der Kommunistischen Partei Perus (PCP) („Leuchtender Pfad“). An der Anwaltskonferenz hatten sich über 600 Anwälte beteiligt. Die peruanische Regierung versucht, nach ihrem Massaker an politischen Gefangenen der PCP im letzten Jahr den erneuten Aufbau einer Front von politischen Gefangenen, Angehörigen und Anwälten für die Rechte der Gefangenen brutal zu unterdrücken. Martha Huatay hatte anlässlich ihrer Rundreise durch verschiedene europäische Länder in einem Interview mit den Politischen Berichten (17/87) im Juli über den Kampf gegen die Unterdrückung der Gefangenen berichtet. Die peruanische Regierung klagt die Rechtsanwälte der Unterstützung von „Terroristen“ an. Die Polizeiaktion fand vor

dem Hintergrund der Ausweitung des Guerillakampfes durch den „Leuchtenden Pfad“ und der Schaffung neuer befreiter Gebiete statt. Die Regierung stellte weitere fünf Provinzen des Landes unter Kriegsrecht. – (sie)

Südafrika: Lohnabschluß bei Daimler-Benz

Der Anfang Oktober geschlossene Tarifvertrag zwischen der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA und der Geschäftsleitung von Daimler-Benz Südafrika sieht eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 4,50 Rand/Stunde (ca. 4,- DM) vor, ab 1.7.88 auf 4,86 Rand/

Stunde. Die Gewerkschaft hatte eine Erhöhung des Stundenlohnes von vorher 3,70 Rand auf 5 Rand gefordert. Nach dem neuen Tarifvertrag soll die Arbeitszeit von 44 auf 43 und ab 1.7.88 auf 42 Stunden pro Woche gesenkt werden. Trotz des Abschlusses eines neuen Tarifvertrages streikten die 2800 Daimler-Benz-Beschäftigten am 6. Oktober. Die Daimler-Benz-Geschäftsleitung hatte versucht, über neue Arbeitsverträge einzelne Beschäftigte abzugruppieren und damit den Lohn zu senken. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung liegt noch nicht vor. – (sie)



In der letzten Woche demonstrierten Tausende im spanischen und französischen Baskenland gegen die von Madrid und Paris koordinierte Polizeiaktion gegen baskische Flüchtlinge und die baskische Befreiungsbewegung. Dabei waren im spanischen Baskenland 65 Menschen verhaftet worden und im französischen Teil 95 baskische Flüchtlinge. Davon sind 65 der spanischen Polizei übergeben worden, 12 nach Algerien deportiert und sechs in fernere französische Departements zwangsverwiesen. Insgesamt 2000 Polizisten, zumeist aus Paris, setzte die französische Regierung gegen die Flüchtlinge ein. Die spanische Zeitung „El País“ berichtet am 12.10., daß die USA, Italien und die BRD permanenter Druck auf Spanien und Frankreich ausgeübt und eine gemeinsame Aktion gegen die ETA gefordert hätten. – (he, sie)

anerkannt. Vorausgegangen waren anhaltende Auseinandersetzungen einzelner Stammesverbände mit den immer weiter vordringenden Minengesellschaften, insbesondere im Westen und Norden Australiens. 1976 mußte die damalige konservative Regierung Frazer dem Widerstand der Aborigines Rechnung tragen mit der Verabschiedung eines Landrechtsgesetzes. Darin waren den Aborigines einige Mitsprache- und Einspruchsrechte bei der Verfügung über ihr Land eingeräumt worden. Ausnahmen galten für bereits ansässige Minengesellschaften und in Fällen, wo „das nationale Interesse es gebietet“.

Selbst diese geringen Rechte waren den Minenkapitalisten zuviel. Denn die Aborigines führten zähe Kämpfe, um Neuansiedlungen von Minengesellschaften zu verhindern. So konnte die Ausbeutung von Uranvorkommen in der Mine Koongara über Jahre ver-

hindert werden. In mehreren Fällen gelang es Stämmen, Konzessionsabgaben von den Minengesellschaften zu erkämpfen, die zumeist aber nicht mehr als einige hunderttausend australische Dollar z.T. für eine ganze Region bezahlt werden mußten. Dennoch war diese Bewegung stark genug, daß sich die Kammer der Minenkapitalisten (AMIC) ab 1984 entschloß, eine Kampagne einzuleiten, um weitergehende gesetzliche Maßnahmen zugunsten der Aborigines zu verhindern: Die Aborigines seien eine „rücksichtslose Minderheit“, die die „nationalen Interessen“ mit Füßen treten würde. Bislang konnten die Minenkapitalisten mit ihrer nationalistischen Hetze die von der sozialdemokratischen Regierung noch 1985 angekündigten Gesetzesvorhaben stoppen.

Die Aborigines haben in den letzten Jahren Organisationen und Vertretungen aufgebaut, die immer

klarer ein politisches Programm entwickeln, in deren Mittelpunkt Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht und vollem Verfügungsrecht über Grund und Boden stehen. Sie finden Unterstützung z.B. bei fortschrittlichen und linken Organisationen in Australien.

Bereits im Vorfeld der 200-Jahr-Feier häufen sich die Auseinandersetzungen zwischen Aborigines und dem Staatsapparat. So wird in Perth die Nationale Aborigine Woche unter dem Motto „Das weiße Australien hat eine schwarze Geschichte“ durchgeführt. Das Stadtparlament untersagte das Thema sowie die Anbringung von Plakaten, die Aborigines in Ketten zeigen, weil „die Angelegenheit zu kontrovers und zu sensibel“ sei. Quellenhinweis: Le Monde Diplomatique, September 1987; Vanguard, Zeitung der CPA/ML, 10.6., 2.9.; NZZ, 24.9. (sie)

- Veröffentlichungen -

Montanmitbestimmung weg durch Konzernänderung?

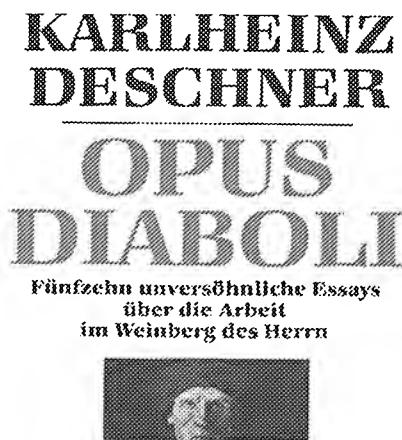
In einer Erörterung in den „Beiträgen zur Mitbestimmungsdiskussion“ befaßt sich Wolfgang Kieser, Mitglied des Stahlbüros der IG Metall, mit dem im Juni von der Bundesregierung beschlossenen Gesetz zur Verlängerung der Montanmitbestimmung. Kieser erläutert, daß die IG Metall an der alten Montanmitbestimmung nicht festhalten könne, weil immer schwieriger werde festzulegen, welche Konzerne überhaupt noch Montankonzerne seien. Die meisten Stahl-Konzerne haben inzwischen ihre Produktion auf so zahlreiche Metallverarbeitungs- und anderen Produktionen ausgeweitet, daß die Montanmitbestimmung nur noch in wenigen gelten dürfte. Nur wenn die Produktion des Konzerns hauptsächlich im Montanbereich liegt, unterliegt er der gesetzlichen Montanmitbestimmung. Der Aufsatz stellt die weiteren Vorhaben der Bundesregierung vor und erläutert demgegenüber die gesetzlichen Anforderungen des DGB, der von der auf die Montanindustrie beschränkten Mitbestimmung weg will zu einer Gesetzesregelung, die die Mitbestimmung auf alle Großunternehmen und Konzerne ausweitet, und der dafür einen eigenen Gesetzentwurf vorlegte. Kieser sieht als Hauptfrage aller weiteren Mitbestimmungsgesetze, daß wirtschaftsdemokratische Maßnahmen eingeleitet werden – die Aktionärsversammlung soll Veto- und Weisungsrecht gegenüber dem Aufsichtsrat erhalten. Als Vorteil daraus behauptet Kieser bessere Eingriffsmöglichkeiten bei Rationalisierungs- und Stellungsverhandlungen der Unternehmen. (WSI, Beiträge zur Mitbestimmungsdiskussion Nr. 16/87, 8,00 DM – uld)

Greuelchronik der Kirchenverbrechen

In dem Band „Opus Diaboli“ (Werk des Teufels) hat der Kirchenkritiker Karlheinz Deschner 16 längere und kürzere Abhandlungen und Artikel zusammengestellt, in denen er verschiedene Aspekte der Kritik an den Kirchen abhandelt. Dabei ist ein Schwerpunkt, wie die Kirche selber Kriege geführt hat, den jeweils Herrschenden ihre Kriege religiös absicherte und ihnen das Kanonenfutter zuführte. Die Abhandlung „Man nennt es Heilsgeschichte“ umreißt – in den Worten von K. Deschner – „verhältnismäßig ausführlich die mittelalterlichen Kriege der Kirche, ihre Vernichtung des Heidentums, die Jagd auf ‚Ketzer‘, Hexen, Juden und gibt unter Seitenblick auf den Pomp der Päpste ein Bild vom Schröpfen der eignen Gläubigen, von den christ-

lichen Sklaven und Bauern bis zum Industrieproletariat des 19. Jahrhunderts.“ Der Artikel „Weide meine Lämmer!“ „zeigt den katastrophalen Umschlag des dreihundertjährigen Pazifismus der ältesten Christenheit in das 313 aufkommende Feldpaffentum, die Ausreden der Moraltheologen, das unglaubliche Kriegsgeschrei des Klerus noch im Ersten Weltkrieg, im Zweiten sowie sein Verhalten nach 1945.“

Deschner berichtet und zitiert, wie der Klerus hinter allen Fronten den Krieg pries. „Gott will es!“ schrien schon die Päpste bei ihren Kreuzzügen. Und so schreit es fort. Noch Hitlers Rußlandüberfall gab der ganze deutsche Episkopat als den ‚heiligen



Willen Gottes‘ aus. Und gleichzeitig rief der protestantische Bischof Lilje: „Mit Gott! Nur im Namen Gottes kann man dieses Opfer legitimieren. Je mehr sie morden, desto lauter rufen sie zu Gott.“

Das Buch ist trotz des hohen Preises als Einstieg in die Kritik der Kirchen gut verwendbar. Deschner stellt aber die christliche Predigt („Nächstenliebe“) als Gegensatz der christlichen Praxis (Rechtfertigung von Unterdrückung der arbeitenden Massen und Kriegen der Herrschenden) gegenüber. Dadurch wird ein Problem seiner – doch nicht ganz so „unversöhnlichen“ – Religionskritik deutlich, denn gerade auch die religiöse Liebespredigt sichert die bestehende Ausbeutungsordnung gegen soziale Revolutionen. Die Verkleidung ihrer Ketten mit Himmelsblumen beläßt die tatsächlichen Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums in Fesselung und Abhängigkeit. (K. Deschner. Opus diaboli. Fünfzehn unversöhnliche Essays über die Arbeit im Weinberg des Herrn, 1987, 29,80 DM (gba)

Dokumentation des U-Boot-Geschäfts

Die Anti-Apartheid-Bewegung hat eine Kurzdokumentation über die Lie-

ferung von U-Boot-Blaupausen durch die Kieler Werft HDW bzw. das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) an Südafrika herausgegeben. Die Broschüre enthält neben einer nützlichen Zeitliste Dokumente zum Kriegswaffenkontrollgesetz, Pressedokumente und Stellungnahmen von ANC, SWAPO, dem Weltkirchenrat, dem Namibischen Kirchenrat sowie der Bundestagsfraktionen von CDU, SPD und Grünen. Der ANC stellt in seiner Erklärung fest: „Die Lieferung von Konstruktionszeichnungen („blueprints“) für U-Boote der Klasse ‚209‘ sowie von Bauteilen (wie in der Presse gemeldet wurde) an die südafrikanische Regierung stellt ein weiteres Glied in einer Kette derartiger Waffengeschäfte von BRD-Firmen mit einem Regime dar, dessen Politik von der internationalen Völkergemeinschaft durch eine UNO-Konvention von 1973 als ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ geächtet ist. Und sie belegt, daß Kreise der Bundesregierung offenbar gegen geltendes Völkerrecht bereit sind, solche Geschäfte zu fördern und zu billigen.“

Gegen die Lieferfirmen ... soll zwar wegen des angeblich nicht genehmigten Geschäfts von DM 46 Millionen ermittelt werden ... Die mögliche Geldstrafe von DM 400000 läuft auf eine unerträgliche Ablöszahlung für ein Geschäft mit dem Rassismus hinaus ...

Was sollen wir davon halten, wenn einerseits – wie zum Beispiel von Bundespräsident von Weizsäcker – die Freilassung Nelson Mandelas gefordert oder gegen die Verhaftung und Folterung des Generalsekretärs der Südafrikanischen katholischen Bischofskonferenz, Smangaliso Mkhatswa, protestiert wird – und zugleich dem Regime Mittel und Waffen geliefert werden, seine inhumane Politik zu verteidigen und fortzusetzen?

Die Bundesregierung lehnt die geforderten wirksamen, d.h. verbindlichen und umfassenden Sanktionen gegen das Apartheidregime mit der Begründung ab, dies treffe vor allem die schwarze Bevölkerung unseres Landes – obwohl sie weiß, daß diese bereit ist, die Opfer, die ein Boykott ihr auferlegt, zu tragen, um so den Sturz des Regimes zu beschleunigen. Die Bundesregierung sorgt sich also angeblich darum, daß unser Volk dann von Arbeitslosigkeit und Hunger getroffen würde. Doch sie hat sich bislang nicht gesorgt um diejenigen Abertausende neugeborener Kinder, die jetzt bereits Monat für Monat vor Erreichen des ersten Lebensjahres sterben – als Opfer des Elends, in das das Apartheidssystem der Unterdrückung und Ausbeutung die Masse unseres Volkes zwingt! Und sie sorgt sich anscheinend auch nicht um jene Opfer, die Gewehrkugeln, der Einsatz von gepanzerten Militär- und Polizei-

fahrzeuge aus BRD-Produktion, Granaten, Hubschraubereinsätze oder U-Boote in den Händen dieses Regimes fordern und weiter fordern werden – in den Straßen unserer Gettos und unter den Bewohnern unserer Nachbarländer!

... Der jüngste Fall skrupelloser Kollaboration mit Südafrika bestätigt uns in unserer Forderung, daß es mit Südafrika keinerlei Geschäfte geben darf – nicht nur eine rigorose Unterbindung jeglicher rüstungsmäßiger Beziehungen.“

(Der U-Boot-Skandal Bundesrepublik Deutschland – Südafrika; AAB; Blücherstr. 14, 5300 Bonn, 3,50 DM – uld)

Lambsdorff über Ziele liberaler Politik

Unter dem Titel „Frische Luft für Bonn – Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat“ erschien vor kurzem das dritte Buch von Otto Graf Lambsdorff (Deutsche Verlagsanstalt, 400 Seiten, 38 DM). Es umfaßt Reden und Artikel aus den Jahren 1980 bis 1987 und ist für die Verfolgung liberaler Politik und Theoriebildung in der BRD eine höchst nützliche Quellensammlung. Sie sind in folgende Themenbereiche gegliedert: „Grundsätze liberaler Wirtschaftspolitik“, „Praktische Wirtschaftspolitik“, „Einzelne Fragen der Wirtschaftspolitik“, „Grundsätze liberaler Wirtschaftspolitik“, „Praktische Wirtschaftspolitik“, „Einzelne Fragen der Wirtschaftspolitik“, „Teilnehmer am Marktgescchen“, „Außenwirtschaftspolitik“, „Europapolitik“, „Deutschland und die Welt“ und „Deutschlandpolitik“. Lambsdorff, der zwischen 1978 und 1984 Wirtschaftsminister der sozialliberalen Regierung Schmidt war, hat durch die Veröffentlichung des „Wendepapiers“ vom September 1982 deren Regierungsablösung wesentlich betrieben. Deutlich wird auch, daß sich die dort formulierten Grundsätze wie ein roter Faden durch die weiteren Reden und Artikel Lambsdorff ziehen und wesentlich die christlich-liberale Regierungspolitik bestimmt haben und weiter bestimmen, als da zu nennen sind: Privatisierung von staatlichen Aufgaben und Betrieben, Kürzung von Haushaltsausgaben wie Kürzung von Versicherungsansprüchen, BA-FÖG, Förderung der Kapitalisten durch eine Steuerentlastung im Rahmen einer großangelegten Steuerreform, Abschaffung der Gewerbesteuer, Angriffe auf die Arbeitslosen- und Krankenversicherung, auf Sozialhilfe, Arbeitsschutz-, Kündigungsschutz, Arbeitsrecht und Jugendschutz mit Arbeitszeit- und Lohnflexibilisierung usw. Lambsdorff kritisiert die Regierung Kohl, er fordert eine noch schärfere Gangart zur Niederreißung jeglicher Rechte der Lohnabhängigen. - (sie)

Strukturreform im Gesundheitswesen

CDU-Sozialausschüsse gegen höhere Selbstbeteiligung?

Die von der Bonner Regierungskoalition eingesetzte Kommission für die Strukturreform im Gesundheitswesen hat sich auf einer Klausurtagung am 01.10.87 auf Eckdaten geeinigt. Abschließend muß sich noch eine große Koalitionsrunde mit den Reformvorschlägen befassen.

Die Eckdaten der Koalitions-Kommission

Im Mittelpunkt der reaktionären Reform steht die drastische Anhebung der Selbstbeteiligung. Pro Medikament soll nicht mehr der Festbetrag von 2 DM als Selbstbeteiligung kassiert werden, sondern 20% der Kosten des Medikaments, höchstens aber 10 DM. Für alle Medikamente, die teurer als 10 DM sind, wird demnach ein höherer Selbstbeteiligungsbetrag gefordert, für alle Medikamente, die teurer als 50 DM sind, wird der Selbstbeteiligungsanteil um 500% gesteigert. Darüberhinaus sollen weitere Medikamente – sogenannte Bagatellarzneien – auf die Negativliste gesetzt und damit überhaupt nicht mehr von der Kasse bezahlt werden.

Noch drastischer werden Heil- und Hilfsmittel verteurt. Gegenwärtig muß pro Verordnung eines Heil- oder Hilfsmittels 4 DM Selbstbeteiligung gezahlt werden. Dieser Festbetrag soll ebenfalls durch eine 20-prozentige Selbstbeteiligung abgelöst werden, die Höchstgrenze wird aber nicht auf 10 DM, sondern auf 100 DM festgelegt. Der Selbstbeteiligungsanteil für Heil- und Hilfsmittel, die 500 DM und mehr kosten, wird damit um 2500% gesteigert! Für Hörgeräte, die bisher

voll von der Kasse finanziert wurden, soll die Krankenkasse zukünftig nur noch einen Festbetrag von 800 DM zuzahlen. Bei Zahnersatz, der derzeit von den Kassen mit 60% bezuschußt wird, sollen die Kassen zwecks Durchsetzung der „billigsten“ Lösung zukünftig nur noch einen Festbetrag zahlen.

Verschärfte Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen der Ärzte sollen diese veranlassen, weniger zu verordnen. So können zukünftig Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei einem Kassenarzt generell erfolgen und nicht erst dann, wenn der Arzt den Fachgruppen-durchschnitt weit überschreitet.

Um den Abbau von Krankenhaus-betten mit Brutalität durchzusetzen, sollen die Kassen die Möglichkeit erhalten, „überzählige und teure“ Krankenhausbetten aus der Kassen-versorgung ausschließen zu können.

Die Kosten für einen Schwanger-schaftsabbruch und die Mutterschaftshilfe sollen zukünftig aus staatlichen Haushalt Mitteln finanziert werden. Eine Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer soll die Finanzie-rungsgrundlage sein.

Die Konkurrenz unter den Kassen soll zuungunsten der AOK und zu-gunsten der Ersatz- und Privatkassen verschärft werden. Diesem Zweck soll die Einführung einer Versicherungs-pflichtgrenze dienen, die es mehr als einer halben Million Arbeitern ermöglichen soll, ihre Kasse zu verlassen und sich als freiwillige Mitglieder auch bei einer anderen gesetzlichen Krankenkasse zu versichern oder so-gar in die private Versicherung abzu-

Tabelle A 118: Selbstbeteiligung der GKV: Versicherten 1977 – 1984, in Mio. DM

Selbstbeteiligung	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Zahnersatz	1.351	1.439	1.618	1.838	2.028	1.839	1.845	2.021
Kieferorth.								
Behandlung	4	9	9	10	10	11	12	13
Arzneimittel	533	545	582	644	689	966	1.135	1.118
Bagatellarznei-mittel	–	–	–	–	–	–	175	400
Heil- und Hilfsmittel	13	27	35	39	42	160	166	191
Krankenhaus-aufenthalt	–	–	–	–	–	–	210	210
Kuren	–	–	–	–	–	–	20	20
Fahrkosten	1	2	2	2	2	70	80	92
Selbstbeteiligung insgesamt	1.902	2.022	2.246	2.533	2.771	3.046	3.743	4.065

Quelle: WIdO (Hrsg.), Bilanz der Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen 1977 bis 1984, Bonn 1986, S. 38

Die Selbstbeteiligung an Medikamenten soll bis um 500%, die an Heil- und Hilfsmitteln bis um 2500% gesteigert werden.

wandern. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ versprach sich davon schon in seinem Jahresgutachten 1985/86: „Es ist möglich, daß sich dabei eine Differenzierung der Kassen nach guten und schlechten Risiken ergibt“(1).

Gleichzeitig wird der Spielraum der Kassen bezüglich des Leistungskataloges weiter eingeengt. Das von den Krankenkassen als „freiwillige Leistung“ im Todesfall gezahlte Sterbegeld soll nach einer Übergangszeit von fünf Jahren ganz entfallen. Der Zuschuß zu offenen Badekuren soll sofort gestrichen werden, ebenso die Entbindungspauschale. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung kommentiert: „... hierbei stehen ausgerechnet Kassenleistungen auf dem Spiel, die den sonst so hoch gelobten Spielraum der Selbstverwaltungen in der Sozialversicherung ausmachen“.(2)

CDA-Bundesvorstand zur Strukturreform

Am kommenden Wochenende werden die CDU-Sozialausschüsse ihre diesjährige Bundestagung in Hamburg abhalten. Der CDA-Bundesvorstand hat dafür einen 10-seitigen Antrag „Strukturreform im Gesundheitswesen“ vorgelegt. Dieser Beschußantrag ist ein eindringliches Plädoyer für die Eckdaten der Kommission der Regierungskoalition.

Der CDA-Bundesvorstand unterstützt die schärfere Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Kassenärzte und fordert ein „arztindividuelles Bonus-Malus-System“, d.h., der Arzt kann sein Honorar verbessern, wenn er weniger verordnet, und er wird durch Honorarabzüge bestraft, wenn er „zu viel“ verordnet.

Der CDA-Bundesvorstand unterstützt die Absicht, Krankenhausbetten abzubauen, und mahnt an: „Mit der Reduzierung von Krankenhausbetten kann auch eine Personalreduzierung verbunden sein“(3).

Zwecks Schwächung der AOK fordert der Beschußantrag: „Mehr Wettbewerb unter den Krankenkassen bedeutet auch die Öffnung gegenüber allen Beschäftigtengruppen. Die AOK darf dadurch nicht im Bestand gefährdet werden.“(3)

Kritik an der Selbstbeteiligung?

Auf der anderen Seite hat der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Sozialausschüsse Peter Kudella die neuen und höheren Selbstbeteiligungen in dieser Form abgelehnt. Die geplante Rezeptgebühr von 20 Prozent, höchstens aber 10 DM werde von den Sozialausschüssen „nicht mitgetragen“. Tatsächlich gibt es im Antrag des CDA-Bundesvorstandes scheinbar

Anhaltspunkte gegen die Selbstbeteiligung. Es heißt dort: „Die Selbstbeteiligung wird durch die Beitragszahlung erbracht. Eine Selbstbeteiligung ist darüberhinaus nur dann gerechtfertigt, wenn sie ein gesundheitlich sinnvolles und kostengünstiges Verhalten der Versicherten fördert. Sie darf weder als ein zusätzliches Finanzierungselement noch als ein Kostenschöpfungselement eingesetzt werden.“

Wer krank ist, muß geheilt werden, ohne Rücksicht darauf, ob er reich oder arm ist. Deshalb ist eine Selbstbeteiligung der Patienten über die Beitragsleistungen hinaus an den Kosten einzelner Leistungen nur dann akzeptabel, wenn sie gesundheitlich unbedenklich und sozial verträglich ist.

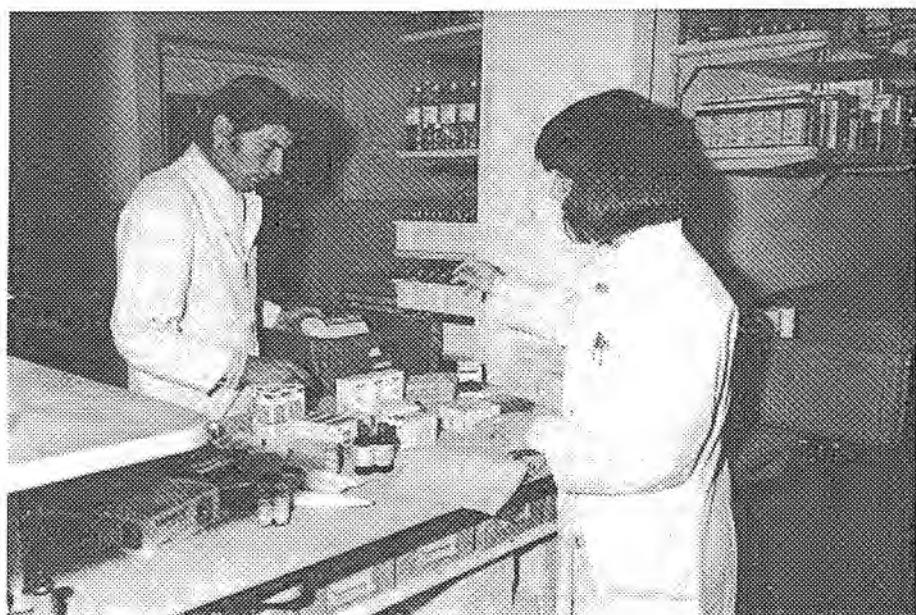
Bereits eingeführte Selbstbeteiligungen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, sind abzuschaffen.“(2)

Das ist die Quadratur des Kreises: Die Selbstbeteiligung soll nicht Finan-

verschiedene Gesundheitsleistungen bereits nicht mehr in Anspruch nehmen (vom Arzt ausgestellte Rezepte werden nicht mehr bei der Apotheke eingereicht). Das senkt das Volumen der Gesundheitsleistungen und damit auch die Beiträge, die die Kapitalisten zahlen müssen.

3. Aber auch die Beiträge der Versicherten können niedriger gehalten werden. Davon profitieren diejenigen Versicherten, die aufgrund ihres Einkommens die Selbstbeteiligung finanzieren können und aufgrund besserer Arbeitsbedingungen und besserer Lebensverhältnisse seltener krank werden. Für sie ist ein relativ niedriger Beitrag plus Selbstbeteiligung günstiger als ein höherer Beitrag ohne Selbstbeteiligung.

Im Endeffekt läuft alles darauf hinaus, daß die Armen, die wegen der Selbstbeteiligung die Gesundheitseinrichtungen und -leistungen nicht



zierungselement, nicht Kostenschöpfungselement sein, sondern gesundheitlich unbedenklich, sozial verträglich, gesundheitlich sinnvolles und kostengünstiges Verhalten fördern?! In Wirklichkeit löst jede Form der Selbstbeteiligung einen Mechanismus aus, der vor allem drei Dinge bewirkt:

1. Im Gegensatz zum Krankenversicherungsbeitrag, zu dem der Kapitalist einen Anteil von 50% zahlen muß, belastet die Selbstbeteiligung ausschließlich den Versicherten. Entsprechend ergibt sich für die Kapitalisten diesjährig eine Entlastung von mindestens 2,75 Mrd. DM, weil in diesem Jahr Gesundheitsleistungen in einem Wert von ca. 5,5 Mrd. DM nicht über Beiträge, sondern über Selbstbeteiligung finanziert werden.

2. Tatsächlich ist die Entlastung aber wesentlich größer. Wegen der Selbstbeteiligung können die Armsten

mehr in Anspruch nehmen können, mit ihren Pflichtbeiträgen die gesundheitliche Versorgung der Reichen und der akademischen Lohnabhängigen finanzieren.

Mit der Behauptung, eine Selbstbeteiligung könne „gesundheitlich sinnvoll“, „gesundheitlich unbedenklich“ und „sozial verträglich“ sein, wollen die CDU-Sozialausschüsse den Regierungssangriff ideologisch absichern, indem sie vom einzigen Grund für die Selbstbeteiligung, dem Profit des Kapitalisten, ablenken.

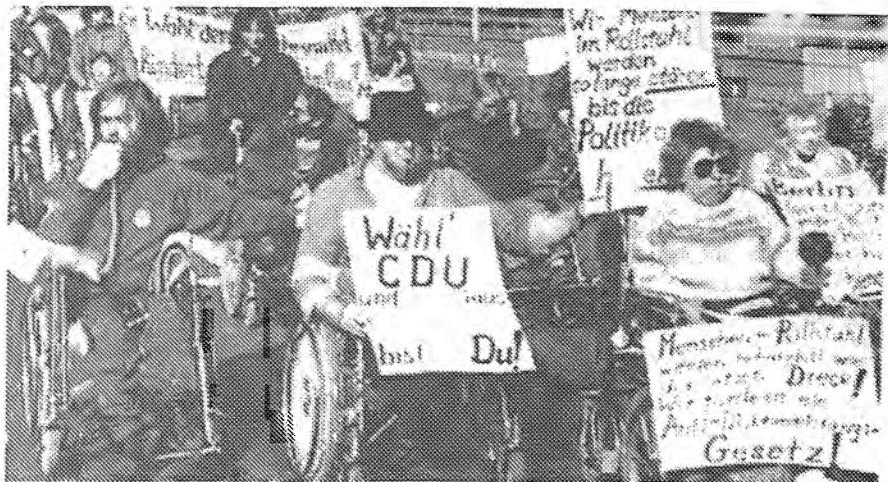
Quellen: (1) Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag Drs. 10/4295, S.173; (2) Hann. Allg. Zeitg v. 9.10.87; (3) CDA-Bundesvorstand, Antrag an die Bundestagung 1987: Strukturreform im Gesundheitswesen. (kar)

Anti-WAA-Aktionstage in Wackersdorf

Regensburg. Die Herbst-Aktionstage gegen die WAA standen auf relativ breiter Basis (BIs, Friedensinitiativen, Teile der Bewegung gegen die Maxhütte-Schließung, u.a.). An der Abschlußkundgebung beteiligten sich weit mehr Personen als erwartet. Von den zwischen 25000 und 40000 Kundgebungsteilnehmern zog der größte Teil trotz Demonstrationsverbot zum WAA-Gelände. Die Polizei hatte wochenlang vorher verkündet, daß mit terroristischen Aktionen der RAF zu rechnen sei, um damit Hausdurchsuchungen und 300 „vorbeugende“ Festnahmen zu rechtfertigen. Mindestens 5000 Polizisten belagerten tagelang die Oberpfalz. Bei der Demonstration wurden auch zwei „Spezialeinheiten für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ aus Berlin - kreuzberggeschult - eingesetzt. Einige ihrer Polizeiknüppel zerbrachen auf den Köpfen der Demonstranten. 39 Personen wurden - zum Teil lebensgefährlich verletzt - im Krankenhaus behandelt. Der dafür verantwortliche Polizeipräsident Fenzl scheinheilig: „Alle Verletzten tun mir leid.“ - (uth)

Aktion gegen Herbstlager der Wiking-Jugend

Hamburg. Mit 13 Veranstaltungen in Hannover und Hamburg über die Wiking-Jugend (WJ) sowie mit verschiedenen Flugblättern mobilisierten Antifaschisten verschiedener Strömungen zum 3.10.1987 nach Hetendorf, um dort das geplante Herbstlager der WJ zu verhindern. Ca. 300 Antifaschisten sind dem Aufruf gefolgt. Die VVN veranstaltete eine Mahnwache im KZ Bergen-Belsen, schrieb aber in einem Flugblatt, daß sie sich mit dieser Aktion nicht von den Autonomen distanzieren wolle. In Celle wurden am Morgen des 3.10. Antifaschisten von verummumten Nazis mit Baseballschlägern überfallen, wobei ein Antifaschist verletzt wurde. Der Zugang zum Kundgebungsplatz in Hetendorf wurde von ca. 400 Polizisten versperrt. Durchgelassen wurde nur, wer sich durchsuchen und seine Personalien feststellen ließ. Nur wenige gingen darauf ein und gelangten zum Kundgebungsplatz. Nachdem ein Versuch, die Sperre zu durchbrechen, gescheitert war und ein Zivilpolizist einen Schlag auf den Kopf bekam, kesselte die Polizei die versammelten Antifaschisten ein. Um der Polizei das Erreichen vermeintlicher Täter zu erschweren, wurde abgewartet. Nach ca. acht Stunden verzichtete die Polizei auf Personalienfeststellung. So ließen sich alle durchsuchen und fuhren nach Hause. Die WJ hat ihr Lager aufgrund der antifaschistischen Mobilisierung abgesagt. (kam, FAU/R)



Kassel. 300 Behinderte, darunter 100 Rollstuhlfahrer demonstrierten am 3.10.87 für behindertengerechte Busse und Bahnen. Ein Vorwurf war: „Der Staat läßt uns am Leben – aber am Leben teilhaben läßt er uns nicht“. Gefordert wurde u.a.: „Busse und Bahnen für alle“ und „Freie Wahl der Verkehrsmittel“. In der Bundesrepublik leben 350000 Rollstuhlfahrer. - (gba)

ÖTV/GEW für Tarifvertrag für HiWis

Westberlin. Vom 30.9.-2.10. führten GEW, ÖTV und Hans-Böckler-Stiftung in Westberlin eine „Tagung über wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte“ durch. Teilnehmer waren Tarifvertragsinitiativen von Hilfskräften, Personalräte und Gewerkschaftsfunktionäre aus verschiedenen Bundesländern. Ein Ergebnis war die Einigung, sich im gesamten Bundesgebiet für den Abschluß eines Tarifvertrages für die ca. 100000 studentischen Beschäftigten und wissenschaftlichen Hilfskräfte an den Hochschulen einzusetzen, deren Beschäftigungsverhältnis mit Ausnahme Westberlins per Erlass der Länder geregelt wird. Die ÖTV legte dazu einen Rahmen vor, der sich an den BAT anlehnt. Die Bildung und der Ausbau von Tarifvertragsinitiativen soll in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gefördert werden. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder lehnte gegenüber der ÖTV Verhandlungen über einen Tarifvertrag ab. - (sae)

Austritte aus CDU und Junger Union

Westberlin. Ende September erklärten 22 Mitglieder der CDU des Bezirks Spandau ihren Austritt u.a., weil die CDU in der Deutschlandpolitik „deutsche Interessen“ vernachlässige. Wenige Tage später kam es auf der Kreisversammlung Tiergarten der Jungen Union zum Eklat. Der Landesvorsitzende der JU wurde auf Initiative des Kreisvorsitzenden Pagel von anwesenden Ordern hinausgeworfen. Die Versammlung wurde abgebrochen und Pagel amtsentthoben. Die Bezirksverordnetenversammlung forderte am Tag darauf das Bezirksamt auf, der JU keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Pagel ist durch seine faschisti-

sche Gesinnung bekannt, z.B. fordert er eine Tätowierung von HIV-Infizierten. Er war bisher CDU-Vertreter in der Tiergarter Bezirksverordnetenversammlung. Er und 33 weitere Mitglieder der CDU bzw. JU sind jetzt ausgetreten. Pagel geht zu den Republikanern. Seinen Sitz in der BVV nimmt er weiterhin wahr. - (gug)

Frauenausschuß der GEW fordert Streichung des § 218

Kiel. Der Landesfrauenausschuß der GEW Schleswig-Holstein stellte in der September-Ausgabe der „Schleswig-Holsteinischen Schule“ einen Artikel zur Neuordnung des § 218 zur Diskussion. Sie fordern darin konkret:

- Die ersatzlose Streichung des § 218 ff.,
- Beratungsangebote auf freiwilliger Basis und
- ausreichende Finanzierung von Beratungsstellen wie pro familia und Frauengesundheitszentren, insbesondere für den Bereich der Aufklärung und Verhütung;
- gesundheitsunschädliche und kostenlose Verhütungsmittel für Frauen und Männer;
- emanzipatorische Sexualaufklärung in Schulen und Erziehungseinrichtungen; gesundheitsschonende und unbürokratische, ambulante Abbruchmöglichkeiten und -einrichtungen in jeder Stadt. Finanzierung über die Krankenkassen und Lohnfortzahlung bei Schwangerschaftsabbruch.“

Sollte das Beratungsgesetz nicht verhindert werden können, wollen sie zum Boykott und aktiven Widerstand gegen das Gesetz aufrufen.

„Wir unterstützen Frauen, die abtreiben wollen, und werden ihnen helfen, die Indikationsregelung voll auszuschöpfen. Wenn sie verschärft werden sollte, werden wir wieder Fahrten nach Holland organisieren.“ (pem)

Kommunalpolitik

Für den Ausschluß Südafrikas von allen Kölner Messen und der ANUGA '87

Köln. Am 10. Oktober demonstrierten etwa 300 Leute zur Eröffnung einer der weltgrößten Nahrungsmittelmesse, der ANUGA '87, gegen die südafrikanischen Aussteller auf dieser Messe. Sie forderten: Ausschluß aller südafrikanischen Aussteller von der ANUGA 1987; Ausschluß aller südafrikanischen Aussteller von allen anderen Kölner Messen; Einstellung aller Kontakte der KölnMesse in Südafrika; Keine Werbung für Kölner Messen in Südafrika; Boykott Südafrikas durch die BRD. Stadtrat und Messeaufsichtsrat werden aufgefordert, gegen die Todesurteile in Südafrika tätig zu werden. Der Aufruf unterstützt den azanischen Befreiungskampf.

28 südafrikanische Aussteller werben auf der Messe für landwirtschaft-

wirken, alle Beziehungen zwischen der KölnMesse und Südafrika zu kappen. Seit zwei Jahren treten in Köln verschiedene Kräfte dafür ein, daß die Kommune jegliche Wirtschaftsbeziehungen zum Rassistenstaat abbricht. Das Südafrika-Komitee, kirchliche Gruppen und die Grünen im Rat forderten insbesondere, daß die KölnMesse GmbH, bei der die Stadt Köln mit 73% größter Anteilseigner ist, ihre zahlreichen Verbindungen mit dem Rassistenregime abbricht. Die KölnMesse GmbH läßt nicht nur südafrikanische Aussteller auf ihren Ausstellungen zu, sondern hatte ein Service-Center in Südafrika, das Werbekampagnen für westdeutsche Produkte in Südafrika unterstützte, und ein Kontaktbüro in Johannesburg, das die Werbung südafrikanischer Aussteller

aufsichtsrat stellen will. Dieser Antrag sieht keineswegs bindende Maßnahmen gegen die Geschäftsverbindungen mit Südafrika vor, sondern fordert den Vorstand der KölnMesse auf, „dafür Sorge zu tragen, daß südafrikanische Firmen und Aussteller zukünftig nicht mehr an Messeveranstaltungen der KölnMesse teilnehmen, solange in Südafrika das Apartheid-System nicht abgeschafft ist“. In der Begründung gab die SPD Beschlüsse bekannt, die zum Teil schon vor mindestens einem halben Jahr gefaßt und nicht veröffentlicht wurden: das Service-Center soll seine Arbeit eingestellt haben, und das Kontaktbüro der KölnMesse soll zum Jahresende gekündigt sein. Die Messe soll alle „offiziellen Kontakte“ mit Vertretern Südafrikas vermeiden.

Interessant ist die Begründung, die die SPD gefunden hat: Für sie ist absehbar, daß sich die südafrikanische Regierung nicht mehr lange in der bekannten rassistischen Weise – als „Apartheidregierung“ – halten kann. Die Sozialdemokraten befürchten, daß „nach Abschaffung der Apartheid die Qualität der wirtschaftlichen Beziehungen und Geschäftsinteressen der KölnMesse auch von ihrem jetzigen Verhalten gegenüber dem Apartheid-System abhängt“. Also lieber kurzfristig Geschäftsinteressen aufgeben, um langfristige zu wahren. Unterstützung des Befreiungskampfes ist das nicht. – (uld)

Shopping in Südafrika

*Südafrika auf der Anuga
Halle 1.1, Stand A 28 + B 34*

Erleben Sie Shopping auf
Südafrikanisch – in unserer im original
südafrikanischen Kolonialstil errichteten
Ladenstraße auf der Anuga.

Aus der Original-Werbung der Botschaft Südafrikas für die ANUGA '87

liche Produkte und Nahrungsmittel. Die südafrikanische Beteiligung ist die größte an Auslandsmessen überhaupt, schließlich sind landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Gold und Bergbauprodukten das zweitwichtigste Exportgut Südafrikas.

Zur Demonstration hat eine Aktionseinheit aufgerufen, der unter anderem die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), das Kölner Südafrika-Komitee, die Grünen im Rat, die Jungsozialisten, die ESG, KB, BWK, VSP, Volksfront und andere örtliche Komitees und Gruppen angehören. Diese Aktionseinheit führt während der gesamten Messezeit Diskussions- und Kulturveranstaltungen, Informationsstände in der Innenstadt und Aktionen in der Messe durch.

Ziel ist, einen Beschluß des Messeaufsichtsrats und des Stadtrats zu er-

für Köln betreibt.

Die staatstragenden Ratsfraktionen, SPD, CDU und FDP, verhinderten mehrfach eine Beschußfassung gegen die Beteiligung Südafrikas im Stadtrat. Der Messeaufsichtsrat lehnte entsprechende Anträge des Vertreters der Grünen mehrfach ab. Er argumentierte, ein Ausschluß Südafrikas von den Kölner Messen sei rechtswidrig, da er „Wettbewerbsnachteile“ für die KölnMesse bewirke, außerdem sei der Aufsichtsrat nicht befugt, dem Messevorstand solche Vorschriften über seine Geschäftspolitik zu machen. Die SPD ließ ein umfangreiches Rechtsgutachten erstellen, das diesen Standpunkt bekräftigte.

Anfang Oktober, kurz vor Beginn der Aktionen gegen die KölnMesse, veröffentlichte die Ratsfraktion der SPD einen Antrag, den sie im Messe-

Kampf der Asylpolitik

Gegen Lager und Zwangsverpflegung

Heilbronn. Am 3.9.87 wurden in das seit Monaten leerstehende staatliche Sammellager in Heilbronn wieder Flüchtlinge eingewiesen. Sie protestierten sofort gegen das weit außerhalb der Stadt zwischen Schornsteinen und Kohlehalden liegende Sammellager, weigerten sich, einzuziehen und schliefen im Freien. Am dritten Tag wurde eine Demonstration mit ca. 100 Personen, darunter viele Flüchtlinge, durchgeführt, ca. 1000 Flugblätter verteilt. Die Flüchtlinge hatten sich von Anfang an auch geweigert, die Zwangsverpflegung anzunehmen. Zur Strafe wird ihnen dafür von 70 DM Taschengeld 10 DM abgezogen. Nach der Demonstration wurde für eine Woche lang auf Spendenbasis eine gemeinsame Verpflegung im Lager organisiert. Staatliche Sammellager sind umzäunt, Besucher müssen ihren Ausweis abgeben, Kochen etc. ist verboten. Bald gab es kein Tor mehr und die Kochstelle blieb unbelichtet. Die Flüchtlinge forderten: Sofortige Verlegung aus diesem Lager, keine Sammellager, keine Zwangsver-

pflegung und am Schluß ihrer Erklärung: „Wir hoffen, daß unsere Asylanträge und die von anderen Flüchtlingen genehmigt werden, ohne Unterscheidung des Herkunftslandes in ‚kommunistisch‘ oder nicht.“ Am Ende der dritten Woche beschlossen sie, in die Stadt zu ziehen und dort zu bleiben. Auf einem zentralen Platz in der Stadt wurde ein Zelt aufgebaut. In der Presse erschienen Stellungnahmen der nebenanliegenden evangelischen Kirche, die von „verständlichen Anliegen“ sprach, aber auch davon, „das Gastercht der Stadt und der Kirche (werde) mißbraucht“. Die Grünen wurden von der Presse zur Distanzierung von einer Flugblattpassage gebracht. Zelt und Infostände wurden zum Sammelpunkt von Reaktionären, große Diskussionstrauben den ganzen Tag. Der Versuch, die Forderungen in einer Gemeinderatssitzung publik zu machen, wurde mit einem Polizeieinsatz und Strafverfahren beantwortet. Danach wurde das Zelt abgebaut, die Auseinandersetzung konzentrierte sich wieder auf das Lager, in das inzwischen weitere Flüchtlinge eingewiesen wurden. Der Essensboykott blieb eine einigende Aktion und wurde durch Spendensammlungen für die eigene Verpflegung unterstützt. Diskutiert wird die Möglichkeit einer landesweiten Demonstration in Stuttgart. Die IG Metall kündigte inzwischen an, sie wolle mit dem DGB das Lager besichtigen und gegen die Pressehetze Stellung nehmen. – (bes)

Ausländerwoche

Kommunalwahlrecht im Mittelpunkt

Hildesheim. Bereits bei dem Eröffnungsempfang der Stadt Hildesheim zur „Woche des ausländischen Bürgers“ mußte der Oberbürgermeister Klemke (CDU) auf eine Unterschriftensammlung des türkischen Volkshauses und einen Besluß des Ausländerbeirates für kommunales Wahlrecht reagieren. Klemke: Wahlrecht sei Staatsbürgerrecht. Wer wählen wolle, müsse „Deutscher“ werden. Allenfalls müßten die Einbürgerungsbedingungen erleichtert werden. In der Stadtratssitzung fügte der CDU-Fraktionsvorsitzende Möllring die Kriegspflichtdrohung hinzu: Es könne nicht angehen, daß, wenn es nötig würde, für das „Vaterland“ einzustehen, einfach Hunderttausende dem Land den Rücken kehren. Die „Volkgemeinschaft“ würde bei einem Wahlrecht für Ausländer leiden.

Ein Ratsantrag der Grünen, in einer Entschließung den niedersächsischen Landtag aufzufordern, kommunales Wahlrecht für Ausländer einzuführen, enthielt die Formulierung „nach

mehrjährigem Aufenthalt“. Die SPD stellte einen Antrag, der Landtag solle die Einführung des Kommunalwahlrechts „prüfen“ und klammerte die Frage der Fristen völlig aus. Damit ist jede Frist möglich. Beide Anträge wurden von der Mehrheit der BAH/CDU/FDP im Stadtrat abgelehnt.

Auf einer DGB-Podiumsdiskussion vertrat Siegfried Krüger vom DGB-Landesbezirk eine fünfjährige Aufenthaltsfrist für das Kommunalwahlrecht. Der Bundesgeschäftsführer der Fidef sprach sich gegen das Ansaugen und Abstoßen von ausländischen Arbeitern je nach Wirtschaftslage aus und forderte gleiche Rechte. Der SPD-Landtagsabgeordnete Dehn distanzierte sich von der SPD-Position der letzten Legislaturperiode, Wahlrecht nur für EG-Bürger vorzusehen, wegen der „massiven Proteste“ gegen die Schaffung von Ausländern „zweiter Klasse“. Der Gesetzentwurf der Grünen, der demnächst im Innenausschuß des niedersächsischen Landtages beraten werden soll, sieht das Kommunalwahlrecht für alle Ausländer erst nach drei Jahren vor. Die Volksfront unterstützte in der Diskussion und mit einem Flugblatt die Aussage des Titels der IGM-Kampagne „Ein Mensch – eine Stimme“. Sie griff die Arbeitskräfterotation in Südafrika und die Forderungen der CDU und der Arbeitgeberverbände hierzulande an, einen Fünf-Jahresrotationszyklus für harte, schwere, unterdrückerische Arbeitsverhältnisse ausländischer Arbeiter einführen zu wollen. Die Koalitionsvereinbarungen in Hamburg, auf die sich Grüne und SPD wiederholt bezogen, wurden kritisiert, da sie erst nach achtjährigem Aufenthalt ein Wahlrecht zu den Bezirksvertretungen vorsehen, und damit den Rotationsabsichten im Wahlrecht Geltung verschafften. Die Volksfront forderte gleiches Wahlrecht für Ausländer, auch die gleichen Fristen wie für Inhaber eines BRD-Passes. Dehn, SPD-MdL, redete danach ausdrücklich gegen niedrige Fristen. In Niedersachsen gilt eine dreimonatige Wohnfrist für das aktive Wahlrecht für „Bürger“! – (rab)

Krankenhausbeschäftigte

Herbstaktionen für bessere Arbeitsbedingungen

München. Das Pflegepersonal aus städtischen und staatlichen Kliniken und Altenheimen hat Anfang September eine Unterschriftenaktion gestartet, in der unter anderem steht: „Wir Pflegekräfte sehen uns veranlaßt, alle Verantwortlichen, alle derzeitigen und zukünftigen Patienten darauf aufmerksam zu machen, daß unter den jetzigen Umständen auf den Krankenstationen der Kliniken und in den Alten-

heimen eine ausreichende Pflege nicht möglich ist.“ Um diese Personalsituation auf den Krankenstationen zu verbessern, werden u.a. folgende Forderungen aufgestellt: Stellenmehrung an allen städtischen Krankenhäusern um mindestens 510 Stellen, Bezahlung nach BAT. Verbot der Überstunden. Abschaffung der 6-Tage-Woche. Bessere Fort- und Weiterbildung. In recht kurzer Zeit wurden fast 4000 Unterschriften unter den Beschäftigten gesammelt – was zum Ausdruck bringt, daß diese Zustände dem Krankenhaus-Personal ein ernstes Anliegen sind – und am 1.10.87 OB Kronawitter übergeben. Die Lokalpresse berichtete unter großen Schlagzeilen.

Wie hat bisher die Stadt und der zuständige Personalreferent Dr. Frieling auf diese Aktivitäten und Forderungen reagiert? Über das städtische Presse- und Informationsamt wird versucht, das Anliegen der Krankenhausbeschäftigten zu diskreditieren. „Illusionäre“ Forderungen würden aufgestellt werden. Die 510 Stellen würden eine Steigerung des Defizits der städtischen Krankenhäuser von 22 auf 47,5 Mio. DM bedeuten. Bei der komplizierten Haushaltsslage in München (Stichwort „Haushaltsloch um 100 Mio. DM“) soll mit dieser Argumentation dem Anliegen der Krankenhausbeschäftigten in der Öffentlichkeit der Boden entzogen werden. Obwohl aus seinem Referat vom Juli 1985 ein Rundschreiben stammt, worin steht, daß regelmäßige Überstunden städtischer Mitarbeiter nicht in die seit Jahren anhaltende arbeitsmarktpolitische Landschaft passen und vor allen Dingen gegen Tarif und Gesetz verstößen würden, wird Dr. Frieling wortbrüchig. Mit Durchschnittsrechnungen auf alle Beschäftigten versucht er die bei zahlreichen Beschäftigten stark angestiegenen Überstunden einzubuchen und stellt dann hinterfragt die Frage, ob neun Minuten Mehrarbeit pro Tag ein „eindringlicher Mißstand“ wären.

Die Personalvertretungen der städtischen Krankenhäuser haben sich jedoch durch diese Dienstherrenprovokation nicht einschüchtern lassen und in einem Brief an den Personalreferenten auf einer sachgerechten Darstellung der Personalsituation bestanden. Mit Fallbeispielen einzelner Krankenhäuser und Stationen wird dem Durchschnittsrechnungs-Trick der Boden entzogen. Weiter wird darauf bestanden, daß nicht mit Hilfskräften, sondern mit qualifiziertem Personal die Planstellen besetzt werden. Um den berechtigten Forderungen einen größeren Nachdruck zu verschaffen, sind für den 5.11.87 Infostände in den einzelnen Krankenhäusern und am 7.11.87 eine Demonstration in der Stadt geplant. Die Gewerkschaft ÖTV unterstützt diese Aktionen. – (rul)

Einstellungspolitik

HAW will die Belegschaftsstruktur umkrepeln

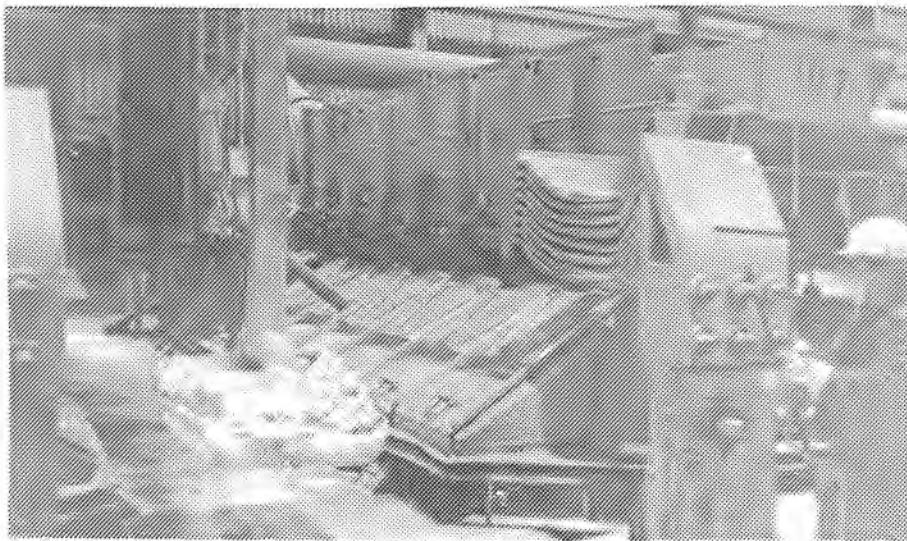
Hamburg. „Facharbeiter, nicht älter als 30 Jahre, beinahe krankhaft gesund (es wurde z.B. ein Kollege mit Heuschnupfen aus diesem Grund nicht eingestellt) und Deutscher“, so umschreibt der Betriebsrat der Hamburger Aluminium Werke (HAW) in einem Informationsblatt den Arbeiter, den HAW heute nach einem Sortierungsprozeß noch einstellt. Die HAW-Kapitalisten wollen die Belegschaft umstrukturieren, um erkämpfte Grenzen gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zu beseitigen. Ihre Politik richtet sich vor allem gegen die ungelernten Arbeiter und hier vor allem gegen die Arbeiter aus dem Ausland.

Anfang der 70er Jahre wurde die

der größte Teil der Arbeiter ist jünger als 40 Jahre. Heute gibt der Arbeitsmarkt her, wovon die Kapitalisten in den 70er Jahren nur zu träumen wagten. Junge ausgebildete Facharbeiter, die Arbeit zu fast allen Bedingungen annehmen, auch ungelernte Arbeit in Kontischicht. Dies nutzt HAW rigoros aus und sortiert schamlos unter den sich bewerbenden Arbeitern aus. Der Betriebsrat beginnt die Einstellungspolitik der Personalleitung zu kritisieren. In einem Informationsblatt schreibt er:

„Wie bekommt man heute noch einen Arbeitsplatz? – 7.9.87

Im Juni hatte HAW eine Anzeige in der Bild-Zeitung. Gesucht wurden



HAW will den Widerstand der Arbeiter aus dem Ausland gegen die Arbeitsbedingungen brechen.

Aluminiumhütte in Hamburg-Finkenwerder aufgebaut. Die Kapitalisten suchten vor allem junge Arbeiter und stießen dabei in Hamburg gleich auf ein Problem. Die in anderen Aluminiumhütten durchgesetzte Kontischicht war in Hamburg nicht üblich. Es fanden sich keine Arbeiter, die unter den Bedingungen von regelmäßiger Nacht- und Wochenendarbeit arbeiten wollten. Den Kapitalisten halfen die Zwangsmaßnahmen der Ausländergesetze (Aufenthaltsgenehmigung nur bei Arbeitsnachweis). Arbeiter aus dem Ausland waren so gezwungen, die Bedingungen der HAW-Kapitalisten zu akzeptieren. Über 90% der Arbeiter in den Produktionshallen sind Arbeiter aus dem Ausland. Sogar Vorarbeiter müssen aus den meist ungelernten Arbeitern aus dem Ausland ausgebildet werden. Das Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren und

„Mitarbeiter für die Produktion“. Zu besetzen waren sieben Arbeitsplätze in der Gießerei und Elektrolyse. Mehrere Tage war der Flur vor dem Personalbüro von arbeitsuchenden Kollegen gut gefüllt. Wir schätzen die Zahl auf über 100. Wir haben die Bewerbungsunterlagen (derjenigen, die HAW in die engere Wahl gezogen hat) ausgewertet. Das waren 22 von ca. 100 Bewerbern. Wir erhielten ein erstaunliches Ergebnis: Die erste Hürde bei der Arbeitssuche: „Alt“ (über 35) und ungelernt – chancenlos? Diese Frage hat sich der Betriebsrat am Anfang der Untersuchung gar nicht gestellt. Erst als wir erfuhren, welche Vorauswahl HAW schon getroffen hatte, wurde uns klar: Von den 22 Kollegen der „engeren Wahl“ haben 19 eine handwerkliche Ausbildung. Nur drei waren ohne Berufsausbildung. Von den 22 Bewerbern waren allein

zwölf in der Altersgruppe bis 25 Jahre. Nur zwei waren über 35 Jahre ... Fast das gleiche Bild hatten wir bei den Bewerbern der „engeren Wahl“ für Schlosserarbeitsplätze. Von neun Bewerbern waren nur zwei Kollegen im wohl eigentlich unerwünschten Alter von über 35 ... Die zweite Hürde bei der Arbeitssuche: Die Kollegen werden „durchleuchtet“. Mit fast allen Mitteln versucht HAW den Gesundheitszustand der Bewerber zu erkunden. Die Kollegen müssen Bescheinigungen ihrer Krankenkassen vorlegen, aus der die Zeiten von Arbeitsunfähigkeiten hervorgehen ... In einem vertraulichen Gespräch von Personalleitung zu Personalleitung überzeugt sich HAW, ob der Bewerber bei seinem vorherigen Arbeitgeber irgendwie „negativ“ aufgefallen ist ... Hat der Kollege diese Prüfungen überstanden, könnte es eigentlich losgehen ... doch halt, da ist ja noch: Die dritte Hürde bei der Arbeitssuche: Sag mir, woher Du kommst, und ich sage Dir, ob Du Arbeit kriegst! Unter den Bewerbern der „engeren Wahl“ war nicht ein Kollege aus der Türkei, Jugoslawien oder Tunesien. Die Ursachen dafür sind uns nicht bekannt. Dafür wissen wir aber, woran es nicht liegen kann: Es gibt genug arbeitslose ausländische Kollegen. In einem Bericht der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde wurde die Zahl von 16,2% genannt. Bei diesen Voraussetzungen würden nach unseren Schätzungen rund 90% der HAW-Kollegen heute auf keinen Fall wieder eingestellt werden.“

Mit der so vom Betriebsrat kritisierten Einstellungspolitik reagieren die HAW-Kapitalisten auf Auseinandersetzungen im Betrieb. Die Auseinandersetzung der Belegschaft um die Frage, welche körperlichen Belastungen nach zehnjähriger Tätigkeit bei HAW für Arbeiter im Alter von inzwischen 40 bis 50 Jahren zumutbar sind, nimmt an Schärfe zu. Die Arbeiter, vor allem die Arbeiter aus dem Ausland, reagieren auf den offen sichtbaren Verschleiß der Arbeitskraft, und immer häufiger werden zusätzliche Arbeiten verweigert. In den letzten zwei Jahren waren es zwölf Arbeiter, die erwerbsunfähig wurden. HAW will diesen Widerstand von unten her aufrollen und dabei zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern spalten. Die HAW-Personalleitung reagierte auf die Kritik des Betriebsrats zuerst einmal gar nicht. Bei den nächsten Einstellungen wurde nach dem gleichen Muster sortiert. Der Betriebsrat hat dann eine Einstellung abgelehnt, mit der Begründung, daß alle Arbeiter aus dem Ausland aussortiert wurden. Es wird darum jetzt einen Arbeitsgerichtsprozeß geben. Eine Woche, nachdem der Betriebsrat mit dieser Begründung eine Einstellung ablehnte, wurde ein Arbeiter aus dem Ausland eingestellt. – (güt)

Flexible Fertigungssysteme

Arbeit nachts und am Wochenende

Westberlin. Im Westberliner Werk Fritz Werner der Werner und Kolb GmbH werden Flexible Fertigungssysteme (FFS) gebaut. Diese FFS bestehen aus zwei bis zwölf miteinander verketteten CNC-Werkzeugmaschinen. Im FFS wird die Werkstück- und Werkzeugversorgung für die Einzelmaschinen organisiert. Erreicht werden soll hiermit eine kontinuierliche Bearbeitung auch bei kleinen Stückzahlen. Rüstzeiten, d.h. Zeiten, in denen die Maschinen für das Aufspannen von Werkstücken und Austauschen von Werkzeugen stehen, fallen weg. Die Anlagen kosten zwischen zwei und vierzehn Millionen DM. Zur Rechtfertigung der hohen Investitionskosten propagiert Werner und Kolb gegenüber den Kunden u.a. den Betrieb dieser Systeme rund um die Uhr: „Komplettbearbeitung muß möglich sein, ebenso Drei-Schichtbetrieb mit einem Minimum an Bedienungsleuten, und ‚mehrere Stunden‘ müssen die Maschinen auch ohne Aufsicht arbeiten können ...“ (Werbebroschüre)

Von diesen beiden Punkten (große Investitionskosten und Betrieb der Anlagen 24 Stunden am Tag) ausgehend, diskutieren die Kapitalisten derzeit, daß es für mittelgroße Betriebe sinnvoll sei, zentrale mechanische Fertigungen, gestützt auf FFS, aufzubauen, auf die dann mehrere Kapitale Zugriff haben. Diesen Weg geht derzeit die Deutsche Industrieanlagen Gesellschaft (DIAG), in der die Werner und Kolb GmbH und die in Geisenheim/ Rheingau produzierenden Firmen FWAR (Industrieanlagen, Rüstungsprojekte) und MJD (Druckmaschinen) zusammengefaßt sind. Für alle DIAG-Betriebe wird in Geisenheim eine zentrale mechanische Fertigung (ZMF) auf der Basis von FFS geschaffen.

Die Auswirkungen für die Beschäftigten sind weitgehend. Im Werk Fritz Werner sind die 50 Arbeitsplätze der mechanischen Fertigung beseitigt worden. In Geisenheim wird die konventionelle mechanische Fertigung zugunsten der ZMF eingestellt. Die Arbeiten wurden bisher im Ein- und teilweise Zweischichtbetrieb erledigt. Die Geschäftsführung will die Arbeitszeiten an den FSS neu nach folgendem Schichtmodell (von Montag bis Samstag) regeln:

Erste Schicht: 6.00 bis 14.00 Uhr
„Mannlos“: 14.00 bis 18.00 Uhr

- Nachschicht: 18.00 bis 2.00 Uhr
- „Mannlos“: 2.00 bis 6.00 Uhr
Die Beschäftigten wehren sich derzeit insbesondere gegen die Nachschicht mit dem Arbeitsende um 2.00 Uhr nachts, gegen die Einbeziehung des Samstags und gegen die mit Einführung der „mannlosen Schicht“ von zweimal vier Stunden verbundene Arbeitsintensivierung während der Acht-Stunden-Schichten. Während dieser Schicht muß nämlich für vier „mannlose Stunden“ vorgearbeitet werden, d.h. Werkstücke entsprechend aufgespannt und die Werkmagazine bestückt werden. Betriebsrat und IGM sind zu Zugeständnissen bezüglich der Nachtarbeit bereit, bei Festlegung von „normalen Schichten“, d.h. einem Dreischichtbetrieb mit einer Nachschicht von 22.00 bis 6.00 Uhr. Den Samstag will der Betriebsrat über Mehrarbeit, d.h. mit Überstundenzuschlägen und Freizeitausgleich, geregelt wissen. Die Verhandlungen dazu sind nicht abgeschlossen. – (kla)

CDU-Schleswig-Holstein

Nach Trennung von Barschel Verwischung von Spuren

Kiel. Ob Ministerpräsident a.D. Uwe Barschel am 11.10.87, einen Tag vor seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß, an Herzversagen starb oder durch Selbstmord oder Mord ums Leben kam, stand zu Redaktionsschluß noch nicht fest – und zu häufig wechselten die interessierteren Meinungen. Fest steht eins: Die CDU hat ihn fallengelassen wie die sprichwörtliche heiße Kartoffel, und die „Kieler Nachrichten“ (KN) hatten dabei als Hofberichterstatter wie immer die Nase vorn. „Der erste Schuß kam vom Finanzminister“, schrieb die KN am 8.10. süffisant. Roger Asmusen hatte im Untersuchungsausschuß ausgesagt, daß Barschel bereits im Februar, wenige Tage nach Erledigung der unbegründeten Steuerhinterziehungsanzeige gegen Oppositionsführer Björn Engholm, sich bei dem Staatssekretär des Finanzministeriums nach dem Stand der Ermittlungen erkundigt hatte. Am selben Tag kündigte die Staatsanwaltschaft Lübeck an, sie werde die Aufhebung der Immunität von Barschel beantragen, da ein Anfangsverdacht bestehe.

„Ende einer Legende“ überschrieb die KN ihren Kommentar am 8.10. Und weiter las man: „Dem Versuch einer Legendenbildung vom Finsterring Pfeiffer und der Lichtgestalt Barschel hat die Lübecker Staatsanwalt-

schaft gestern ... das Wasser abgegraben.“ Der Obmann der CDU im Untersuchungsausschuß Trutz Graf Kerssenbrock sagte vor der Presse, es gebe „deutliche Anzeichen“, daß Teile von Barschels Darlegungen „nicht der Wahrheit entsprechen“. Der Kommentar der KN am 9.10 forderte dann: „Es muß deshalb die Zeit der Emotionen, des Bemitleidens, des vertrauensseligen ‚Das kann doch nicht wahr sein‘, aber auch die falsche Solidarität vorbei sein.“ Das Opfer war mit Barschel also schon auserkoren, die Messer schon verteilt und die Aufforderung stand zuzustechen, um den Selbstanreinigungsprozeß der Landes-CDU schnell und ohne weitere Personalverluste über die Bühne zu bekommen. Am 9.10. forderten dann CDU-Landesvorsitzender Stoltenberg und die Landtagsfraktion einstimmig von Barschel, auch sein Landtagsmandat niederzulegen. Auch ein mögliches Ausschlußverfahren aus der CDU konnte der CDU-Fraktionsvorsitzende und Kandidat für das Ministerpräsidentenamt Klaus Kribben nicht mehr ausschließen.

Die Stellungnahmen zum Tode Barschels lassen für den Fortgang der Ereignisse nichts Gutes erwarten. Das eingeleitete Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen Barschel muß aufgrund seines Todes eingestellt werden. Es liegt jetzt am Untersuchungsausschuß, der vorerst bis zur Beisetzung seine Arbeit eingestellt hat, ob weiteres über die Staatstätigkeit in Kieler Regierungskreisen an die Öffentlichkeit kommt. Der Rechtsbeistand von Barschel, Prof. Samson, begann bereits öffentlich mit der Legendenbildung: „Er hätte gute Chancen gehabt, als Ehrenmann aus der Sache herauszukommen.“ Der Geschäftsführende Ministerpräsident Schwarz hat dazu aufgefordert, daß alle „Kontroversen und Spekulationen“ schweigen müßten. Die SPD, die durch die Bekanntgabe ihrer Treffen vor der Wahl mit Pfeiffer immer erpreßbarer wird, steht dem nicht nach. Jochen Vogel verlangt: „Im Augenblick seines Todes muß jede Auseinandersetzung über Tun und Unterlassen verstummen.“ Engholm, der als Konsequenz die Lehre daraus ziehen will, „wie wir künftig politisch miteinander umgehen“, verlangt dabei auch nur die „Solidarität der Demokraten“.

Sollte jetzt auch die CDU für schnelle Neuwahlen eintreten, Stoltenberg antwortete am Montag auf Reporterfragen nur ausweichend dann wohl, weil sie ungetrübt durch Aufklärung vom Mitleidssog zusätzliche CDU-Stimmen erwartet. (kag/bhb)

Ambulante Krankenversorgung

Gegen alte und kranke Menschen gerichtet

Mannheim. In der Zeitschrift „parität aktuell“ (4/86) wird das Landesförderprogramm zum Ausbau der offenen Altenhilfe in Baden-Württemberg mit der „fast schon dramatischen Zunahme des Anteils der älteren Menschen“ begründet. In der Mannheimer Lokalpresse hat sich eine rege Leserbriefdebatte entwickelt, nachdem die Heidelberg Gerontologin Prof. Ursula Lehr im „Mannheimer Morgen“ vom 19.8.87 als Grund für das „alternde Deutschland“ u.a. die „mangelnde Sterbefreudigkeit der Bundesbürger“ beklagte. Die Zeichen stehen offensichtlich so, daß wieder ausgesprochen werden kann, daß alte und kranke Menschen nichts nützen, zur Last fallen und nur Kosten verursachen.

In Baden-Württemberg läßt sich eine zielgerichtete Politik beispielhaft verfolgen. So hat die zur Vorbereitung der Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplans beim Sozialministerium eingesetzte „Arbeitsgruppe Krankenhausplanung“ 1986 eine Erklärung beschlossen, in der festgehalten ist, daß bis 1995 zwischen 4055 und 6500 Krankenhausbetten in Baden-Württemberg abgebaut werden sollen. Daß mit diesen Betten zum ganz großen Teil die alten und kranken Menschen aus den Krankenhäusern verschwinden sollen, liegt auf der Hand. So ist denn auch nach Sozialministerin Schäfer das angestrebte Zieljahr 1995 der Zeitpunkt, mit dem der Ausbau der ambulanten ärztlichen und pflegerischen Versorgung im wesentlichen beendet sein soll.

Die Zielsetzung des eingangs bereits angesprochenen Landesförderprogramms zum Ausbau der offenen Altenhilfe wird so beschrieben: „Es will die Haus- und Familienpflegedienste ausweiten bzw. neu schaffen durch die Förderung der Anwerbung, den Einsatz, die Begleitung und Fortbildung zusätzlicher ehren- und nebenamtlichen Helfer.“ Folgende Maßnahmen sollen dazu im Vordergrund stehen: „Schließung etwa noch bestehender Lücken im bereits vorhandenen Angebot sozialpflegerischer Dienste; Ausbau häuslicher Hilfsdienste (Nachbarschaftshilfe, Pflegedienst, Reinigungsdienste, mobile soziale Hilfsdienste u.a.); Verbesserung der Koordination innerhalb des Verbandes und zwischen den verschiedenen Trägern sozialpflegerischer Dienste; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen offenen, teilstationären und stationären Formen der Altenhilfe. Eine zielgerichtete Weiterentwicklung der offenen Hilfen muß darum bemüht sein, einerseits die vorhandenen

Hilfsdienste bedarfsgerecht auszubauen und andererseits familiäre, nachbarschaftliche und ehrenamtliche Hilfen zu stärken.“

Vor allem folgende Fragen sollen mit dem Modellversuch gelöst werden: „Wie muß die ambulante pflegerische Betreuung verbessert werden, damit Krankenhaus- oder Heimaufenthalte künftig stärker als bisher verkürzt werden oder unterbleiben können? Mit welchen Änderungen der Finanzierungssysteme könnte eine Umschichtung von der stationären in die ambulante Versorgung gefördert werden? Mit welchen Maßnahmen

lie“ für die Angehörigen der arbeitenden Klassen einerseits und die der besitzenden Klassen andererseits sind. Das Herausreißen aus dieser vertrauten Umgebung würde zum schnellen Tode führen, wird behauptet und mit spektakulären Beispielen belegt. Dieselben Leute schweigen interessiert darüber, wie gerade diese „vertrauten Verhältnisse“ für die Arbeiterbevölkerung zum schnellen Tode führen können: Unerträgliche Belastungen für alle Beteiligten – Pflegebedürftige wie Pflegepersonen. Diese Pflegepersonen sind zum allergrößten Teil Frauen, die, kaum sind die Kinder aus dem



können Fehlbelegungen im Krankenhaus verringert werden? Mit welchen Versorgungsangeboten kann die Kontinuität der medizinischen und pflegerischen Betreuung beim Übergang zwischen Krankenhaus, Heim und häuslicher Pflege besser als bisher gesichert werden? Bieten neue Betreuungsformen wie z.B. Verbundsysteme zwischen der ambulanten und stationären Altenhilfe verbesserte Versorgungsmöglichkeiten für pflegebedürftige Menschen? Eröffnen sich durch neue Kooperationsformen – z.B. zwischen niedergelassenen Ärzten und Sozialstationen – zusätzliche Lösungsansätze? Und welche Kosteneffekte werden durch die verschiedenen Maßnahmen und deren Kombination ausgelöst?“

Die Pflege in vertrauter Umgebung, im Kreise der Familie wird von allen bürgerlichen Parteien als Inbegriff der Humanität gepriesen. Unterschlagen wird von ihnen, wie verschieden die „vertraute Umgebung“ und die „Fami-

haus, nun ihre Eltern pflegen müssen, bis sie selbst zum „Pflegefall“ werden. Was als „trautes Familienverhältnis“ ausgegeben wird, das sind in Wahrheit Stätten der Unterdrückung, Stätten endloser Zerwürfnisse aufgrund von Überarbeitung und unsachgemäßer Versorgung. Daß diese Verhältnisse dennoch in der allgemeinen Meinung besser angesehen werden – 90% aller Pflegefälle werden daheim versorgt! – als ein Leben in besonderen öffentlichen Einrichtungen, hat nur den einen Grund, daß der Staat diese öffentlichen Einrichtungen verkommen läßt und ständig versucht, unter Kostengesichtspunkten den Pflegestandard zu senken.

Auch für die in der ambulanten Krankenversorgung Tätigen ist die Arbeit oft genug unerträglich. In Mannheim gibt es derzeit elf Sozialstationen unterschiedlicher Trägerschaft, die teilweise zusammenarbeiten, teilweise konkurrieren. Gemeinsam ist ihnen aber mehr oder weniger

allen die personelle Unterdeckung und der Kampf um die Finanzierung von Heil-, Hilfs- und Pflegemitteln. Das hat ständige Auseinandersetzung mit den verschreibenden Ärzten, aber auch den Krankenkassen zur Folge. Und, was noch schlimmer ist: der wirklich nicht gute Pflegestandard in den Kliniken wird zwangsläufig ständig unterboten in der ambulanten Krankenversorgung. Da müssen Einmalunterlagen aus Zellstoff mehrmals benutzt werden, wenn die Patienten im Bett unter sich lassen, was dazu führt, daß sie sich noch schneller wundliegen. Sterile Urinkatheter sind eine Seltenheit, dafür die Blaseninfektionen häufig. Der Zeitpunkt, wann Insulinspritzen gegeben werden, richtet sich nicht nach den Schwankungen des Blutzuckerspiegels, sondern nach dem Zeitplan der meist überlasteten Schwestern. Tausende solcher Beispiele ließen sich aufzählen...

Natürlich gibt es solche Verhältnisse auch in Krankenhäusern und allemal in vielen Pflegeheimen. Aber bei der ambulanten Versorgung soll zu-

nehmend die Familie für solch unerträgliche Zustände verantwortlich gemacht werden, begleitet von einer Schar „ehren- und halbamtlicher Hilfskräfte“. So gibt es z.B. in Mannheim knapp 400 Helferinnen und Helfer im Rahmen der organisierten Nachbarschaftshilfe, deren „großes Engagement“ und daß sie rund um die Uhr ansprechbar seien, immer wieder in der Lokalpresse lobend erwähnt wird. CDU-Sozialbürgermeister Pföhler sieht das nüchtern und verweist darauf, daß die offenen Hilfen eben preiswerter für die Kommunen seien.

Die Möglichkeiten der ambulanten Versorgung sind aber offensichtlich noch lange nicht erschöpft, es wird etliches probiert. So gab es in Mannheim eine Einrichtung „mobilier Kinderkrankenschwestern“ für chronisch kranke Kinder. Der auf zwei Jahre befristete Versuch wurde unter der Trägerschaft von Caritas und Diakonie durchgeführt, fand aber offensichtlich wenig Zuspruch. Anders das Projekt „Mobile Ambulante Nachbehand-

lung“ (MAN), ein Modellversuch, der am Tumorzentrum Mannheim/Heidelberg für insgesamt zweieinhalb Jahre durchgeführt werden soll. Ziel des Projektes ist es, onkologische Behandlung bei Krebspatienten aus der Klinik „ins familiäre Umfeld der Patienten zu verlagern“. Nach Angaben des Tumorzentrums findet der Versuch bei Patienten wie Angehörigen große Zustimmung. Gleichzeitig wird allerdings betont, daß das Projekt längerfristig zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitrage.

Der Hauptvorstand der ÖTV erklärte es bereits 1985 zur Aufgabe des Staates, das Risiko der Pflegebedürftigkeit sozial abzusichern. Im gleichen Beschuß, der eine Reihe guter Ansatzzpunkte zeigt, zeigt sich aber auch, daß selbst die ÖTV auf reaktionäre Propaganda hereinfällt: Selbsthilfe und Familienpflege, verknüpft mit professionellen Dienstleistungen, würden die humansten und psychisch besten Bedingungen für den Pflegebedürftigen bieten. – (kab)

Studie: Alte Menschen in Großstädten

Unter dem Titel „Ambulante Dienste müssen die fehlende Familienhilfe ersetzen“ wurde Mitte des letzten Jahres eine Pressemitteilung des baden-württembergischen Sozialministeriums veröffentlicht. Barbara Schäfer, zuständige Ministerin, legte darin die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung „Altere Menschen in Großstädten Baden-Württembergs“ vor. Mit folgenden Schlagworten wird die Presseerklärung eingeleitet:

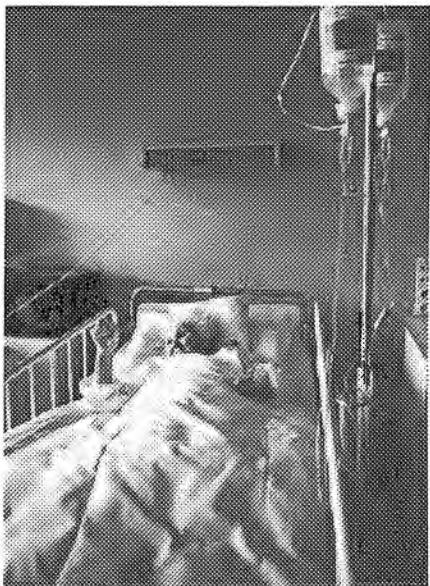
- 21% leben bei den Kindern
- fast die Hälfte lebt allein
- wer in der Stadt lebt, geht eher in ein Heim
- überdurchschnittlicher Altenanteil in den Städten
- die Häuslebauer wohnen auf dem Land
- hohe Wohnzufriedenheit
- 19% der alten Frauen haben ein Einkommen unter 1000 DM/Monat
- wer wenig Geld hat, ist eher einsam
- 57% fühlen sich gesundheitlich gut oder sehr gut
- 8% glauben, daß bei Krankheit keiner hilft
- Ministerin: Ausbau der offenen und stationären Altenhilfe wird fortgesetzt.

Die Studie, durchgeführt in den Städten Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Ulm, läßt allein schon in diesen groben Aussagen das Ausmaß von Armut und Elend der alten Menschen erkennen. Die Ergebnisse der Umfrage werden von der Landesregierung dazu genutzt, Lücken

im Netz der Subsidiarität aufzuspüren und zu stopfen. So wurde nach den Erhebungen ein neues Förderprogramm zum Ausbau der offenen Altenhilfe (siehe nebenstehender Artikel) entwickelt.

Aus der Pressemitteilung: „Auch für die in der Stadt lebenden Senioren ist die Familie das größte Hilfspotential ... Während die benötigten Hilfen bei lebensnotwendigen Verrichtungen ... nur sehr selten nicht vorhanden sind, zeigt sich gerade in der Stadt, daß hier das familiäre Netz bei den nicht unbedingt lebensnotwendigen Verrichtungen meist weniger tragfähig ist ... Die vorhandenen Grenzen familiärer Hilfsmöglichkeiten für städtische Senioren bei deren Haushaltshilfe zeigen sich auch darin, daß 10% von ihnen auf eine Haushaltshilfe gegen

Entgelt angewiesen sind ... Vorrangiges Ziel der Altenhilfe sei es, dem einzelnen die selbstständige Haushaltshilfe so lange wie möglich durch die Bereitstellung häuslicher und pflegerischen Dienst zu erhalten. Wichtig sei dies vor allem bei den älteren Menschen, denen Familienangehörige nicht helfen können, aber auch zur Unterstützung von Familienangehörigen bei der oftmals schweren Pflege. Daher seien in Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren die Sozialstationen mit großer Intensität auf- und ausgebaut worden, die überwiegend ältere Menschen in ihrer Wohnung versorgen und pflegen und teilweise pflegende Familienangehörige entlasten. Nach den Untersuchungsergebnissen werden heute schon in den Städten 9% der älteren Menschen von Sozialstationen, Diakoniestationen und sonstigen Hilfsdiensten sowie 2% von der organisierten Nachbarschaftshilfe betreut. 42% werden auf diese Institutionen zurückgreifen, wenn sie ihrer bedürfen. Derzeit gibt es in Baden-Württemberg 375 anerkannte Sozialstationen, in denen 2500 vollzeitbeschäftigte und 1100 teilzeitbeschäftigte Fachkräfte tätig sind. Seit 1973 gewährt das Land zu den Personalkosten Zuschüsse. 1986 sind hierfür fast 30 Mio. DM bereitgestellt ... In der Haus- und Altenpflege, besonders in der Nachbarschaftshilfe, waren im vergangenen Jahr 27100 Mitarbeiter, davon 18300 ehrenamtlich tätig. Für diese Dienst stellt das Land 1986 4,4 Mio. DM zur Verfügung.“



Lehrer gegen verstärkte Kontrolle

Bremen. Bildungssenator Franke wollte an „Modellschulen“ die „pädagogische Arbeit ... mit den Mitteln der Schulaufsicht“ verbessern. Unterrichtsbesuche, Überprüfung von Klassenbüchern sollten die Mittel sein. Erreicht hat Franke, daß die Schulleitungen in Konferenzen an fast allen Schulen gegen die Lehrer allein blieben. Arbeitszeitverkürzung, Einstellung von Lehrern, mehr Geld für Lernmittel waren von den Lehrern genannte Voraussetzungen, um Verbesserungen von unten zu erreichen. – (wjo, mal)

ÖTV fordert neue AZO für Krankenhäuser

Offenburg. Die Kreisdelegiertenkonferenz Ortenau verabschiedete zwei Anträge zur Änderung der Arbeitszeit. Zum einen soll die Arbeitszeitordnung (AZO) für Krankenanstalten und Pflegeheime von 1924 aufgehoben werden mit dem Ziel, als Höchstarbeitszeit die 40-Stunden-Woche festzuschreiben und bislang erlaubte Mehrarbeit von zwei Stunden täglich (ohne Mitbestimmung) zu unterbinden. Begründung: „... eine gesetzliche Höchstarbeits-

Essen. Am 3.10. informierte die DGB-Jugend in vielen Städten der Bundesrepublik über die „wahren Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit“. In Essen (Bild) errichteten die einzelnen Gewerkschaftsgruppen Infostände und kritisierten die Verschleierungstaktik der offiziellen Arbeitslosenzahlen. Der Essener DGB-Jugendsekretär erklärte, daß dort beim Arbeitsamt 1913 Jugendliche unter 20 Jahren als arbeitslos gemeldet seien. In Wirklichkeit seien es aber rund 20000. (Quelle: UZ, 5.10.1987). – (gba)



grenze in den betroffenen Bereichen zu schaffen, damit einer weiteren Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Arbeitgeber Einhalt geboten wird.“ Des Weiteren beantragte die Abteilung Krankenhäuser und beschloß die KDK die Änderung zum BAT SR 2a Nr. 5: „Angestellte, die regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, erhalten innerhalb von zwei Wochen drei (vier) arbeitsfreie Tage. Hierzu muß ein freier Tag auf einen Sonntag fallen. Die Freizeit ist im Zusammenhang zu erteilen.“ Nach bestehendem Tarif erhalten Beschäftigte für Sonn- und Feiertagsarbeit nur zwei freie Tage. – (irs)

Kein Tarifvertrag über Ladenschluß

Köln. Die Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen für den Einzelhandel NRW hat am 1. Oktober 1987 das Scheitern der Verhandlungen über die tarifliche Absicherung des Ladenschlusses um 18.30 Uhr erklärt. Sie hat einstimmig die Schlichtung angerufen. Die HBV ruft die Mitglieder auf, Kampfmaßnahmen vorzubereiten für den wahrscheinlichen Fall, daß das Schlichtungsverfahren nicht zu einer Einigung mit dem Einzelhandelsverband führt. Die HBV erklärt: „Das kommende Weihnachtsgeschäft ist kein Tabu.“ – (anl)

Verwaltung muß Wegezeiten anerkennen

Braunschweig. Im August mußte die Klinikverwaltung auf Druck des Personalrates und nach zwei Klagen von Gewerkschaftsmitgliedern im Städtischen Klinikum je Schicht zwölf Minuten für Wege- und Umkleidezeiten anerkennen. Die Zeiten sollen als eine freie Stunde pro Woche stationsintern „abgebummelt“ werden. Einige Stationen lehnen das entschieden ab und wollen die Stunden zu ganzen Tagen aufsammeln und abfeiern. In einigen Abteilungen geht das auch gar nicht anders, weil z.B. dann die Übergabe gar nicht geordnet gemacht werden kann, so z.B. auf den Intensivstationen. Der Personalrat hat ausgegerechnet, daß im Pflegebereich allein 22 zusätzliche Stellen erforderlich sind,

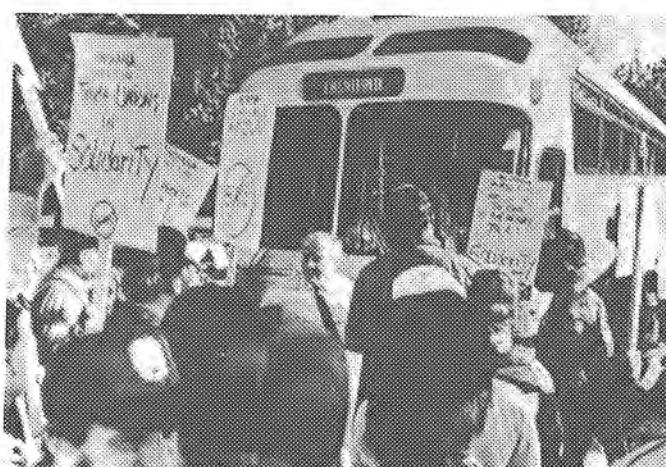
um die fehlenden Zeiten auszugleichen. Die Verwaltung lehnt es kategorisch ab, diese Planstellen zu schaffen. Der Personalausfall soll stationsintern aufgefangen werden. – (mis)

Betriebsrat fuba gegen Intensivierung

Bad Salzdetfurth. Die im Werk tätige Unternehmensberaterfirma hat auf ihrem Weg zur Verdichtung des Arbeitstages ein Vorhaben vorgestellt. Die Zeitlohnabteilungen sollen zur „Ermittlung unnötiger Störungen“ im Bearbeitungsbefluss der Kundenaufträge Protokolle führen, die exakt Namen des Bearbeiters, Zeiten und Art der „Störung“ dokumentieren. Der Betriebsrat hat ohne ausführliche Begründung das „Zeiterfassungsformular“ abgelehnt. Mit diesem Protokoll würden nicht nur „Störungen“ im Fertigungsablauf erfaßt, auch die inoffiziellen Vorbereitungszeiten stünden unter Beschluß. – (mal)

Bosch: Verringerung mechanischer Fertigung

Westberlin. Bei der Bosch Elektronik GmbH ist eine Verringerung der mechanischen Vorfertigung (in der Stanzerei, im Werkzeugbau usw.) vorgesehen. Nach den Aussagen der Geschäftsführung auf der letzten Betriebsversammlung sollen Vorfertigungsarbeiten im „Feuerwehreinsatz“ über Zuliefererfirmen „billiger“ als bei Eigenproduktion werden. Bei Realisierung fallen in den Bosch-Werken 150 bis 200 Arbeitsplätze weg. (kla)



USA: Mit Streikbrecher-Mannschaften versuchen die Besitzer der Football-Teams den Streik der Football-Spieler zu unterlaufen. Die seit dem 22. 9. streikenden Spieler haben Streikposten vor den Stadien gebildet. Foto: Gewerkschaftsmitglieder haben sich den Streikposten der Indianapolis Colts angeschlossen und protestieren gegen die Durchfahrt eines Busses mit Streikbrechern. Die Kapitalisten, denen die Mannschaften gehören, wollen die Pensionen streichen für Spieler, die nicht vier Saisons beschäftigt waren, und die Gehälter in den ersten beiden Spieljahren senken. Die Durchschnittskarriere der 1600 Spieler dauert nur dreieinhalb Jahre. (gbu)

OB-Wahl in Nürnberg

Kann sich rot-grün kommunalpolitisch behaupten?

Nürnberg. Am 18. Oktober wird in Nürnberg ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Neben CSU und SPD haben die Republikaner, die ÖDP, die FDP, die Grünen und die DKP eigene Kandidaten aufgestellt. Obwohl die Wahl des im Stadtrat stimmberechtigten OB keine unmittelbare Auswirkungen auf die kommunalen Mehrheitsverhältnisse hat – dort halten SPD und Grüne bis 1990 38 von 71 Stimmen – wird der Wahl dennoch eine Signalwirkung zugesprochen. Der bisherige OB Urschlechter kandidiert nicht mehr. SPD-Kandidat von 1957 bis 1982 trat er nach seiner letzten Wahl aus der Partei aus. Er sah sein Selbstbild vom „OB aller Bürger“ durch das rot-grüne Bündnis in Verruf geraten. Die CSU – bislang erfolglos beim Versuch, in der immer noch von der Metallindustrie geprägten Großstadt kommunalpolitische Mehrheiten zu bilden – sieht für ihren Kandidaten Beckstein einen „politischen Wechsel zum Greifen nahe“. Denn bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen konnte sie erstmals alle Direktmandate der SPD abnehmen. Strauß griff in den Wahlkampf ein, und sogar Urschlechter unterstützte zum schlimmen Schluß den CSU-Verfassungsschutzspezialisten.

Die gar nicht so spärliche Opposition in der Stadt fürchtet einen CSU-Sieg. Die oft auch vom Stadtrat getragenen, in den städtischen Verwaltungsmaßnahmen spürbaren Widerstände gegen die zentralstaatliche Politik – etwa beim Versuch, an den städtischen Kliniken Abtreibungen zu ermöglichen, bei der Weigerung, den Aids-Test bei Bewerbern für den kommunalen Dienst durchzusetzen oder bei der Städtepartnerschaft mit San Juan in Nicaragua – hätten es noch schwieriger. Wer stützt rot-grün?

Die IG Metall hat gegen die Strategie der Konzernzentralen der örtlich vertretenen SEL, AEG (Daimler), Triumph-Adler (Olivetti) oder Grundig (Philips) eine Kampagne „Beschäftigungspläne statt Sozialpläne“ begonnen. Ihren Aufruf „die Nürnberger Metallindustrie muß leben“, in dem sie Arbeitszeitverkürzung und eine Umstellung der Produktion „entsprechend den Bedürfnissen der Menschen“ verlangt, unterschrieben die OB-Kandidaten von SPD, DKP und Grünen. Initiativen in der Ausländer- und Asylpolitik, VVN, Gewerkschaften, soziokulturelle Zentren und viele andere leisten auch im Wahlkampf Widerstand gegen Rassismus, gegen Versuche, Nürnberg „aus dem Schatten des Nationalsozialismus zu holen“, gegen die Bedrohung der eigenen Arbeitsgrundlage.

Zwar können die verschiedenen oppositionellen Bewegungen von allen rot-grünen Kandidaten eine gewisse Rückendeckung erwarten. Der Kandidat der SPD, Schölein, verzichtet aber weitgehend darauf, die oppositionelle Kritik der CSU unter die Nase zu reiben. Als der Ausländerbeirat der Stadt nach ablehnenden Äußerungen zum kommunalen Wahlrechts für Ausländer dem CSU-Kandidaten seine rassistische Einstellung vorwarf, schwieg der SPD-Kandidat beredt. Für das Wahlrecht ist er, doch er betont rechtliche Schwierigkeiten. Wohin steuert der SPD-

Kandidat? Mit Steuerreform und Finanzausgleich hat die zentralstaatliche Politik wahrscheinlich bereits jetzt eine akute Krise der städtischen Finanzen herbeigeführt. Da die CSU das Thema umgeht und der SPD-Kandidat sich nicht bindet, könnte die SPD damit liebäugeln, die Finanzkrise nach den Wahlen – unter Protest – mit Wirkung auf die Lohnabhängigen und Arbeitslosen, auf das städtische Personal und bei den Gebühren zu vollstrecken.

Eine sichere Bank ist in diesem Fall nur der Stadtrat der DKP, der seit 1972 im Stadtrat vertreten ist. Der örtlichen DKP, die zur Wahl ein nützliches „12-Punkte-Programm“ vorgelegt hat, muß man deshalb auch bei den OB-Wahlen ein möglichst gutes Ergebnis wünschen.

Die Parteien im Überblick

Die CSU ruft zwar das „Bündnis bürgerlicher, sozialer und liberaler Kräfte“ aus, verzichtet aber nicht auf die gewohnte Hetze. Unmißverständlich ihre ausdrückliche Absage an das Kommunalwahlrecht für die knapp 40000 Nürnberger ohne deutschen Paß und die Ankündigung, das KOMM, „den Schandfleck“, zu schließen. Von der CSU am stärksten moderiert: die Forderung, eine Stadtautobahn weiterauszubauen, um so angeblich Staus zu beseitigen. Mehr Kindergartenplätze soll es geben. Das ins Spiel gebrachte kommunale Erziehungsgeld wird aber die Misere im Krippenbereich nur zementieren. „Attraktiv“ müsse Nürnberg sein, z.B. durch die Ausweisung von Gewerbesflächen, die nicht an Auflagen im Hinblick auf Arbeitsplätze gebunden sind. Das Umweltreferat sei communal ebenso überflüssig wie das Smogfrühwarnsystem, Atomtransporte zur WAA seien Sache des Zentralstaates.

Der REP-Kandidat gibt sich als biederer Unternehmensberater: Mittelstandsförderung, Senkung der Gewerbesteuer, Ausbau als Messeplatz sind die Themen für Selbständige. Kommerzielle Nutzung der Kongreßhalle auf dem Reichsparteitagsgelände, Umbenennung von Straßen im Sinne des Revanchismus, das KOMM als „Stätte ostdeutschen Kulturgutes“ sollen ihn bei schwachen Kontrasten zur FDP und CSU dem rechten Publikum ausweisen.

Die FDP schlägt Breschen für reiche Leute. Ihr OB-Kandidat macht sich stark für die Senkung der Gewerbesteuer, die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, eine zentrale Tiefgarage, eine attraktive (Nobel-)Kulturszene und eine südliche Autobahnumgehung für Nürnberg. Die FDP will drastische Einschnitte im Personalbereich.

Die SPD steht im Grundsatz zum rot-grünen Bündnis. Allerdings stellt ihr Kandidat im Wahlkampf nur einen schwachen Bezug auf fortschrittliche Beschlüsse des Unterbezirks oder Anträge ihrer Stadtratsfraktion her. Wahlkampfschwerpunkte: Offensive im Wirtschaftsleben und auf dem Arbeitsmarkt ohne Konzernkritik, die liberale Stadt und kommunale Umweltpolitik. Schönlein will den „Kampf um die Finanzausstattung der Stadt“ in erster Linie gegen die Benachteiligung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs führen. Vorschläge wie Bundesgartenschau und Kulturmeile (neue Museen) entstammen seinem Wahlkampfbüro.

Die Grünen werden bei einer eventuellen Stichwahl für die SPD aufrufen. Ablehnung von Großprojekten im Straßen- und Hochbau und Umweltschutz steht für sie im Mittelpunkt. Die Opposition in Sachen Ausländerpolitik wird erkennbar unterstützt. Stadtteilbezogenheit von sozialen Einrichtungen scheint wichtiger als deren garantierte Leistung. Gebühren spielen keine Rolle. Aber sie fordern die Ausweitung des Nürnberg-Passes auch auf die Empfänger von Arbeitslosengeld, die dann öffentliche Verkehrsmittel und Einrichtungen gebührenfrei benutzen könnten.

Das 12-Punkte-Programm der DKP bezieht sich durchgängig auf die Auseinandersetzungen in der Gemeinde um Lebens- und Arbeitsbedingungen, erfaßt vieles davon. Es formuliert „den politischen Protest gegen das Unterbuttern der sozialen Interessen der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, der Jugend, der Familien und Kinder“ mit dem erkennbaren Anliegen, ihn zu verstärken. (mas.ola)

Wahlergebnisse in Nürnberg in Prozent

	Bundestag 1987	Landtag 1986	Stadtrat 1984	Bundestag 1983	Landtag 1982
SPD	36,6	37,5	46,1	40,7	45,3
CSU	43,0	43,9	41,4	45,4	43,4
Grüne	10,2	9,9	5,8	6,5	5,9
FDP	8,0	3,7	2,4	6,1	3,4
REP+NPD	1,0	4,1	1,1	0,5	0,8
DKP			1,6	0,3	0,5

Clement Moreau/Carl Meffert

„Aus einer Zeichnung ein Pamphlet machen“

Biografie: 1903 in Konstanz geboren; 1914/19 Fürsorgezögling; 1920 Haftstrafe wegen politischer Delikte; 1926 in Berlin, unterstützt von E. Orlik, H. Vogeler, K. Kollwitz für linke Verlage tätig, für Heartfield Illustrationen; arbeitet ab 1929 in Paris, Basel und Tessin für Gewerkschaften und Zeitschriften; ab 1933 illegal als C. Moreau in der Schweiz; 1935 Flucht nach Argentinien, antifaschistische Grafik; bis 1946 dort Dozent, der Putsch 1962 verhindert die Rückkehr von einem Besuch; bis 1979 Zeichenlehrer in St. Gallen, lebt in Zürich.

„Ein Strick, um sich selbst

aufzuhängen“ Zyklus *Nacht über Deutschland*, 1937/38:

„Ich versuche ein Ereignis zu illustrieren, das ich erfahren oder erlebt habe, das ich wirklich kenne. Ein Tagesereignis. Aber da ich mir viel Mühe gegeben habe, ist es mir oft gelungen, daß es einen gewissen Wert beibehalten hat, über das Aktuelle hinaus.“

„Erich Mühsam zum Gedächtnis“, Linolschnitt 1934: „Ich habe zu seinem Gedächtnis einen Schnitt gemacht, als die Nazis ihn 1934 erhängt hatten... Sie haben ihn aufgehängt, aber haben vergessen, die Hände wieder loszubinden. Das ist alles authentisch.“



„Als Kunst wird bezeichnet, was der Wirklichkeit aus dem Wege geht. Da ich mich mit der Wirklichkeit beschäftige, bin ich kein Künstler. Ich empfinde mich als Gebrauchsgrafiker. Was Kunst ist, wird immer von der Gesellschaft bestimmt... Meine Arbeit ist keine theoretische Ausklärung, keine Veranschaulichung einer Theorie, sondern eine Veranschaulichung der Erlebnisse des Menschen in seiner Zeit. Der Betrachter muß die Ereignisse nicht selbst erlebt haben, aber ich muß sie ihm so verdeutlichen, daß sie ihn erschüttern und bewegen... Ich benutze keine abstrakten Symbole, sondern Tatsachen, die illustrieren, was ich als gedanklichen Hintergrund zeigen möchte. Es ist meistens ein menschliches und soziales Problem. Es sind nie abstrakte Ideen, sondern es ist immer eine reale, wirkliche Situation, die zur Hilfe aufruft, auf die aufmerksam gemacht werden soll, die verändert werden soll. Insofern kann es politisch sein, aber es ist niemals parteipolitisch... Ich schaffe keine Symbole, sondern Pamphlete. Ich rufe auf, ich bin ein Aufrufer. Ich will, daß man hinhört und sieht und daß man dazu Stellung nimmt.“
(hek, vog)



„So kam ich in das Lazarett Pasewalk in Pommern, und dort mußte ich – die Revolution erleben! Meine erste Hoffnung war noch immer, daß es sich bei dem Landesverrat nur um eine mehr oder minder örtliche Sache handeln konnte.“ (S. 221 bzw. 222)



„Immer drückender wurden nun die Gerüchte. Was ich für eine lokale Sache gehalten hatte, sollte eine allgemeine Revolution sein. Dazu kamen die schmachvollen Nachrichten von der Front. Man wollte kapitulieren. Ja, war so etwas überhaupt auch nur möglich?“ (S. 222)



„Da hielt ich es nicht mehr aus. Seit dem Tage, da ich am Grabe der Mutter gestanden, hatte ich nicht mehr geweint.“ (S. 223)



„Ich aber beschloß, Politiker zu werden.“ (S. 225)¹⁵

„Mein Kampf“, Zyklus mit über 100 Zeichnungen um 1937 in verschiedenen argentinischen Zeitungen.

Nach wie vor Gesetz: Familienfreundlich ist gleichbedeutend mit ausländerfeindlich

Die katholische Kirche, die sich gerne als „soziales Gewissen“ dieser Bundesregierung versteht, hat die „wirtschaftliche Familienförderung“ zum Prüfstein der Steuerpolitik erklärt. Entsprechende Forderungen nach höheren Kinderfreibeträgen, Berücksichtigung von Ausbildungskosten, mehr Erziehungsgeld usw., wie sie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken aufgestellt hat, finden Eingang in die Regierungspolitik. Das mag erklären, warum zumindest diese Teile der Steuerreform allgemein im Geruch stehen, sozial zu sein.

Nun ist bestimmt schon zu bezweifeln, daß es tatsächlich sozial ist, „die Familie“ zu fördern, wenn zugleich öffentliche Einrichtungen für die Kinderversorgung beseitigt werden. Und was soll sozial daran sein, wenn Geldzuschüsse ans In-die-Welt-Setzen von Kindern gebunden werden, aber zugleich als fast gesellschaftliches Naturgesetz feststeht, daß die Zahl der Kinder direkt vom Einkommen abhängt und arm sein gleichbedeutend ist mit kinderlos?

Nun muß man aber Familienförderung nicht unbedingt so grundsätzlich anzweifeln, um eine offenliegende Ungerechtigkeit und ungleiche Behandlung von Menschen anzugreifen: Das ist die, man muß schon sagen, gesetzlich verankerte Ausländerfeindlichkeit von fast jeder „Familienkomponente“ im Steuertarif.

Seit 1986 fließen jährlich 90 Millionen Mark mehr Steuern in die Staatskassen – so schätzt das Finanzmini-

sterium – durch den „Wegfall des Haushaltstreibtrages sowie des Kinderfreibetrages und der Kinderadditive für Steuerpflichtige mit nicht unbeschränkt steuerpflichtigen Kindern“. Damit wird bürokratisch verhüllt umschrieben, daß ausländische Arbeiter, deren Frauen und Kinder nicht in der BRD leben, entsprechende Steuerfreibeträge nicht mehr geltend machen können. Auch das Argument, daß über Antrag unter der Rubrik „besondere Belastungen durch Unterhaltsleistungen“ ein Ausgleich gefunden werden könnte, sticht nicht: Bei den 90 Millionen Mark ist bereits dagegen gerechnet, daß solche Kinder beim Lohnsteuerjahresausgleich berücksichtigt werden können.

Solange der §32 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung von 1986 besteht (darin heißt es, daß Kinder im Sinne des Steuergesetzes nur solche sind, die unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind, d.h. sich in der BRD aufhalten), werden alle weiteren „familienfreundlichen“ Steuer-

reformen entsprechende Benachteiligungen für Ausländer bewirken. Für 1988 ist beschlossen, die Ausbildungsfreibeträge zu erhöhen (diese können bei der Steuererklärung für Aufwendungen zur Berufsausbildung eines Kindes ohne Nachweis im einzelnen geltend gemacht werden). Das gilt dann nicht für Ausländer, deren Kinder z.B. in der Türkei in die Lehre gehen. 1990 sind vorgesehen: Erhöhung der Kinderfreibeträge, des Haushaltstreibtrags für Alleinerziehende, alles Steuervorteile, die die rund 150000 Ausländer, deren Frauen und Kinder nicht in der BRD leben, nur eingeschränkt oder gar nicht geltend machen können.

Wir können uns eigentlich nicht vorstellen, daß man in katholischen Kreisen einfach begeistert die familienpolitischen Maßnahmen der Regierung als „personale Verwirklichung des Menschen“ und die „Entwicklung einer humanen Gesellschaft“ feiern kann, solange diese Familienpolitik unverkennbar ausländerfeindlich ist.

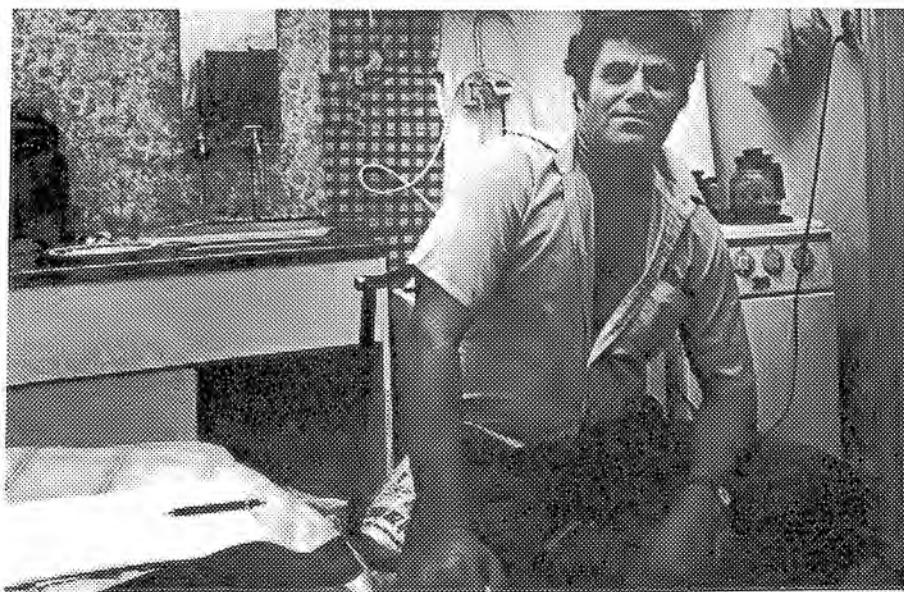
Aktion TISPJG – Zwischenbilanz im Kampf für Steuergerechtigkeit

Am 7. Oktober 1987 teilte Aydin Akin, Sprecher der Aktion TISPJG (Türken, Italiener, Spanier, Portugiesen, Jugoslawen, Griechen), auf einer Pressekonferenz in Westberlin mit, daß eine wesentliche TISPJG-Forderung der Verwirklichung näher ge-

rückt ist: die Anerkennung der im Ausland lebenden bedürftigen Ehegatten eingewanderter Arbeiter im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs als „außergewöhnliche Belastung“.

Seit 1980 wurde diese steuerliche Anerkennung verweigert. Begründung: Unterstützungsleistungen zwischen Ehegatten glichen sich auf „typische Weise“ aus, also während der eine für Lohn arbeitet, macht der andere die Hauswirtschaft. Lebt ein Ehegatte im Ausland, so die TISPJG, sei dies ja nicht möglich. Daß die Finanzämter Zuwendungen an den nichtarbeitenden Ehegatten im Ausland nicht berücksichtigen, führte zu Steuermehrbelastungen für die Betroffenen zwischen 900 und 1200 DM. 1984 bereits wurde die Verfassungswidrigkeit dieser Regelung offiziell festgestellt, ohne daß dies jedoch die Finanzbehörden beeindrucken konnte.

Im November 1985, angesichts des „Steuersenkungsgesetz 1986“ begann die Aktion TISPJG. Eine der Forderungen: „Gem. BVerfG-Beschluß vom 22.2.1984 folgend ist schnellstens zu ermöglichen, daß die im Ausland lebenden Ehegatten als außergewöhnliche Belastung steuerlich berücksichtigt werden und zwar rückwirkend ab 1980.“ Nach Schätzungen sind seitdem ca. 80000 Protestbriefe von be-



Viele ausländische Arbeiter sind gezwungen, familienlos oder getrennt lebend von ihrer Familie: Das Einkommen reicht nicht für die ausreichende Wohnung. Dazu kommen ausländerfeindliche Bestimmungen wie Zuzugsverbot u.ä.

troffenen Arbeitern an den Bundespräsidenten und die Bundesregierung gesandt worden, in denen diese und weitere Forderungen gegen die Steuerdiskriminierung bekräftigt wurden.

Im Juni dieses Jahres hat schließlich ein anderer Senat des obersten BRD-Finanzgerichts seine Meinung geändert und auf diese Forderungen

reagiert. Nunmehr muß ein Oberster Senat im Finanzgerichtshof gebildet werden, der die jetzt widersprüchliche Rechtssprechung klärt. TISPGJ fordert die Betroffenen auf, soweit noch möglich, Widerspruch im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs unter Berufung auf dieses Urteil einzulegen.

In ebenso enger Verbindung zu die-

ser Protestkampagne steht die pauschale Anerkennung von Leistungen für im Ausland lebende Kinder als „außergewöhnliche Belastungen“ (siehe dazu auch die Erläuterungen zur Tabelle).

Ein drittes wesentliches Ergebnis der Aktion TISPGJ sei die rasche Zunahme von Ermäßigungsverfahren.

Nach dem Lohnsteuerjahresausgleich für 1986: höhere Besteuerung eingewanderter Arbeiter mit Familie im Herkunftsland bleibt!

Familie	Jahr	Steuerklasse	Bruttolohn	einbehaltene Lohnsteuer	erstattete Lohnsteuer	Jahreslohnsteuer	Steuersatz
<i>Beispiel 1</i>							
Familie Ahmet D.	1985	M 4 / F 2 Kinder	68291	11381	821	10560	15,5%
	1986	M 4 / F verheiratet	71835	13902	1624	11468	16,0%
<i>Beispiel 2</i>							
Familie Suat S.	1985	M 2 / 2 Kinder	32173	3645	123	3522	10,9%
	1986	M 1 / verheiratet	32998	5569	1106	4463	13,5%
<i>Beispiel 3</i>							
Familie Abdullah G.	1985	M 2 / 1 Kind	36120	4366	422	3944	10,9%
	1986	M 1 / verheiratet	38525	7470	467	7003	18,2%

Hinweis zur Tabelle

In Betracht gezogen ist ausschließlich die Lohnsteuer. Zulagen nach dem Berlinförderungsgesetz u.a. bleiben unberücksichtigt. Im ersten Beispiel arbeiten beide Elternteile hier, in den beiden weiteren Beispielen lebt die Frau in dem Lande, aus dem der Einwanderer kommt, in allen drei Beispielen leben die Kinder dort. In allen drei Beispielen muß 1986 durch den Anstieg des steuerbaren Einkommens verursacht die Arbeitnehmersparzulage von 100 DM beim Lohnsteuerjahresausgleich zurückgezahlt werden.

Quelle: Aydin Akin, Westberlin, Materialien zur Pressekonferenz am 7.10.87

Das ZK der Katholiken irrt ...

Am 4. April 1986 versuchte das ZK der Katholiken die zunehmende Kritik an der Ausländer-Diskriminierung durch das „Steuersenkungsgesetz 1986“ zu beruhigen, nachdem die Bundesregierung wenigstens die pauschale Anerkennung von Aufwendungen für im Ausland lebende Kinder als „außergewöhnliche Belastung“ zugestanden hatte: „Entgegen der vielfach von ausländischen Arbeitnehmern in den letzten Monaten geäußerten Befürchtung, daß ausländische Arbeitnehmer mit Familienangehörigen im Ausland in Folge

des Steuersenkungsgesetzes mehr Steuern als früher zahlen müßten, ergebe sich nach dieser Regelung grundsätzlich keine steuerliche Benachteiligung ...“ (Mitteilung Nr. 268/86 des ZK der deutschen Katholiken). Die Beispiele beweisen dagegen, daß die Befürchtungen der betroffenen Arbeiter begründet waren.

Wesentliche Gründe, warum die Steuer steigt

Schon vor dem „Steuersenkungsgesetz 1986“ wurden im Ausland lebende Ehegatten von den Finanzbehörden nicht beachtet, so daß den hier arbeitenden Ehegatten der niedrigere „Splitting-Tarif“ verwehrt wurde (d.h. statt Eintrag von Steuerklasse III erfolgte Eintrag von StKl. I, wenn keine Kinder da waren, bzw. von StKl. II mit Kindern). Mit dem „Steuersenkungsgesetz 1986“ wurden auch die im Ausland lebenden Kinder von der Lohnsteuerkarte gestrichen. Die erst nachträglich für den Lohnsteuerjahresausgleich in Aussicht gestellte pauschale Anerkennung von Aufwendungen für diese Kinder verhindert die höhere Besteuerung von eingewanderten Arbeitern mit Familienangehörigen im Ausland durch das 86er Gesetz nicht. Dazu einige Erläuterungen.

Nachdem bis 1985 geltenden Recht wurde die Höchstgrenze für Sonderausgaben um 900 DM je Kind erhöht. Abzugsfähige Ausgaben dafür sind neben den Beiträgen zur Sozialversi-

cherung vor allem weitere Haftpflicht-, Lebens- und sonstige Versicherungen. Mit dem neuen Gesetz wurde die Erhöhung des Freibetrags durch zusätzliche Beträge für Kinder gestrichen, weil der Freibetrag für Kinder selber erhöht worden sei. So wird der Freibetrag für Sonderausgaben im ersten Beispiel um 1800 DM geringer, ohne daß andere an den Eintrag von Kindern auf der Lohnsteuerkarte gebundene Freibeträge dies kompensieren würden.

Der bis 1985 gewährte Haushaltssreibetrag von 4212 DM bei mindestens einem Kind (in Steuerklasse II) ist erhöht worden auf 4536 DM. Für eingewanderte Arbeitnehmer wird er ab 1986 jedoch nicht mehr gewährt, wenn der Ehegatte und die Kinder im Ausland leben, weil diese auf der Steuerkarte nicht mehr vermerkt sind. Das wirkt sich deutlich in dem Anstieg der Steuer in den Beispielen 2 und 3 aus.

Weitere Freibeträge, die grundsätzlich nicht mehr gewährt werden, wenn die Kinder im Ausland leben: Ausbildungsfreibetrag von 1200 bis 3000 DM pro Kind und Jahr; Besuchersreibetrag von 600 DM, wenn die Kinder dem anderen Elternteil zugeordnet sind; Freibetrag für Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende (4000 DM für das erste, 2000 für jedes weitere Kind); Pauschalsumme für körperbehinderte Kinder (600 bis 7200 DM).



Die Sondersteuer für Ausländer kalkuliert ein, daß den Betroffenen parlamentarische Gegenwehr nicht möglich ist.

Ein Antrag auf Lohnsteuerermäßigung ist erfolgreich, wenn Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen usw. 1800 DM überschreiten. Für eingewanderte Arbeiter ist dies immer der Fall. Sobald diese Kosten auf der Lohnsteuerkarte vermerkt sind, beginnt sich der Spieß umzukehren. Nicht mehr der Betroffene kreditiert mit seinen zuviel gezahlten Steuern den Haushalt und muß dann im Jahresausgleich seinem Geld hinterrennen, sondern das Finanzamt ist damit beschäftigt, zu prüfen, ob die Kosten auch wirklich aufgetreten sind usw. Dies Vorgehen ist besonders seit dem letzten Jahr zu einem wichtigen Gegenmittel für Einwanderer gegen die Wirkungen des „Steuersenkungsgesetzes“ geworden.

Ein weiterer Effekt der Aktion TISPGJ sei Aufklärung. Die Informationen werden nach wie vor wesentlich durch Briefe in der Muttersprache verbreitet. Jeder ist verpflichtet, die Information weiter zu geben. So sei eine Aktion „von Arbeiter zu Arbei-

ter“ entstanden. Inzwischen werde er, so Aydin Akin, sogar vom türkischen Kabelfernsehen in Westberlin eingeladen, weil auch die Zuschauer diese Informationen verlangen.

Unter den Betroffenen ist die Aktion schon zu einem wichtigen Mittel zur Beseitigung des psychischen Drucks geworden, den die Diskriminierung und die gestiegene Steuerbelastung verursachen. Die Beteiligung an der Aktion und ihre Ergebnisse stärken das Selbstbewußtsein.

Auf diese Weise, so Aydin Akin, würden die Ausländer auch einen Beitrag dazu leisten, daß der „Rechtsstaat“ in der BRD besser funktioniere.

TISPGJ appelliert an alle, die Protestbriefaktion fortzusetzen. Solange die Kinder nicht auf der Steuerkarte sind, muß diese Aktion fortgesetzt werden. Briefe, Formulare, Broschüren sind weiter erhältlich und können gegen Rückporto bezogen werden über: „TISPGJ“ – Aydin Akin –, Alt-Moabit 126, 1000 Berlin (West) 21.

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Steuerdiskriminierung IG Metall-Initiative findet Widerklang

1986 haben wesentliche Beschlüsse die Beteiligung der Gewerkschaften am Widerstand gegen die arbeiterfeindliche Ausländerpolitik geklärt. Damit verbessert sich auch das gewerkschaftliche Engagement im Kampf gegen die Einkommensteuer-Diskriminierung. Zwei Ereignisse sind für diese Entwicklung von besonderer Bedeutung: die Beschlüsse des 13. DGB-Bundeskongresses und die 1. Ausländerkonferenz der IG Metall, in der ungefähr die Hälfte der eingewanderten Beschäftigten organisiert sind.

Die Autoren Nihat Öztürk und Hermann Schäfer sprechen von einer neuen Etappe gewerkschaftlicher Ausländerpolitik, die vor allem in folgenden Forderungen des 13. Bundeskon-

gresses ihren Ausdruck finde:

– absolut sicherer Aufenthaltsstatus nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt; Familiennachzug ohne Fristen für das Bestehen der Ehe; eigenständiger Aufenthaltsstatus der Ehegatten und Kinder; grundsätzliches Ausweisungsverbot nach zehnjährigem rechtmäßigen Aufenthalt; Wiederkehroption für Rückkehrer; ernsthafte Prüfung der Einführung einer doppelten Staatsangehörigkeit als Voraussetzung für das Wahlrecht auf allen politischen Ebenen.

Rechtsanspruch auf Arbeitslaubnis für alle angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer, ihre Ehegatten und Kinder sowie die volle Gleichbehandlung bei der Arbeitsvermittlung;

Ablehnung aller Maßnahmen der sog. Rückkehrhilfe.

– Aktives und passives kommunales Wahlrecht für alle volljährigen ausländischen Arbeitnehmer nach fünfjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik. (1)

Weitere Beschlüsse verlangen u.a. die Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetz, von dem ausländische Beschäftigte besonders stark betroffen werden, und des „Steuersenkungsgesetzes '86“.

IGM: ausländische Mitglieder Personengruppe

Mit dieser Beschußfassung 1984 hat die IG Metall den Weg bereitet für die 1. Ausländerkonferenz überhaupt einer Gewerkschaft in der BRD, die ebenfalls im Mai 1986 stattfand und u.a. gegen das „Steuersenkungsgesetz '86“ folgende grundsätzliche Position bezog:

„Die 1. Ausländerkonferenz der IG Metall protestiert auf das schärfste gegen die mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 beschlossene und am 1. Januar 1986 in Kraft getretene Diskriminierung derjenigen ausländischen Arbeitnehmer, deren Familienangehörige im Ausland leben.

... verlangt von der Bundesregierung die vollständige Rücknahme der steuerlichen Mehrbelastung der betreffenden ausländischen Arbeitnehmer, die vollständige Eintragung aller Familienangehörigen in die Lohnsteuerkarte und die entsprechende Erteilung der Lohnsteuerklasse. Die IG Metall wird die betroffenen Arbeitnehmer rückhaltlos dabei unterstützen, gegen diese steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung Rechtsmittel einzulegen ...“ (2)

Diese Beschußfassung hat sich bereits günstig für die beginnende Diskussion in anderen Einzelgewerkschaften ausgewirkt. So hat z.B. der 14. ordentliche Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Westberlin den Beschuß gefaßt, diese Forderung der IG Metall direkt zu unterstützen. Außerdem protestiert der Landesbezirkstag gegen die Streichung der Kinderzulage von 49,50 DM pro Kind monatl. nach dem BerlinFG für im Herkunftsland lebende Kinder, seit diese nicht mehr auf der Steuerkarte eingetragen sind. Der Landesvorstand des DGB wurde aufgefordert, zu prüfen, ob gegen diese Ungleichbehandlung etwas erreicht werden kann, auch wenn die betreffenden Bestimmungen des „Steuersenkungsgesetzes '86“ noch nicht gefallen sind.

Eine derartige Initiative liegt auch der bevorstehenden Landesdelegiertenkonferenz der ÖTV in Westberlin vor. Ein weiterer Antrag – und dies ist von besonderer Bedeutung – richtet sich gegen die Übernahme der diskriminierenden Bestimmungen in die Tarifpolitik der Gewerkschaft: „Die

Delegierten der Bezirkskonferenz Berlin fordern die Tarifkommission auf, am Prinzip der Gleichbehandlung von ausländischen und deutschen Arbeitnehmern festzuhalten und alle anderslautenden Tarifvereinbarungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen bzw. abzuändern.“

In der Begründung wird darauf verwiesen, daß seit 1.1.86 laut Tarifvereinbarung für die Erhöhung des Ortszuschlages um 20 bis 40 DM je Kind diejenigen Kinder nicht berücksichtigt werden, die im Ausland leben. „Damit hat die ÖTV erstmalig einem Abschluß zugestimmt, der ausländische Arbeitnehmer schlechter stellt. Der Tarifabschluß vom April d.J. hält an dieser Diskriminierung fest. Wir können uns als Gewerkschafter nicht damit einverstanden erklären, daß wir zum Handlanger der Bundesregierung werden, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Beschäftigten und deren Familien immer weiter verschlechtert. Wir dürfen vom Prinzip der Einheitlichkeit der sozialen und betrieblichen Rechte für alle Arbeitnehmer – gleich welcher Staatsangehörigkeit – nicht abweichen.“

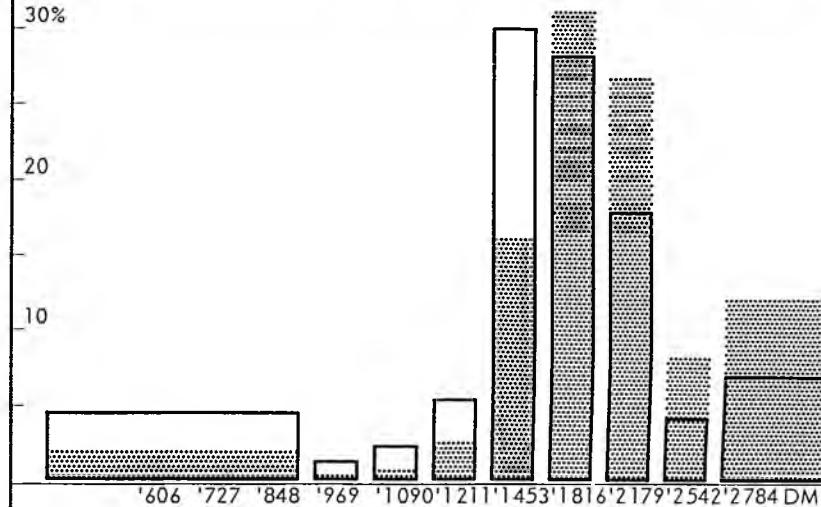
Auf der bevorstehenden ersten bezirklichen Ausländerkonferenz wird sich auch die IG Metall mit dem weiteren Fortgang des Widerstandes gegen die Steuererhöhung für die betroffenen eingewanderten Beschäftigten befassen. U.a. ist in dieser Gewerkschaft auch generell die Übernahme eines Musterprozesses zugesagt, um den Rechtsanspruch auf Zahlung der Kinderzulage nach dem BerlinFG für im Herkunftsland lebende Kinder eingewanderter Lohnsteuerpflichtiger zu kräftigen.

Die Fraktion der Alternativen Liste im Westberliner Abgeordnetenhaus hat auf einer Klausurtagung als einen der weiteren Schwerpunkte im Bereich Ausländerpolitik die Unterstützung des Widerstandes gegen die Steuererhöhung für die betroffenen eingewanderten Beschäftigten beschlossen. Dies wurde dem „Immigrantenpolitischen Forum“ mitgeteilt. Weiter hat die Fraktion der Alternativen Liste ein Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes beantragt, das helfen soll, weitere Möglichkeiten im Kampf gegen die Streichung der Kinderzulage nach dem BerlinFG zu bestimmen. In Frage kommt eventuell auch eine Novellierungsinitiative mit den entsprechenden parlamentarisch-unterstützenden Schritten wie Anhörung usw.

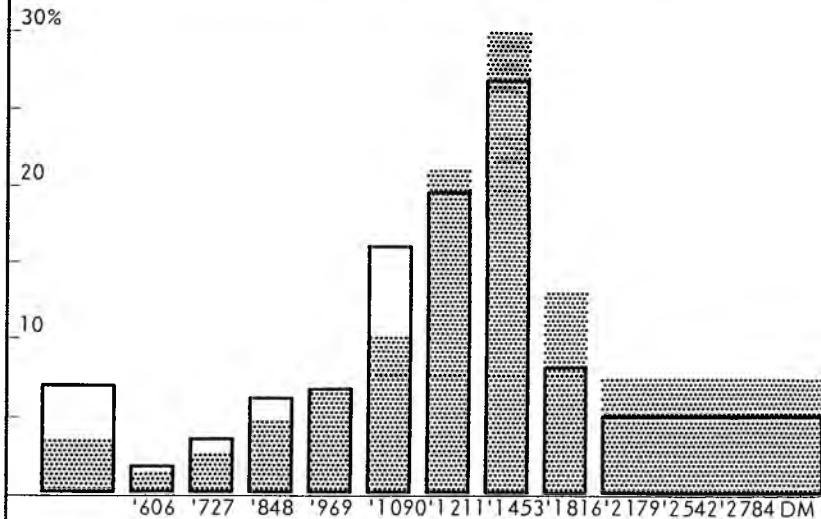
(1) Nihat Öztürk und Hermann Schäfer: Neue Etappe gewerkschaftlicher Ausländerpolitik, in: Ausländerpolitik, Jg. 1987 S. 88 ff.; (2) s.a. Polische Berichte 12/86 v. 13. Juni 1986; weiterer Quellenhinweis: ZdK. Der Familie gebührt Vorrang, 16.5.87 - (alk, haj, maw)

Sonderbesteuerung von Ausländern Stoltenberg holt's bei den Ärmsten

Monatliche Nettoverdienste ausländischer Arbeiter (Männer)
nach Einkommensklassen: Säulen 1985, Raster 1980 in Preisen von 1985



Monatliche Nettoverdienste ausländischer Arbeiter (Frauen)
nach Einkommensklassen: Säulen 1985, Raster 1980 in Preisen von 1985



Die beiden Schaubilder beruhen auf Zahlen aus einer in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium erstellten Untersuchung „Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen – Repräsentativuntersuchung '85“ (Autoren: Peter König, Günter Schultze und Rita Wessel). Befragt wurden insgesamt 3097 ausländische Arbeiter, Angestellte und Auszubildenden, davon 1827 Männer. Der Vergleich der Nettoeinkommensentwicklung war möglich, da bereits 1980 eine entsprechende Studie durchgeführt wurde. Die Autoren geben an, daß der monatliche Nettoverdienst ausländischer Lohnabhängiger mit 710 DM um rund 11% niedriger lag als der Durchschnittsverdienst aller Lohnabhängigen in der BRD. Die Studie deutet an, daß die Kapitalisten die ausländischen Arbeiter noch weiter in die schlechterbezahlten Tätigkeiten gedrückt haben und daß die ausländischen Arbeiter besonders von den krisenhaften Entwicklungen betroffen waren: Die Zahl der ausländischen Arbeiter, die in Schicht oder Akkord arbeiten ist ebenso gesunken wie die Zahl derjenigen, die Überstunden machen. Konnte 1980 noch kein Zusammenhang von Einkommenshöhe und Akkordarbeit festgestellt werden, bestand 1985 eine deutliche Abhängigkeit sowohl bei Männern als auch Frauen.

Türkei

Die Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich in zahlreichen Streikaktionen

Wir drucken im folgenden recht ausführlich Berichte über Streikaktionen aus türkischen Gewerkschaftszeitungen ab. Wir halten das für gerechtfertigt, da in der BRD von diesen Streiks kaum etwas zu erfahren ist und man aus diesen Berichten einen Eindruck von der Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Türkei erhält. Die übersetzten Artikel wurden uns aus Kreisen der Delegation zur Verfügung gestellt, die zur Unterstützung politischer Gefangener im August die Türkei bereiste. – (alk)

Streik der Lederarbeiter in Istanbul

Die folgenden Materialien sind der Zeitung *Deri-iş* entnommen, dem Organ der Lederarbeitergewerkschaft. Seit Ende Juni befinden sich in Istanbul Arbeiter der Lederindustrie im Streik. Ihre Wochenarbeitszeit beträgt derzeit 45 Stunden bei einem Monatslohn von etwa 50000 Lira (ca. 100 DM). Die Streikenden fordern: 40-Stunden-Woche; 20000 Lira Essensgeld pro Monat; 20000 Lira Schwerarbeiterzulage pro Monat; 25000 Lira Fortbildungsgeld für Analphabeten im Monat; neun Tage mehr Urlaub im Jahr (zum Vergleich mit den Kosten: eine normale Dreizimmerwohnung kostet in Istanbul monatlich 50000 Lira).

*

Warum streiken wir? Wir fordern unser Recht!

Die Streiks, die in der lederverarbeitenden Industrie in 124 Betrieben in Kazlıçeşme mit einer Belegschaft von 3500 Arbeitern durchgeführt werden, dauern jetzt einen Monat an. Seit dem Beginn der Tarifverhandlungen sind schon vier Monate vergangen.

„Wie sind wir dahin gekommen? Hätten wir unsere Forderungen auch ohne Streik durchsetzen können?“ Solche und ähnliche Fragen mögen unseren Mitgliedern in den Sinn kommen. Zunächst müssen wir darauf noch einmal antworten: „Ziel unserer Gewerkschaft ist es, die Rechte und Interessen unserer Mitglieder im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Dies ist unsere Aufgabe, und wir erfüllen sie.“

Der Gedanke, unbedingt streiken zu wollen, ist unsinnig. Der Streik um des Streiks willen kann kein Ziel sein. Streik ist nur ein Kampfmittel, um die Forderungen unserer Mitglieder und unserer Klasse durchzusetzen. Das sind unsere ehrlichen Gedanken dabei.

Wenn wir heute streiken, bedeutet das, daß wir um unsere Rechte und Forderungen kämpfen. Wenn die Arbeitgeber unseren vernünftigen Forderungen positiv gegenüber gestanden hätten, würden wir uns zweifellos heute nicht im Streik befinden. Aber was haben sie gemacht? Von vornherein haben sie versucht, uns ihre Forderungen aufzudrängen, ohne die Forderungen unserer Gewerkschaft überhaupt zu beachten. Sie sind auf keinen unserer Vorschläge eingegangen – die Punkte, die die Löhne betreffen ausgenommen. Andere Punkte aber, die unserer Meinung nach genauso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger sind wie Gesundheitsfürsorge, bessere Arbeitsbedingungen, Sicherheit am Arbeitsplatz, Unfallverhütung/Arbeitssicherheit haben sie rundweg zurückgewiesen.

Der Arbeitgeberverband der lederverarbeitenden Industrie hat durch seine harte und ablehnende Haltung die Tarifverhandlungen in eine Sackgasse geführt. Unsere Gewerkschaft war bemüht, diese Haltung des Arbeitgeberverbandes zu ändern, aber schließlich hat er uns gezwungen, den Streik auszurufen. Die schlechten Absichten der Arbeitgeber werden schon aus dem folgenden deutlich: Obwohl unsere Gewerkschaft in 33 Betrieben mit einer Belegschaft von 1500 Arbeitern den Streik ausrief, verkündete der Arbeitgeberverband der lederverarbeitenden Industrie die Aussperrung in 117 Betrieben mit insgesamt 3500

beschäftigten Arbeitern und setzte sie durch.

Dies bestätigt nur die Berechtigung unseres Verhaltens und zeigt die Grundlosigkeit, die schlechte Absicht und die Gewalttätigkeit des Vorgehens der Arbeitgeber. Somit ist wieder einmal deutlich geworden, daß wir den Streik nicht ungerechtfertigt ausgerufen haben. Wir sind im Recht und werden bis zum letzten um unser Recht kämpfen. Diesen Kampf werden die gewinnen, die im Recht sind. Nehmen wir zur Kenntnis, daß wir im Recht sind, und vertrauen wir auf unsere Stärke

Die Situation in unserem Bereich

Im Rahmen der allgemeinen Lage unseres Landes, die wir oben kurz dargestellt haben, nimmt der lederverarbeitende Bereich seinen Platz ein. Unter sehr schlechten und primitiven Bedingungen ist die mit einer rückständigen Technik erzeugte Produktion jetzt noch mehr qualitativ abgesunken, die Willkür und Aggression der Arbeitgeber in einem Maße angewachsen, die einen klugen Arbeitgeber sogar erschreckt. Neben den schweren Arbeitsbedingungen ist zu erwähnen, daß die Löhne gegenüber der Zeit von 1980 um ein Mehrfaches gesunken sind. In derselben Zeit sind die Gewinne der Arbeitgeber auf eine Rekordhöhe angestiegen. Wenn wir jetzt in einem Tarifvertrag unsere Forderungen völlig durchsetzen würden, würden wir weit hinter dem Stand von vor 1980 zurückbleiben.

Wir wissen das, und auch die Arbeitgeber wissen das. Trotzdem haben die Arbeitgeber die Aussperrung verkündet. Wie können die Arbeitgeber, die nicht einmal unsere einfachsten Forderungen anerkennen und die Aussperrung ausrufen, solch einen Kampf riskieren? Auf wen und auf was vertrauen sie?

Jeder weiß, daß die Aussperrung kein Kampfmittel ist. Es ist ein Mittel, um den Arbeitern das Recht auf Arbeit zu entreißen, und somit ein Mittel, um sie dem Hungertod zu überlassen. Daß die Verfassung von 1982 den Arbeitgebern diese Waffe in die Hand gegeben hat, verleiht dieser Waffe vom Standpunkt der Menschlichkeit aus weder Sauberkeit noch Rechtmäßigkeit. Im Gegenteil, sie besudelt die Verfassung. Hat die Verfassung die Arbeitgeber gestärkt, indem sie ihnen das Recht gab, die Arbeiter dem Hungertode zu überantworten? Wir werden es sehen und erleben.

Die zweite Stütze der Arbeitgeber ist ohne Zweifel die Regierung. Wenn die Arbeitgeber die Unterstützung und Aufmunterung der Regierung nicht hätten, würden sie es nicht so leicht wagen, dieses „verfassungsmäßige Recht“ anzuwenden. Die Existenz von Atomwaffen macht ihren Gebrauch nicht jederzeit möglich. Die Verrückten, die sie gebrauchen wollen, finden nicht den Mut dazu, solange sie keine starke Unterstützung und Aufmunterung erhalten. Wenn also die Arbeitgeber nicht die Unterstützung der Regierung fänden, würden sie nicht von selbst die Kraft finden, diese soziale Atombombe anzuwenden.

Denn schließlich hat die Regierung, weit von Aufmunterung entfernt, selbst bekannt gegeben, daß sie in den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen die Aussperrung ausrufen wird. Ja, noch mehr, sie hat verkündet, daß sie alle bestreikten Betriebe schließen wird. Dieser Angriff der Regierung und der Arbeitgeber stellt den Versuch dar, die Gewinne eines leicht gewonnenen Sieges zu bewahren und auf ewig festzuschreiben. Und in ihrer Siegestrunkenheit glauben sie, daß ihre Kräfte für alles ausreichen. Aber sie täuschen sich. Keine Macht kann die, die im Arbeits- und Lebenskampf stehen, vernichten. Jeder Angriff auf das Leben wird Widerstand hervorrufen, den die Gegenseite von vornherein nicht einkalkulieren kann. Dies ist ein unabänderliches Gesetz der Natur und der Gesellschaft.

Angesichts der Rechte und Forderungen der Arbeiterklasse, der einzigen produzierenden und schöpferischen Kraft des modernen Zeitalters, die vernichtet werden soll, bedeutet dies, die Angreifer haben es schwer.

Wir haben keine andere Wahl, als diesen Kampf anzunehmen. Wir wissen, in welch schwieriger Lage wir uns befinden. Unsere verfassungsmäßigen Rechte sind äußerst begrenzt. Die staatlichen Stellen und die Regierung sind mit den Arbeitgebern eine Allianz eingegangen. Wir wissen, daß dieser Block über legale Zwangsmaßnahmen hinaus auch zu illegalen Druckmitteln greifen hat und greifen wird. Trotz all dieser Schwierigkeiten fürchten wir uns nicht und zweifeln nicht an unserem Sieg. Denn wir wissen um unsere Stärke. Wir wissen, daß wir alle Werte geschaffen haben, daß es ohne uns keine Welt geben wird, daß wir zahlreich sind wie die Ameisen, daß wir unbesiegbar sind aufgrund eines bewußten und entschlossenen Zusammenschlusses und Kampfes. Wir, die Arbeiter der lederverarbeitenden Industrie, wissen, daß wir nicht allein sind. Wie unser Herz bei den Streiks bei NETAŞ, Derby, Petrol-iş geschlagen hat und heute zusammen mit dem Streikenden bei Seydişehir und Ferro-Chrom schlägt, so wissen wir, daß sie mit uns sind.

Und noch etwas wissen wir: 1987 haben alle ArbeiterInnen, an ihrer Spitze unsere Kollegen, begonnen, diese Angste abzulegen. Die Stimme der Arbeiter bei NETAŞ und Pirelli, zusammen mit der Gruppe von Petrol-iş, haben in der ganzen Türkei ein Echo gefunden. Zehntausende von Kollegen sind aus unseren bisherigen Kämpfen erhobenen Hauptes hervorgegangen. Zehntausende haben mit uns zusammen die Fahne ergriffen, um die gerechte Sache und die Ehre, Arbeiter zu sein, Mensch zu sein, zu verteidigen.

Streik bei Migros

Bei Migros sind am 20. August 1987 1100 Arbeiter in den Streik getreten. Dazu die Bezirksleiterin des Tezkoop-iş Bezirks Istanbul 3, Aynur Karaaslan: „Innerhalb der Arbeiterklasse ist etwas in Bewegung geraten. Es geht nicht mehr allein um die Löhne, wichtig ist es, demokratische Rechte zu erlangen. Die Entwicklung geht dahin.“

„Liebe Kollegen! Wie gerne hätten wir Euch eine freudige Nachricht mitgeteilt. Doch leider verhindert das Eure Gewerkschaft.“ So beginnt ein Brief, den der Arbeitgeber an 1100 bei Migros beschäftigte Arbeitnehmer schickte. Am 20. August wollten 1100 Migros-Mitarbeiter in den 32 Filialen in den Streik treten.

In dem von Generaldirektor Uğur Çakbaş unterzeichneten Brief wird klargestellt, daß den Arbeitern die geforderten Löhne zugestanden würden, jedoch die übrigen Forderungen nichts mit den Rechten der Arbeiter zu tun hätten.

Hingegen meint die Leiterin des 3. Bezirks der Tezkoop-iş Gewerkschaft: „Der Zweck ist klar. Der Arbeitgeber möchte das Vertrauen der streikbereiten Arbeiter in die Gewerkschaft zerstören. Weil wir das schon vorher ahnten, haben wir die Arbeiter gewarnt.“ Am 20. August hat der Streik begonnen.

Die Arbeiter erzählen, daß sie sich nicht gewundert haben, als sie zwei Tage vor Streikbeginn diese Briefe lasen. Sie schickten die Briefe mit den von der Zentrale gekommenen Wagen an den Generaldirektor Uğur Çakbaş zurück. Die Arbeiter in der Zentrale gingen der Reihe nach in das Zimmer des Generaldirektors und legten die Briefe auf den Tisch.

Aynur Karaaslan ... erklärt, daß die wichtigsten Forderungen die Arbeitssicherheit und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse betroffen hätten. Das Vorstandsmitglied Veysel Cingöz betont, daß diese Forderungen auch in die Betriebsvereinbarung von 1980 aufgenommen worden seien. Jedoch habe nach dem 12. September 1980 das oberste Richtergremium/gericht diese Rechte aufgehoben. In dem für Arbeitssicherheit zuständigen Ausschuß haben bis heute die Arbeitgeber die Mehrheit. Heute fordern sie ein Übergewicht der Arbeitnehmerseite.

Bei Migros arbeiten 180 Frauen als Kassiererinnen. Jeden Tag bedienen sie Tausende von Menschen. Physisch und moralisch sind sie total erschöpft. Dazu Frau Karaaslan: „Deshalb wollen wir eine halbe Stunde weniger als normal arbeiten.“

Der Kampf der Migros-Arbeiter und Tez-Koop-iş aus der Zeitschrift „Yeni Çözüm“, Juni 1987

Als wir unseren Bericht über die Istanbuler Ladenkette Migros vorbereiteten, stellten wir fest, daß die Arbeiter von Migros zum Bezirk Nr. 3 der Gewerkschaft Tez-Koop-iş gehören und daß an der Spitze des Bezirkes eine erfahrene Frau steht.

Soweit uns bekannt ist, ist Aynur Karaaslan die einzige Frau unter den Gewerkschaftsführern innerhalb des Gewerkschaftsverbandes Türk-iş, auch auf Bezirksebene. Das erweckte unser Interesse. Wir bateten um ein Interview. Es wurde gewährt, und so führten wir folgendes Gespräch:

Çözüm: Verehrte Frau Bezirksleiterin, wir danken Ihnen zunächst dafür, daß Sie uns die Möglichkeit zu einem Gespräch gegeben haben. Sie sind, soweit uns bekannt ist, die einzige Frau innerhalb der Türk-iş, die auf Bezirksebene eine Führungsposition inne hat. Sie kennen die Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft bezüglich Frauen. Während demnach der Platz der Frau im Hause ist und sie nur Mutter ihrer Kinder zu sein hat, sind Sie Bezirksleiterin. Wie stehen Sie dazu?

Karaaslan: Ich denke, daß ich in erster Linie Mensch bin. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Da wir nicht allein leben können, hat jeder Mensch im gesellschaftlichen Leben seinen Platz, seine Aufgabe und seine Verantwortung. Das gilt für Mann und Frau gleichermaßen. Auch wenn wir sagen, daß die Frau wegen ihrer körperlichen Eigenchaften etwas mehr unterdrückt wird, so kann man angesichts der kapitalistischen Ausbeutung nicht zwischen Mann und Frau trennen.

Was nun die gesellschaftlichen Wertvorstellungen bezüglich Frauen angeht, dies führe ich auf die Eigentumsverhältnisse in einer patriarchalischen Gesellschaft und den durch sie bestimmten kulturellen Überbau zurück. Es gibt wohl nichts Natürlicheres, als daß die Frau, die ja wie jeder Mensch ein soziales Wesen ist, in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens ihren Platz einnimmt. Wer will die Rolle unserer Frauen im Befreiungskrieg (1919–1922) leugnen? Oder im Iran die Frauenbewegung innerhalb der gesellschaftlichen Strömung, die die Diktatur des Schahs hinwegspülte? Oder die Rolle der Frauen in den gesellschaftlichen Kämpfen in Palästina, Nikaragua und überall in der Welt?

Das Gegenteil zu denken, bedeutet doch, die Frau nur als ein Produktionsmittel, als eine Ware anzusehen. Ich glaube, daß eine Frau, die innerhalb des gesellschaftlichen Kampfes ihre Aufgabe und ihre Verantwortung erkennt und dafür kämpft, eine wahre Mutter ist. Jede Mutter sollte ihren Kindern das Erbe eines ehrenhaften und ruhmvollen Kampfes hinterlassen. Kinder sollten sich frei entwickeln und in einer Umwelt ohne Krieg und Ausbeutung heranwachsen. Welche Mutter würde dies nicht für ihre Kinder wollen?

Die Umwelt, in der ich groß geworden bin, die Kultur, die ich empfangen habe, und die Erfahrung, die ich Kampf bei Migros gewonnen habe, haben mein Interesse am gesellschaftlichen Kampf verstärkt, und so bin ich Gewerkschaftsführerin geworden. Um Gewerkschaftsführer zu werden, ist es nicht entscheidend, ob man Mann oder Frau ist, notwendig sind vor allem Überzeugung, Wissen, Erfahrung, Mut und Opferbereitschaft.

Çözüm: Frau Karaaslan, Sie haben erzählt, daß Ihr Arbeitsleben bei Migros begonnen hat. Würden Sie uns zuerst Migros selbst und dann die Geschichte des Kampfes der Migros-Arbeiter schildern?

Karaaslan: Gerne. Das französische Wort Migros bedeutet Verkaufen vom Erzeuger direkt zum Verbraucher. Im Ersten Weltkrieg war in Europa wegen der Lebensmittel-

knappheit ein Schwarzmarkt entstanden. Bis die Grundnahrungsmittel vom Erzeuger zum Verbraucher gelangten, waren sie durch die Hände von Schwarzmarkthändlern und Schiebern gelaufen und hatten sich extrem verteuert. Um diesen hohen Zwischenhandelspreis loszuwerden und die Verbraucher zu schützen, wurde 1925 in der Schweiz eine Genossenschaft gegründet. Heute ist sie eine riesige Organisation in Zürich mit 500 Verkaufsstellen, einem Personal von 42000, einem jährlichen Umsatz von elf Milliarden Franken, die in jedem Bereich produziert und verkauft – bis hin zu Bankgeschäften und zur Konservenherstellung.

In Istanbul wurde sie 1954 von Fahrettin Kerim Göky, unserem damaligen diplomatischen Vertreter in Bern und späteren Gouverneur von Istanbul eingeführt. 1975 kam sie in den Besitz der Koç-Holding. Jetzt ist sie eine Supermarktkette nach europäischem Standard im Rahmen der Koç-Holding und bietet ihre Leistungen in Istanbul durch ein Zentrallager, 30 Läden und Verkaufsfahrzeuge an. Die normalen täglichen Einnahmen, die den Kassierern und Kassiererinnen der Migros A.G. anvertraut werden, betragen ca. 300 Millionen TL.

Was die Geschichte und den Kampf der Migros-Arbeiter anbetrifft, so waren wir vor dem Eintritt in die Tez-Koop-İş der Gewerkschaft Paksat-İş angeschlossen. Diese Gewerkschaft wurde 1972 als eine Betriebsgewerkschaft innerhalb von Migros gegründet und war bis zum April 1980 eine Art „gelbe“ Gewerkschaft unter Aufsicht des Arbeitgebers. Frühere Versuche der Migros-Arbeiter, die Gewerkschaft zu wechseln, blieben aufgrund des Drucks von Seiten des Arbeitgebers und durch Entlassungen erfolglos.

Ebensowenig war 1976 dem Widerstand mit dem Ziel, in eine Gewerkschaft namens Teknik-İş einzutreten, Erfolg beschieden. Trotz großer Beteiligung, und zwar wegen des passiven und versöhnlerischen Verhaltens der Führer von Teknik-İş. Als Folge wurden 18 führende Arbeiter entlassen. 1979 richteten die Migros-Arbeiter ihren Kampf daraufhin aus, die „gelbe“ Gewerkschaft Paksat-İş von innen in die Hand zu bekommen. Schließlich gewannen die Arbeiter auf der Mitgliederversammlung vom 28. April 1980 mit überwältigender Mehrheit die Wahl und brachten ihre wirklichen Vertreter in die Gewerkschaftsführung. Die Gewerkschaft Paksat-İş, deren Kassensführung ich übernommen hatte, antwortete auf die vom Arbeitgeber sofort nach der Mitgliederversammlung eingeleiteten Disziplinarmaßnahmen mit einem dreitägigen Ausstand und ließ diese Maßnahmen nicht zu. Später unterschrieb sie einen für die damaligen Verhältnisse in der Türkei guten Tarifvertrag und gewann dadurch die Sympathie, das Vertrauen und die Unterstützung der Migros-Arbeiter. Nach dem 12. September 1980 (dem Militärputsch, d.Red.) wurde unsere Gewerkschaft Paksat-İş nach einem langen Gerichtsverfahren wegen der Einheitssatzung von DISK freigesprochen, aber wegen der im Gesetz Nr. 2821-2822 verankerten Sperrklausel von 10% zum Eintritt in die Gewerkschaft Tez-Koop-İş gezwungen.

Çözüm: Verehrte Frau Bezirksleiterin, können Sie uns sagen, wieviele Arbeiter bei Migros beschäftigt sind und wie hoch das Monatseinkommen eines Arbeiters ist?

Karaaslan: Natürlich. Von den zur Zeit bei Migros beschäftigten 1400 Arbeitern sind ca. 1100 Mitglied in unserer Gewerkschaft. Das normale Monatseinkommen eines Arbeiters beträgt ca. 140000 TL brutto oder, andersgesagt, 90000 TL netto. Dies sind die tatsächlichen Zahlen. Seit dem 1.5.1987 befinden wir uns auf der Stufe des neuen Tarifvertrags.

Çözüm: Verehrte Frau Karaaslan, Sie haben bei Migros zusammen mit dem Arbeitgeber am Verhandlungstisch gesessen. Würden Sie uns erläutern, wie der Tarifvertragsentwurf vorbereitet wurde, was ein Tarifvertrag für die Arbeiter umfaßt, welche Punkte von besonderer Wichtigkeit sind, kurz, wie ihre Tarifpolitik aussieht?

Karaaslan: ... Zusammengefaßt kann man sagen, ein Arbeiter möchte durch einen Tarifvertrag folgendes er-

reichen:

- Kündigungsschutz/Sicherheit des Arbeitsplatzes, weil er nicht in der Angst vor einer plötzlichen Entlassung leben möchte;
- weniger Ermüdung und körperliche Abnutzung;
- einen Arbeitsplatz der gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sichere und gesündere Bedingungen bildet;
- Achtung seiner Person im Betrieb;
- Mitspracherecht, da er im Betrieb der produzierende und schaffende Teil ist;
- Lohn- und Einkommenssteigerung gegenüber dem Geldwertverfall, den täglichen Preissteigerungen und steigenden Lebenshaltungskosten, um weiterhin arbeitsfähig zu bleiben und ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Auch wir als Gewerkschaft haben mit unserem 72 Punkte umfassenden Tarifvertragsentwurf dies vom Arbeitgeber Migros gefordert.

Zur Erläuterung der Entstehung des Entwurfs müssen wir bis in die Zeit vor unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 15. März zurückgehen. Wir haben eine außerordentliche Mitgliederversammlung gehabt, die wegen innerer Probleme einberufen wurde. Auf diesem Kongreß wurde ich auch mit dem Amt der Bezirksleitung betraut. Die Vorbereitungen für die Mitgliederversammlung und für den Tarifvertragsentwurf wurden Hand in Hand durchgeführt. Zunächst teilten wir die weit verstreuten Betriebe von Migros in vier Gebiete ein. In jedem Gebiet gründeten wir in demokratischer Weise, entsprechend unseren Prinzipien und unserem demokratischen Verständnis Kommissionen. Diese Kommissionen nahmen in den Läden die Vorschläge der Arbeiter entgegen. Es wurden Umfragen veranstaltet. Diese Umfragergebnisse und Vorschläge wurden in den übergeordneten Kommissionen zu einem vorläufigen Entwurf zusammengestellt. Nachdem dieser in der Vertreterversammlung überarbeitet worden war, wurde er in Form eines Vertragsentwurfs dem Arbeitgeber vorgelegt. Auf dem Kongreß haben wir den Kollegen unser Programm erläutert. Es wurde angenommen, und wir wurden mit überwältigender Mehrheit, fast einstimmig, als Gruppe der Kollegen, die hier kollektiv gearbeitet hatten, in die Leitung gewählt. Jetzt wird über jede Tarifverhandlungsrounde zunächst den Gebietsvertretern berichtet, dann den Betriebsvertretern und von dort allen Migros-Arbeitern.

Çözüm: Nun gut, werden Sie sich mit dem Arbeitgeber einigen können oder steht ein Streik bevor?

Karaaslan: Eine Einigung ist unser größter Wunsch. Und ich bin davon überzeugt, daß wir uns einigen werden. Andernfalls werden unsere Streiktransparente ganz Istanbul wie Frühlingsblumen überziehen. Bei Nichteinigung ist der Streik das natürliche Recht der Migros-Arbeiter. Und niemand soll darüber im Zweifel gelassen werden, daß wir dieses Recht auch in Anspruch nehmen werden. In welchen Migros-Läden Sie auch gehen, überall werden Sie Entschlossenheit und Hoffnung bei den Arbeitern beobachten.

Çözüm: Verehrte Frau Karaaslan, wir haben immer nur von Migros gesprochen. gibt es andere Betriebe, die zu Ihrem Bezirk gehören?

Karaaslan: Natürlich. Da sind Tübitak in Gebze, wo wir gerade einen Tarifvertrag unterzeichnet haben, die Anwaltskammer Istanbul, wo wir 22 Tage gestreikt haben, die Hıfskasse der Anwaltskammer Istanbul, die Ärztekammer Istanbul, die Merkez Ajans Werbungs AG, die Anadolu Verlags AG, das Özel Dost Kolleg, das Notariat Gebze und die Belde AG, die acht Lebensmittel Märkte der Stadtverwaltung Izmit umfaßt. Darüber hinaus gibt es Betriebe, in denen wir unsere Aktivitäten zur Organisierung fortsetzen, aber ich halte es nicht für zweckmäßig, deren Namen zu nennen.

Çözüm: Verehrte Frau Bezirksleiterin, eine andere Frage: Anläßlich der in Kürze zu erwartenden Urteilsverkündung im DISK-Prozeß und des bevorstehenden 14. Gewerk-

schaftstages der Türk-İş wird in den letzten Tagen immer häufiger von „gewerkschaftlicher Einheit“ gesprochen. Wie denken Sie darüber? Glauben Sie, daß die „gewerkschaftliche Einheit“ innerhalb von Türk-İş erreicht werden kann?

Karaaslan: Wenn unter dem Begriff „gewerkschaftliche Einheit“ der Zusammenschluß unter dem Dach einer einzigen Gewerkschaft verstanden wird, dann müssen wir der Verfassung des 12. September und den Gesetzen Nr. 2821-2822 über Gewerkschaften, Tarifverträge, Streik und Aussperrung danken, daß sie eine „gewerkschaftliche Einheit“ geschaffen haben. Denn vor dem 12. September gab es sechs Gewerkschaftsverbände und 1100 Gewerkschaften und Arbeitnehmervereinigungen. Was die Machthaber des 12. September gemacht haben, war, daß der Gewerkschaftsverband DISK mit seinen fast 600000 Mitgliedern, von denen sich Zehntausende im Streik befanden, aber auch viele unabhängige Gewerkschaften geschlossen wurden.

Später wurde die Verfassung von 1982 und die Gesetze Nr. 2821-2822 vorbereitet, indem man die Arbeiter und die Gewerkschaften als „Verursacher allen Übels und der Wirtschaftskrise“ hinstellte. Damit wurde Hand an die Wurzeln der Rechte und Freiheiten der Arbeiter und Gewerkschaften gelegt.

Durch die Finanz- und Verwaltungsaufsicht, der die Gewerkschaften unterworfen wurden, die 10%-Sperrklausel und ähnliche gesetzliche Sanktionen wurden die Arbeiter gezwungen, Türk-İş beizutreten, der als juristische Person nicht angetastet worden war. Das heißt, die Arbeiter sind keineswegs mit Pauken und Trompeten zu Türk-İş übergetreten.

Demokratische, klassenbewußte und auf einer Massenbasis stehende Gewerkschaftsarbeit neigt in jeder Branche einer einzigen, zentralen, aber demokratischen Organisationsform zu. Aber natürlich nur, wenn diese Einheit nach einem freiwilligen und demokratischen Kampf geschaffen wird.

Angesichts der vielen Einschränkungen der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten, angesichts der Verantwortung des Generalsekretärs der Organisation, innerhalb der bei all diesen Einschränkungen „die Einheit“ erreicht werden soll, was ist der Nutzen für den Kampf der Arbeiterklasse, eine Kampagne in dieser Richtung zu eröffnen? Das muß diskutiert werden.

Meiner Meinung nach sollte Einheit, anders als der Zusammenschluß unter dem Dach einer Gewerkschaft, auf einer Linie des Kampfes gegründet sein, welche ein Aktionsprogramm enthält, auf Prinzipien aufgebaut ist und auf Klassenvorteile der Arbeiterklasse abzielt. In diesem Sinn bedeutet Einheit nicht, sich an einem Ort zu vereinigen, sondern eine Kampfplattform zu schaffen, sowohl innerhalb von Türk-İş als auch außerhalb.

Çözüm: Verehrte Frau Bezirksleiterin, während man die Frage der „gewerkschaftlichen Einheit“ oder der „gewerkschaftlichen Einheit innerhalb der Türk-İş“ behandelt, fordert man, daß die Arbeiter gegenüber dem Kapital nicht gespalten werden und sich im Gewerkschaftsverband Türk-İş zusammenschließen sollen. Denn, so sagt man, die Vorteile der Arbeiter seien allen gemein und ihre Ziele eins. Was sagen Sie dazu?

Karaaslan: ... In der Türkei wurde zuerst der Türk-İş gegründet. Später traten vier Gewerkschaften aus Türk-İş aus und gründeten am 13. Februar 1967 den Gewerkschaftsverband DISK. Um zu DISK überzuwechseln, haben sich Arbeiter bei Kavel, Demirdöküm (Stahlwerke), Rabak und in zahlreichen weiteren Fabriken aufgelehnt. Am 15. und 16. Juni haben Tausende von Arbeitern, in der Mehrzahl Mitglieder von DISK, gegen die beabsichtigten gesetzlichen Einschränkungen der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten protestiert. 1967 demonstrierten Hunderttausende von Arbeitern unter der Führung von DISK. Aktionen wie der 1. Mai, der 1977 36 Tote forderte, aber 1978 wieder begangen wurde, die Proteste am 16. Sep-

tember gegen DGM (die staatlichen Militärgerichte), die Aktionen zur Warnung vor dem Faschismus am 20. März, die Arbeitsniederlegungen am 30. April haben in der Geschichte der türkischen Arbeiterklasse ihren Platz gefunden. Kurzum, muß man DISK anklagen, er hätte die gewerkschaftliche Einheit zerstört und die Arbeiter fehlgeleitet?

Wenn dem so ist, wie soll man die Hochachtung, die DISK in der Öffentlichkeit und international entgegengebracht wird, erklären? Und wie die zahlreichen Vertreter internationaler Arbeiterorganisationen, den Generalsekretär von Türk-İş, Şevket Yılmaz, und die anderen Gewerkschaftsführer, die am 13. Februar an der Feier zum 20. Jahrestag der Gründung von DISK teilgenommen haben?

Çözüm: Wie denken Sie über den Vorschlag, einen neuen Gewerkschaftsverband zu gründen?

Karaaslan: Ich glaube nicht, daß die Bedingungen vorhanden sind, um einen neuen Verband zu gründen. Die Gründung eines Gewerkschaftsverbandes geschieht nicht auf Wunsch. Es müssen entsprechende Bedingungen da sein. Es ist durchaus möglich, einen Verband lediglich formal durch einen juristischen Akt zu gründen. Aber ein Gewerkschaftsverband, der die Arbeiterklasse in ihrer gewerkschaftlichen Organisierung und in ihrem Kampf führt, ist eine Frage des Kaders. Das heißt, man braucht Kader, die das Bewußtsein und die Fähigkeit haben, in jeder Branche die Gewerkschaftsbewegung zu leiten und den Kampf der Arbeiterklasse anzuführen. Diese Kader werden aus dem sich weiter ausbreitenden Kampf hervorgehen. Wenn die Bedingungen vorhanden sind, wird die Arbeiterklasse sich ihren Bedürfnissen entsprechend organisieren. Davon bin ich überzeugt.

Çözüm: Verehrte Frau Bezirksleiterin, es ist vom 15. und 16. Juni gesprochen worden. Nun, am 17. Jahrestag, können Sie uns etwas zu den aktuellen Aufgaben sagen, denen sich die Arbeiterklasse damals und heute gegenüberstellt?

Karaaslan: Natürlich gerne. Der Ausspruch „nicht an sich, sondern für sich eine Klasse zu sein“ charakterisiert am besten die Aktionen des 15. und 16. Juni. Das bedeutet, die Arbeiterklasse ist erstmals aus dem Stadium einer unbewußten, passiven Klasse herausgetreten und eine Klasse geworden, die ihre Klassenprobleme, ihre gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten in die eigene Hand nimmt. Ihre Sensibilität hat sie gezeigt, indem sie in Istanbul und Izmit auf die Straßen strömte und gegen die geplanten antidemokratischen Gesetze demonstrierte. Zwar konnten die Änderungen der Gesetze 274-275 aufgrund des Protests der Arbeiter am 15. und 16. Juni nicht durchgesetzt werden, aber nach dem 12. September wurden sie dann doch mit den auf der Verfassung von 1982 beruhenden Gesetzen 2821-2822 verwirklicht. Damit sind die Gesetzesänderungen, die die herrschenden Klassen am 15. und 16. Juni nicht durchsetzen konnten, heute in Kraft.

Damit wurde die Politik der Gleichschaltung der Gesellschaft, die sich seit dem 12. September in der Studentenschaft durch Einheitskleidung, einheitliches Gedankengut und Zwangsvereinigung manifestiert, auch im Arbeitssektor gesetzlich verankert.

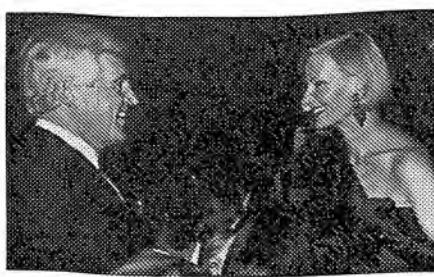
Jeder stimmt darin überein, daß die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterklasse vor großen Hindernissen steht. An der Spitze dieser Hindernisse steht neben dem Druck des Kapitals und der Regierung ein versöhnlerisches und staatstreues Verständnis von Gewerkschaft.

Die wichtigste Aufgabe ist es, den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, angefangen in den Betrieben, im ganzen Land zu steigern und in den Kampf für Demokratie einzubinden. Der Weg, um die mit dem 12. September geschaffene Furcht und Lähmung abzulegen, führt über die Verstärkung des Kampfes. Heute schon müssen wir uns für morgen vorbereiten.

Çözüm: Verehrte Frau Bezirksleiterin, wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen.

Karaaslan: Ich danke auch.

*



Steuerreform – gerecht?

Mit der „Quellensteuer“ auf Zinseinkünfte hat die Regierung ihrem Steuerreformprogramm eine neue Komponente beigelegt – nun geht es, nimmt man die Reaktionen der bürgerlichen Öffentlichkeit für bare Münze, auch den Beziehern höherer Einkünfte etwas an den Kragen. Stoltenberg also nicht nur hart, sondern auch gerecht?

In Wirklichkeit dürfte das Ergebnis sein, daß künftig auch die ärmsten Lohnabhängigen bei ihrer Sparkasse eine Art Armschein abgeben müssen, um nicht ihre Spareinlagen versteuern zu müssen, während die Einkommen auf Dividenden – bisher schon der Kapitalertragsteuer unterworfen – nun steuerlich eher günstiger weggkommen. Stoltenberg weiß schon, wem er zu nützen hat.

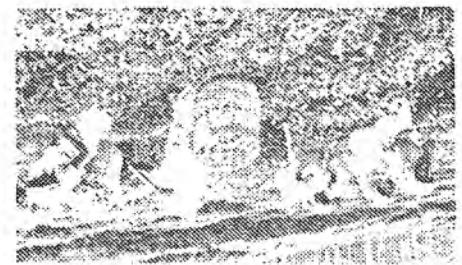
Sri Lanka: Indische Truppenpräsenz verschärft Widersprüche

Die blutigen Auseinandersetzungen auf Sri Lanka haben sich in der zweiten Oktoberwoche mit dem Einsatz indischer Truppen gegen tamilische Befreiungskräfte verschärft. Die Widersprüche zwischen den Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten auf Sri Lanka erscheinen undurchsichtig und eine Lösung ist nicht in Sicht. Ein Verständnis hiervon erhält man am ehesten durch die Aufklärung der jüngeren Geschichte Sri Lankas: die Kolonialgeschichte, die Entwicklung antikolonialistischer und antiimperialistischer Bewegungen. Warum scheiterte die Regierung zu Beginn der 70er Jahre mit dem Versuch, eine unabhängige Entwicklung gegenüber dem Imperialismus zu betreiben?



Bergarbeiter wehren sich

Bei der Bonner Kohle-Runde hat Bangemann in der letzten Woche erklärt, im Steinkohlebergbau müßten 12 bis 15 Mio. Tonnen Jahreskapazität – das sind 30000 Arbeitsplätze – weg. Durch Senkung des „Kohlepennigs“ soll der „Jahrhundertvertrag“ über die subventionierte Abnahme von Kohle durch die Kraftwerke ausgehebelt wer-



den. Mit der Behauptung, nur mit mehr Kernenergie sei die Kohleverstromung künftig noch zu finanzieren, versucht die Atomlobby, die Bergarbeiter zu erpressen. Die Bergarbeiter haben mit Demonstrationen gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau reagiert. Wie können sie vermeiden, in den Konkurrenzkämpfen der verschiedenen Konzerngruppen zerrieben zu werden?

DKP und „Nationale Frage“

Wir hatten uns bereits im vergangenen Jahr mit den programmatischen Thesen der DKP hinsichtlich ihres Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen und der dabei erkennbaren positiven Bezugnahme auf die Nation beschäftigt. Wir kamen zu dem vorläufigen Schluß, daß diese für die Entwicklung der Arbeiterbewegung schädliche Vertretung nationaler Interessen etwas zu tun hat mit der Einschätzung der Klassenverhältnisse in der BRD und der von der DKP falsch verstandenen Bündnispolitik von Arbeiterklasse mit der werktätigen Intelligenz. Wir wollen nun noch genauer untersuchen, welcher Zusammenhang zwischen Klasseninteressen und der Bezugnahme auf den Begriff „Nation“ besteht.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2.50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0.50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0.80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1. Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5 Köln 1. Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich.

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1.20 DM

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7. Telefon 0221/2164 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H. 5000 Köln, Zulpicher Straße 7.

Telefon 0221/211658 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lötzter für Auslandsberichterstattung Siegmar Elgehausen, Wolfgang

Müller für Aus Verbanden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann, für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Kustler Druck Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

– Nachrichten Stahl- und Metallindustrie, 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1.20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront, 0.50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1.20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45.50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91. DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1 · DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str 18a, 8000 München 40